



Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft fernem
Dass Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
O. Hermann.

Telephon Nr. 2325.

Der

Checkkonto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

(Jed. jeden Tag mit Ausnahme der Sonnt. und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.)

Insertionspreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 19

Wien, den 1. Juli 1913.

21. Jahrg.

An alle unsere Mitglieder!

Das Verwaltungskomitee hat sich in seiner Sitzung vom 25. d. M. mit einer großen Anzahl von Ansuchen um Gewährung der Nachzahlung sowohl der rückständigen Mitglieds- als auch der Hinterbliebenenunterstützungsbeiträge beschäftigt. Allein das Verwaltungskomitee konnte aus allen in den vielfachen Ansuchen angeführten Gründen keine berechtigte Entschuldigung für das Nichtzahlen der Beiträge finden. Da es sich aber in den vorliegenden Fällen um den Verlust erworbener Mitgliederrechte handelt, hat das Verwaltungskomitee folgenden Beschluss gefasst: Allen derzeit mit ihren Mitglieds- und Hinterbliebenenunterstützungsbeiträgen im Rückstand sich befindenden Mitgliedern wird die Nachzahlung der Beiträge gestattet und müssen diese rückständigen Beiträge mit der Augustabrechnung bei uns eingelangt sein. Hierbei wird aber ausdrücklich betont, dass nach diesem Termin eine Nachzahlung der rückständigen Hinterbliebenenunterstützungsbeiträge unter gar keinen Umständen mehr angenommen werden kann. Um sich die statutarischen Rechte zu sichern, ist es Pflicht jedes Mitgliedes, selbst Sorge zu tragen, mit seinen Beiträgen nicht in Rückstand zu kommen.

Die Vertrauensmänner werden hiemit auf diesen Beschluss aufmerksam gemacht und um genaue Einhaltung derselben ersucht. Nach diesem Termin werden Rückstände nicht mehr angenommen und bleiben Ansuchen und Reklamationen in der Sache unberücksichtigt.

Das Verwaltungskomitee
des Zentralauschusses.

Die Etappenpolitiker.

Der 15 Millionen-Erfolg und die Ablehnung des Antrages Tomschik.

Dass jetzt, wo nun auch wie es vorauszusehen war, die bürgerliche Mehrheit im Plenum des Hauses den Antrag Tomschik abermals prompt nach dem Willen der Regierung abgelehnt hat, die wackeren Nationalverbändler das dringende Bedürfnis besitzen, die etappenweise Gewährung der 15 Millionen Kronen den Eisenbahnern als eine große Tat vorzuführen, das wird am Ende jeder verstehen. Was aber der Komödie, die jetzt die Eisenbahner nochmals über sich ergehen lassen müssen, einen grotesken Hintergrund verleiht, das ist die Haltung, die dazu der „Reichsbund deutscher Eisenbahner“ einnimmt. Will man den Sumbug, der da seit Jahr und Tag den Eisenbahnern vorgelegt wurde, recht verstehen, dann muß man sich die geharnischten Auslassungen nochmals ins Gedächtnis zurückrufen, die im reichsbündlerischen Organ gegen den Nationalverband vom Stapel gelassen wurden, als dieser gemeinsam mit den Christlichsozialen die sozialdemokratischen Anträge niedergestimmt hatte. Aber die mit so viel deutschem Gelbennut gemimte Opposition ist den Führern des Reichsbundes schnell vergangen. Seitdem in der Matrosengasse der Schmerz nach einem Reichsratsmandat immer brennender geworden ist, hat die Erkenntnis, daß man es mit dem Nationalverband und seinem bürgerlichen Anhang nicht länger verderben dürfe, alle Gegensätze verwischt und alle Feindschaft ausgelöscht.

Und so verkündet jetzt der „Deutsche Eisenbahner“ seinen Anhängern mit fetten Lettern den „Sieg“ des Nationalverbandes, mit welchem die restlichen Wünsche aus dem 38 Millionen-Antrag Seine erfüllt werden. Man könnte es den vor Freude

um den letzten Rest Verstand gebrachten Reichsbündlern verzeihen, daß sie auch vor einer kleinen Geschichtsfälschung nicht zurückschrecken und geflissentlich von einem Antrag Seine reden, der in Wahrheit gar nicht existiert, da es sich, wie jedermann weiß, bei dem 38 Millionen-Antrag um den gemeinsamen Antrag des Staatsangestelltenausschusses handelt. Aber über die Nüchternheit muß man staunen sein, mit der das Reichsbundorgan seinen Mitgliedern erzählt, daß der Nationalverband den Widerstand der Regierung bezwungen und einen Erfolg erreichte, „ohne daß die Sozialdemokraten davon etwas wußten“. Für wie dumm muß das mit so viel Geistlosigkeit redigierte Blatt seine Leser halten, wenn es ihnen solchen Widersinn zumutet? Denn die Tatsache wird wohl auch den deutschnationalen Eisenbahnern nicht entgangen sein, daß ein paar Tage, ehe der Antrag Tomschik zur Beratung kam, die ganze Nationalverbändlerspresse dahin informiert war, daß die Nationalverbändler diesmal bereit seien, für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen, weil sie einfach keinen anderen Ausweg sahen und sich aus Furcht vor dem Grimm der Eisenbahner nicht mehr getrauten, den Antrag so wie bisher bedingungslos abzulehnen. Aber die Stimmung schlug im Nationalverband sofort um, als ihm der Ausweg durch jene berühmte 15 Millionen-Vereinbarung von der Regierung gezeigt wurde. Weil die Regierung auch diesmal nicht wollte, daß die 17 Millionen auf einmal in das Budgetprovisorium eingestellt werden, gab sie ihren Mamelucken das Eingeflügelte der „etappenweisen Durchführung“, damit diesen die Ablehnung des Antrages Tomschik erleichtert werde. In Wahrheit sind also die Mehrheitsparteien kläglich vor der Regierung umgefallen, ebenso wie es wahr ist, daß die Eisenbahner ohne die beharrliche Verfechtung des 17 Millionen-Antrages durch die Sozialdemokraten keine 15 Millionen erhalten hätten.

Am allerdeutlichsten zeigt sich doch das nationale Gaukelspiel bei den Staatsbeamten, für deren Nichtbefriedigung übrigens der „Deutsche Eisenbahner“ man höre und staune! — die Sozialdemokraten verantwortlich macht. Ja, wer hat denn das berühmte „Junktim“, das die Beamtengehaltsaufbesserung von der Erledigung der Steuerpläne abhängig macht, in die Welt gesetzt? Das Abgeordnetenhaus sei, so behaupten die Nationalverbändler und Christlichsozialen, um ihre Feigheit zu bemänteln, nicht imstande, die Regierung zu zwingen; es sei unvermeidlich, die Regierung zur sofortigen Kundmachung des Gesetzes zu veranlassen. Es käme wohl auf eine Probe an; denn daß die Regierung einem einmütigen Beschluß des Hauses, wie er zum Beispiel in dem Antrag Diamand vorgeschlagen ward — und an dessen einmütiger Annahme war, wenn die Nationalverbändler und Christlichsozialen nur wollten, nicht zu zweifeln — mit dem § 14 antworten könnte, ist natürlich der blanke Unsinn; das möchten wir schon sehen, ob sich welche Regierung immer trauen dürfte, einem positiven Beschluß der Volksvertretung mit dem Verfassungsbruch zu antworten! Aber angenommen, es wäre so, daß dem Hause die Möglichkeit fehlen würde, die Regierung zu zwingen: wozu dann noch dieses Mehr, wie noch jenes Junktim? Den Nationalverbändlern und den Christlichsozialen war es nämlich nicht genug, daß sie am 27. Dezember 1912 verleugnet haben, was sie am 19. Juni 1912 beschlossen, für welche Verleugnung sie den Zwang durch das Herrenhaus geltend machten: sie sind noch weiter gegangen, und zwar ohne jede Notigung weitergegangen: sie haben nämlich jenes Junktim zwischen Finanzplan und Beamtengehalt beschlossen, auf das sich nun die Regierung so

häufig beruft, und sie haben es ganz freiwillig beschlossen, ohne daß es selbst die Regierung von ihnen gefordert hätte. Sie haben also der Regierung die Waffen gegen das Beamtenrecht in die Hand gedrückt. Die Herren vom Nationalverband und die Christlichsozialen, die zuerst die Rückwirkung der Zeitvorrückung vom 1. Jänner an, dann ihre Geltung vom 1. Juli an beantragt hatten und schließlich die Geltung der sachlichen Möglichkeit anheimstellten, haben also damit geendet, daß sie der Regierung geradezu verboten haben, die Beamtengehalte vor den neuen Steuern in Kraft zu setzen. Das ist doch wohl eine Ungeheuerlichkeit, und die Beamten hätten allen Anlaß, nach den Schuldigen an jenem sauberen Junktim zu forschen. Wie kam es nun in das Budgetprovisorium?

In der letzten Sitzung, in der der Ausschuss das Budgetprovisorium verhandelte (21. Dezember 1912), nach Schluß der Debatte und knapp vor der Abstimmung, tauchten plötzlich zwei merkwürdige Anträge auf. Der erste wurde von dem Herrn Teufel gestellt und schien eine frohe Botschaft an die Beamten: die Regierung wurde nämlich (es ist der § 3 des Budgetprovisoriums) damit „ermächtigt“, den zur Durchführung des Gesetzes über die Dienstpragmatik erforderlichen Betrag von 35 Millionen zu verausgaben! Sachtlich ist die Bestimmung natürlich der größtmögliche Schwindel, denn wenn ein Gesetz vorläge, so stünde dessen Durchführung nicht mehr im Belieben der Regierung, dann wäre die Regierung zur Durchführung ja schon verpflichtet. Und wenn die Regierung wollte, so würde sie den Beschluß des Reichsrates einfach in Kraft setzen und brauchte zu dessen Durchführung keiner besonderen „Ermächtigung“; will sie aber nicht, so bleibt natürlich auch die „Ermächtigung“ unwirksam. Wozu wurde aber diese Scheinermächtigung in das Gesetz eingetragen? Es kommt gleich der Pferdefuß, nämlich der Antrag Steinwender — natürlich hat der Ehrenmann auch den Antrag Teufel ausgeheckt, der ja nur die sachliche Voraussetzung für seinen Antrag bilden sollte, auf den es dieser Erzsozialist und Beamtenfeind ganz eigentlich abgesehen hatte — der als § 9 erscheint und diesen netten Wortlaut hat:

„Die Bestimmung des § 3 des Gesetzes tritt erst dann in Wirksamkeit, wenn die notwendige Bedeckung durch die verfassungsmäßige Genehmigung von Gesetzentwürfen zur Beschaffung neuer Einnahmen erfolgt ist.“

Dies nun ist das berühmte Junktim, und der Nationalverbändler Steinwender hat es erdichtet! Dem Herrn Steinwender war es nicht genug, daß die Regierung erklärt hatte, die Beamtengehalte nicht früher in Kraft zu setzen, bevor nicht neue Steuern bewilligt sind; er hat — wie man sagen muß: durch raffinierte Listen — das Haus geradezu zu Gefangen der Regierung gemacht! Und, wohl gemerkt, diese Anträge hat Steinwender gestellt und bei seinen Leuten durchgesetzt, bevor das Abgeordnetenhaus seinen Beschluß, daß die Vorlagen mit 1. Juli 1912 in Kraft treten sollen, noch aufgegeben hatte! Das von den Nationalverbändlern Teufel und Steinwender herbeigeführte Junktim ist so ziemlich die nichtsnutzigste Fribolität, die sich eine Partei jemals geleistet hat. Die Regierung hat es ja gar nicht verlangt und verfassungsmäßig betrachtet ist es ein Stiefel; es hat nur einen politischen Sinn, und zwar den, dem Parlament die Einflusnahme auf das Schicksal der Beamtengehalte zu nehmen und es bei der Bewilligung der neuen Steuern gleichsam unter dem Druck der eigenen Beschlüsse zu setzen! Die Nationalverbändler waren darum besorgt, dem Beamtenfeindlichen Widerstand der Regierung eine scheinbar rechtliche Fundierung zu verschaffen! Vergebens waren die Warnungen der Sozialdemokraten: Nationalverbändler und Christlichsoziale haben das Junktim

befchlossen, das bestimmt war, vor den Beamtengefehen als Hindernis zu bestehen!

Und nun haben die Beamten einfach das Nachsehen. Und das alles, weil die waderen Nationalverbändler päpstlicher wie der Papst waren, und der Regierung den Weg zeigten, wie sie die Dienstpragmatik verschleppen kann.

Der 17 Millionen-Antrag Tomschik auch im Plenum abgelehnt.

Am Donnerstag den 19. Juni gelangte das Budgetprovisorium im Hause zur Abstimmung. Wie natürlich nach dem Ergebnis im Ausschusse vorausgesehen war, wurde der Eisenbahnerantrag Tomschik von den Mehrheitsparteien im Plenum prompt abgelehnt.

Rede des Abgeordneten Tomschik.

Meine Herren! Ich habe meinen Minoritätsantrag bereits sehr ausführlich begründet und werde mich daher in meinem Schlusswort sehr kurz fassen. Ich habe hauptsächlich darauf verwiesen, daß die Vereinbarungen der Majoritätsparteien mit der Regierung, die Aufbesserungen für die Eisenbahnbediensteten in Etappen vorzunehmen, vollständig ungewinnbringend sind.

etappenweise Aufbesserung

vorzunehmen. Ich habe auch darauf bereits verwiesen, daß bei diesen Vereinbarungen und hauptsächlich in der ersten Rate — wo es heißt, daß den Eisenbahnbediensteten für dieses Halbjahr 1913 ein Betrag von drei Millionen als Aufbesserung zugewendet werden soll — vor allem anderen wieder die besser situierten am allermeisten berücksichtigt worden sind, so daß für die Aufbesserung der wirtschaftlich am schlechtesten gestellten Bediensteten und Arbeiter wahrscheinlich sehr wenig übrig bleiben wird.

Erhöhung der Endgehälter

die er für die Diener in Aussicht gestellt hat, ohne die Gewährung der zweijährigen Vorrückungsfristen, bedeutet für die Diener natürlich durchaus keine Aufbesserung, denn Sie haben nichts davon, wenn die Endgehälter erhöht werden, ohne daß die Vorrückungsfristen verkürzt werden.

Trotzdem die große Masse der Eisenbahnbediensteten mit diesen Vereinbarungen sehr unzufrieden sind, haben wir doch in den letzten Tagen in den deutschnationalen und christlichsozialen Blättern lesen können, daß die Eisenbahnbediensteten mit diesen Vereinbarungen sehr zufrieden seien, daß sie damit zufrieden seien, daß endlich einmal etwas geschieht u. s. w.

Feuilleton.

Streifzüge durch den brasilianischen Urwald.

Reisebilder von Urso da Serra.

Am von dem alten, wichtigen und zukunftsreichen Hafenplatz Santos aus die Metropole des Kaffeestaates Sao Paulo zu erreichen, bestiegt der Reisende einen Zug der englischen Sao Paulo Railway Co.

In amerikanischer Eile braust und püflet der Train zuerst durch die brodelnden Mangoe-Sümpfe, die wenig neidenswerte Umgebung der Hafenstadt, um dann in kurzer Zeit in Cubatao die ersten Ausläufer der gigantischen Serra do Mar zu erreichen. Von da bis zur nächsten Station — Passaguera — beginnt das Terrain schon langsam zu steigen und an Stelle des bizarr geformten Munguegebüsches zu beiden Seiten der Bahnstrecke, sind nun endlose Bananenpflanzungen getreten, weit brechend über die Sumpfniederungen und hinaufkletternd an den links und rechts immer näherrückenden Hügeln.

Auf dieser Station erfolgt die Umkuppelung des Zuges, das heißt an Stelle der Lokomotive — tritt nun der Lokomotivbetrieb. Und vermittelt dieser praktisch und schön angelegten Drahtseilbahn war es möglich, die schroffe Steigung des nunmehr überaus steil aufstrebenden Gebirgsmassivs zu bewältigen.

Für Kenner, der ein offenes Auge und reges Empfinden für die Schönheiten der Natur besitzt, ist die nun folgende Strecke eine der denkbar reizvollsten.

In mäßigem Tempo klettert der Zug in die Höhe, begleitet von dem metallenen Trillern der rotierenden Laufschienen für die Drahtseile, deren lauter Gesang auf- und absteigend, durch alle Tonarten, das Gespräch erschwert. Das hat zur angenehmen Folge, daß man sich völlig ungehindert in die Reize der wechselnden Landschaft vertiefen kann.

Wald über turmtiefe Schluchten, bald durch lange finstere Tunnel, vorüber an gähnenden Abgründen, gleitet die menschengefüllte Wagenreihe vor- und aufwärts.

Nachts steil und glatt aufragende Granitwände, hin und wieder durchbrochen von ausgewaschenen Rinne, deren klarblühende Wasser unter den kühn konstruierten Eisenbrücken hindurch schäumend zu Tale stürzen, links ein nach vorn und oben sich immer mehr verengendes Tal von gähnender Tiefe,

Die Majoritätsparteien sind mit ihren Vereinbarungen zwar zufrieden,

aber die Eisenbahnbediensteten sind es nicht.

Es wäre natürlich am zweckdienlichsten, wenn durch eine zweckmäßige Aufstellung des zur Verfügung gestellten Betrages — und zwar nicht etappenweise — die Wünsche der Eisenbahnbediensteten befriedigt würden. Da ist vor allem die Gewährung der zweijährigen Vorrückungsfrist. Nun hat der Herr Generalredner Landeshauptmann Hauszer vorhin erwähnt, daß er vor allem wünsche, daß bei den Aufbesserungen die am schlechtesten situierten Eisenbahnbediensteten am allermeisten berücksichtigt werden. Damit sind auch wir einverstanden.

Ich glaube daher, daß mein Minoritätsantrag durchaus nicht, wie das von anderer Seite behauptet wird, überflüssig, sondern daß er im Gegenteil für die Eisenbahnbediensteten sehr wichtig ist. Ich bitte daher, meinen Minoritätsantrag anzunehmen. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Abgeordneter Dr. Diamand

führt aus, der normale Weg, der durch seine Minoritätsantrag für die Lösung der Staatsangestelltenfrage vorgezeichnet sei, sei von der Mehrheit und der Regierung nicht beschritten worden, weil die Regierung im Bewußtsein ihrer Schwäche und Unfähigkeit, eine Forderung im Hause durchzusetzen, der Meinung war, daß sie durch eine Verquickung der Beamtenfrage mit den Steuererhöhungen die Situation erleichtere. Es hat sich aber gezeigt, daß der Vorstoß der Steuern eine Erschwerung für beide Angelegenheiten mit sich brachte. Die Beamtenschaft wird sich durch das Wort „Realpolitik“ nicht irreführen lassen. Die Beamten werden selbst Realpolitiker werden und werden sich nicht mehr auf Versprechungen verlassen, sondern die Erledigung ihrer Forderungen verlangen. Die Lehrer befinden sich in einer noch schwierigeren Lage als die Beamten, weil ihnen der Reichsrat nicht direkt helfen kann und weil die Beträge, die den Ländern eventuell zugewiesen werden, für die Lehrer nicht genügen werden. Eine ganze Reihe von Landtagen wird obstruiert, und die Möglichkeit, die Gehälter der Lehrer zu erhöhen, fehlt. Auch die Ueberweisungen an die Länder werden nicht für die Aufbesserung der Lehrergehälter verwendet, sondern sollen der Behebung der Landesdefizite dienen. Um das Elend der Lehrer, Arbeiter, Gewerbetreibenden und Bauern kümmert sich der Parlamentarismus nicht, an dem Wohlergehen der Schnapsbrenner und Spirituszeuger läßt er nicht rütteln. Die Majoritätsparteien werden ermahnt, ob sie nicht dem Parlament und den Beamten einen Dienst leisten, wenn sie dafür stimmen, daß im Budget für die Bedürfnisse der Beamten die Bedeckung geschaffen wird und daß durch eine kleine Reform der Spiritussteuergesetzgebung für die Lehrer 10 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt werden. Durch einen solchen Beschluß würde dem Parlament ein großer Dienst erwiesen werden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es sprechen noch Spenuk, Spincic, Sbeceny, Berstovscek, Remec, Choc, Stanek, Diankini und Rabuhar.

Die Abstimmung.

Bei der Abstimmung werden hierauf die Anträge Tomschik und Diamand abgelehnt. Ueber den Antrag Tomschik, 17 Millionen für die Eisenbahner und Staatsarbeiter einzustellen, wird namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 203 gegen 172 Stimmen abgelehnt. Desgleichen wird über den Antrag Diamand, 20 Millionen für die Staatsbeamten, Vertragsbeamten, Postangestellten und staatlichen Arbeiter einzustellen, namentlich abgestimmt. Der Antrag wird mit 207 gegen 165 Stimmen abgelehnt. Das Budgetprovisorium wird hierauf unverändert angenommen.

Dafür sollen die Geistlichen mehr bekommen.

Esondert abgestimmt wird noch über die Resolution Schraffl, die Regierung möge in der Herbsttagung eine Vorlage auf Erhöhung der Kongrua (der vom Staate bestrittenen Bezüge der Geistlichen) einbringen. Die Resolution wird mit 226 gegen 101 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten, die Tschechischradikalen, die Deutschdemokraten, der Abgeordnete Friedmann und die Nationalverbändler Fahrner, Langenhahn und Bastian.

Eine Richtigerstellung.

In der letzten Nummer unseres Blattes hat sich im Verichte über die Verhandlungen im Budgetausschuß insofern ein Irrtum eingeschlichen, als die Reihenfolge der Redner unrichtig wiedergegeben ist. Es sprach nämlich Abgeordneter Tomschik als erster Redner, dann Dr. Ellenbogen, worauf der Eisenbahnminister Freih. v. Forster zum Worte gelangte. Darauf erfolgte noch eine kurze Erwiderung des Abgeordneten Tomschik mit dem gleichzeitig schon mitgeteilten Resolutionsantrag.

Die Wiener Eisenbahner über die Vorgänge im Parlament.

Ein Protestmeeting auf der Landstraße.

Die Zentrale des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines berief im Einvernehmen mit den lozialistischen Organisationen für Donnerstag den 26. Juni um 1/8 Uhr abends in Wien III, in Drebers Bierhalle, eine freie öffentliche Eisenbahnerversammlung ein, um gegen die Behandlung der Forderungen im Parlament und die etappenweisen Aufbesserungen Stellung zu nehmen. Mein der für diese Versammlung gemietete Saal erwies sich als viel zu klein, um die in Massen erschienenen Eisenbahner aufzunehmen. Schon nach 8 Uhr begann sich im Saale lebhaft zu regen, um die in der Nähe der Tribüne befindlichen Tische zu besetzen. Aus den entfernteren Bezirken kamen die Eisenbahner in Separatzügen der elektrischen Straßenbahnen an. Die musterhafte Leitung der Ordner bewirkte, daß keine besondere Störung im Straßenverkehr eintrat. Unter der Führung des Genossen Solzer schritt in geschlossenen Reihen der Zug der Eisenbahner der Franz Josefsbahn in imponierender Größe durch die Straße. Aber auch die Provinz entsandte Deputationen und erschienen unter anderen die Ortsgruppen St. Pölten, Gaimfeld und Gmünd in größerer Vertretung. Gegen 7 Uhr schien infolge der immer nachdrängenden Massen das Gedränge gefährlich zu werden. Angesichts der sich gestaltenden Situation veranlaßte Abgeordneter Genosse Müller durch die Anordnung einer zweiten im Garten stattfindenden Versammlung eine jedoch nicht lange andauernde Erleichterung, denn immer noch brängten neue Massen in den Saal und in den Garten. Bald jedoch stockte jeder Zugang sowohl in den Saal als auch in den Garten und viele Eisenbahner, die infolge der schlechten Witterung das Ende der Versammlung nicht erwarten konnten, gingen nach Hause. Nach mehrheitlich angenommener Schätzung betrug die Zahl der erschienenen Eisenbahner in beiden Versammlungen circa 6000 Personen.

Um 8 Uhr abends eröffneten Abgeordneter Genosse Tomschik namens der loalierten Organisationen die Versammlung im Saale, Abgeordneter Genosse Müller die im Garten. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Behandlung der Forderungen der Eisenbahner im Parlament und die etappenweisen Aufbesserungen. Stellungnahme hierzu. 2. Anträge und Anfragen zu obigen Punkt. Ins Präsidium wurden im Saale gewählt die Herren Schwab, Franek, Freil und Brandl; im Garten Ruzicka, Spieß und Grünfeld.

Erster Streifzug.

Capibary.

„Im wunderschönen Monat Mai!“ — Auch für Brasilien und Brasilianer ist der Mai ein Wonnemonat, nenngleich aus wesentlich anderen Ursachen, wie für den nördlichen Teil Europas.

Erscheint er uns dort als der sonniglächelnde Vorbote des Sommers goldener Zeit, laub- und blumenbekrönt, begrüßt er uns hier mit den Gaben des Herbstes, den reiflichen Früchten des sonnigen Südens. Kühle Morgen, heitere Tage, laub zum Wandern ein, im Walde ist so schattig und wundervoll! Der Macuco läßt seinen melancholischen Vochpiff ertönen, die stolze Jacutinga hält feilischen Schmaus im fruchtbaren Wipfel des Araca piuma und gadernd fließt der Jacu (Mucuco, Jacutinga, Jacu = große Waldhühner; Anta = Tapir) sich durch sein ängstlich-lautes Gebaren dem Jäger selbst ver-ratend, von Baum zu Baum.

Die plumpe Anta bricht ihre eigenen Pfade durch toeglose Dicht, die Wohnstätten der kleinen mutigen Wisamschweine und auf dem Stamme des gestürzten Urwaldriesen inmitten des Gewirres der Orchideen, Bromeliaceen und all der anderen Parasiten und Pseudoparasiten, für das menschliche Auge in dem grübdämmernden Waldesdunkel unsichtbar, ruht die Onca oder Tigre, das furchtbare Raubtier des brasilianischen Urwaldes, von den Strapazen ihres nächtlichen Raubzuges. — Die echte und rechte Jagdzeit.

Capibary ist eine verlassene Kolonie, einer der vielen Mißerfolge der brasilianischen Kolonisationspolitik.

Diese verlassenen Kolonien bieten ein gar seltsames und abenteuerliches Bild. Trozdem die Ansiedlungen oft schon jahrelang von den Kolonisten verlassen sind, sind doch die Spuren der menschlichen Tätigkeit noch überall zu bemerken.

Zu beiden Seiten der ehemaligen Koloniestrafen wurde der Wald einst bis weit hinauf an den Berglehnen niedergeschlagen und dort, wo vor einigen Jahren noch Mais-, Wataten- und Bohnenfelder fleißiger Kolonisten ihre geordneten Pflanzreihen dehnten, steht ein hohes Gestrüpp ineinander verschlungenen stacheligen Nohres, zäher Farren und tausender noch weit zäherer Schlingpflanzen dem Eindringen fast unüberwindlichen Widerstand entgegen.

Um die inmitten dieses wirren Gestrüppes hochenden ganz und halb verfallenen Häuschen ragen noch He und da Gruppen von Orangen, Zitronen und Zitronatbäumen auf. Schon halb verwildert infolge der langen Verwahrlosung, aber doch zum Teile noch voller Früchte. Der ehemalige Gemüsegarten hinter dem Haus hat sich in ein furchtbares Dickicht

Abgeordneter Genosse Tomisch

führte als Referent zum ersten Punkt folgendes aus:

Die Zusagen, die die Regierung mit den 21 Millionen gemacht, sind durch die durchgeführten Verschlechterungen vollständig illusorisch geworden. Es ist darum nicht zu verwundern, daß die Eisenbahner dem Eisenbahnministerium, das bei solchen Gelegenheiten immer ein Geschäft zum Schaden der Bediensteten macht, ein großes Mißtrauen entgegenbringen, um so mehr, als das Schicksal ihres 17 Millionen-Antrages durch den Verrat der bürgerlichen Parteien nunmehr in der Form eines Ratengeschäftes in eine neue Phase getreten ist. Nun handelt es sich bei diesen etappenweise zugelegten 15 Millionen Kronen darum, daß sie als Ergänzung des vom Parlament einstimmig zum Beschluß erhobenen 38 Millionen Kronen-Antrages auf Grund der von allen Parteien übereingekommenen Forderungen gelten soll. Ist das aber auch so? Durchaus nicht! Nebenher verliest unter lautloser Stille aus dem stenographischen Protokoll jene Stelle aus der Rede des Eisenbahnministers, die die neuen Zuwendungen behandelt, worauf nach Verlesung eine Bewegung unter stürmischen Protestrufen eintrat, unter deren lärmender Kundgebung man deutliche Rufe „Was ist's mit der zweijährigen Vorrückungsfrist? vernahm. Abgeordneter Genosse Tomisch erklärte, daß auch er bei der Rede des Eisenbahnministers den Zwischenruf wegen der zweijährigen Vorrückungsfrist bei den Dienern machte, worauf ihm der Minister antwortete, die zweijährige Vorrückungsfrist der Diener sei nicht vorzuziehen! (Lofende Protest- und Pfeifrufe und wilde Gebärden in der Versammlung.) Erst nach Verlauf einiger Minuten konnte sich Genosse Tomisch wieder Gehör verschaffen, der nun die neuen Zuwendungen einer Kritik unterzog. (Wir besprechen diese Zuwendungen ausführlich noch an anderer Stelle, unter anderem auch unter dem Titel: Diener voran!)

Im „Deutschen Eisenbahner“ ist zu lesen, führte Tomisch weiter aus, daß Sie zufrieden sind (Stürmische Zwischenrufe und Erregung.) Die Christlichsozialen und Deutschnationalen wollen aber den Leuten einreden, daß das das Beste ist, was man ihnen geben konnte! Solange jedoch die durchgeführten Verschlechterungen nicht aufgehoben sind, kann von Verbesserungen überhaupt nicht die Rede sein. Und wer gibt überhaupt die Sicherheit, daß die neuen Zuwendungen wirklich durchgeführt werden? Der Staatsangehörigenausschuß ist nicht dazugekommen, den Nachtragsgesetzentwurf zu beschließen, er ist also nicht erledigt. Welche Wege gehen da die Bürgerlichen? Es schiebt ein Verrat den anderen. Wir aber werden sorgen, daß uns der geplante sowohl als auch der bereits wieder durchgeführte Verrat gerührt finde. Wir haben nichts gegen die Annäherung zur Aktivitätszulage, aber das, was in dem 38 Millionen Kronen-Antrag, der zum Beschluß erhoben wurde, enthalten ist, muß außerdem durchgeführt werden. (Stürmische Zustimmung.) Wir müssen darauf bestehen, daß die schlechtesten Bezahlten, die Arbeiter, auch doch das Meiste bekommen müssen! Uns Sozialdemokraten, die wir Ihre ehrlichen Vertreter sind, wäre es angenehm, wenn wir in allen Eisenbahnen jene Kraft der Einmütigkeit finden würden, alle gestellten Forderungen zum Wohle der Eisenbahner durchzuführen. Und wenn Sie uns dazu beauftragen, werden wir es sicher tun. (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall.) Genosse Tomisch verlas sodann die Resolution, die er einer einstimmigen Annahme empfahl.

Es sprachen sodann noch Genosse Ruzicka und zum zweiten Punkt Genosse Müll, der eine wirkungsvolle Anfrage an die Regierung richtete.

Die Gartenversammlung.

In der Versammlung im Garten referierte Abgeordneter Genosse Müller.

Er erwähnte eingangs seiner Rede den Vorfall, als seinerzeit das Zentrum und die Nationalliberalen im Deutschen Reichstag gegen Fürsten Bismarck den Vorwurf erhoben, er toleriere die Bestrebungen der Umirzpartei und der eiserne Kanzler den bürgerlichen Abgeordneten die seit her geflügelten Worte zurief: „Ohne Sozialdemokratie gibt es keinen sozialpolitischen Fortschritt.“ Der Junker Bismarck war bekanntlich der unveröhnlichste und haßerfüllteste Gegner der Sozialdemo-

stacheliger Ananaspflanzen verwandelt, so daß man zur Zeit der Fruchtzeit im Juni und Juli viele Wagenladungen dieser köstlichen Früchte dort ernten könnte. Auch die riesenblättrigen Bananenstauden sehen der Uebermüherung durch den Neuwuchs noch immer kräftigen Widerstand entgegen. Manches lastendes Fruchtbündel mit dem violett-goldenen Schnabel quillt aus den stolzen Blätterkronen lodend hervor und bildet ein treffliches „Tischlein deck dich“ für die glühende, piepsende, gleißende und kreischende Vogelwelt.

An der Straßenseite aber, dort, wo sich der Blumen-garten der ehemaligen Anstifter befinden haben mag, drängen sich zwischen schlankem Bambus- und stacheligem Himbeer-gebüsch rote und weiße Rosen, innig umschlungen von den wuchernden Ranken der mit Blütenlocken beladenen wilden Kuscheln. Weiterhin scheint ein großes Feld in lodernden Flammen zu stehen; das sind die Nachkommen der von den Kolonisten einst als bunte Zierde in den Blumenärten gepflanzten roten Lilien, die sich derartig vermehrt haben, daß sie nun streckenweise allen anderen Pflanzenwuchs unterdrücken und zusammenhängende Flächen leuchtenden Purpurs bilden, über denen im flimmernden Sonnenlicht Schwärme schillernder Falter und blühender Kolibris schwirren.

In den verfallenen Häusern aber, deren Räume noch vor einigen Jahren erfüllt waren von dem lustigen Lärm der Kinder, wo einst über dem prasselnden Feuer auf der heute noch rauch- und rußgeschwärzten Herdplatte die schwarzen Bohnen im Topfe brodelten, haben sich Herden des ekelhaften Stinktieres, einer Beutelratte, vom Brasilianer Raposa, auch Samba genannt und als „guter Braten“ hochgeschätzt, einge-nistet und führen da inmitten der von Jahr zu Jahr mehr und mehr verfallenden Trümmer ehemaliger menschlicher Wohnstätten ein beschauliches, zufriedenes und beinahe un-gestörtes Dasein.

Mit dem ersten hellen Morgenruf des Glockenbogens verabschiedeten wir uns von meinem Freund Primitiv, einem der letzten Capivarhaner, in dessen gastfreundlicher Hütte wir uns von dem strammen Marsche des vorhergehenden Tages erholt hatten. Schwaben weißfeuchter Nebels flohen vor dem Nahen der heiteren Lichtwellen des jungen Tages in die tiefsten Waldeschluchten, wo noch dunfle Schattenreste der schwin-benden Nacht in den triefenden Büschen hingen. Mäsch meht sich das Licht. Schon erscheinen dem aufwärtsgerichteten Blick die ragenden Säupter der edlen Palmen, in Wolken schimmernden Goldstaubes glänzend. In schlaftrunkene Gruppen vereinigt, stehen und lagern die geplagten Mulas unter den vereinzelt Gejababüscheln, ihrer kümmerlichen Weide an der Verglehn-

fratie. Er überschüttete sie mit Ausnahmögesehen und Zucht-hausvorlagen, aber trotz alles Hafes mußte dieser Staats-mann erkennen, daß es ohne Sozialdemokratie keinen Fort-schritt und keine Sozialpolitik gebe. Wir in Oesterreich sind leider so unglücklich, keinen solchen Staatsmann zu besitzen, der sich zu einer solchen Anschauung trotz aller Anwürfe des bürgerlichen Blodes aufschwingen könnte.

Wenn diese geflügelten Worte auf irgendein Land un-eingeschränkt Anwendung finden können, so ist dies unser Oesterreich. Unsere Regierungen sind seit Taaffe feig und unfähig und führen ausschließlich den Willen der Kapitalisten-klasse und ihrer Nachläufer durch. Unsere Regierungen sind ohne Initiative und ohne eigenen Willen und haben nur ein Bestreben: fortzujurückeln.

Genosse Müller schilderte nun im Verlauf seiner weiteren Rede eingehend die parlamentarischen Verhältnisse und erklärte den Versammelten, daß das Parlament das Spiegelbild der inneren und äußeren Verhältnisse Oesterreichs ist. Wenn sich die Nationalverbändler und die Christlich-sozialen im Verein mit den polnischen Schlachzigen so manche Untat leisten dürfen, so ist das nur auf ihre geschickten Jongleurstücken und auf die Urteilslosigkeit großer Volks-massen zurückzuführen. Wenn man an das Parlament und die Abgeordneten berechtigige Forderungen stellt und diese sich mit allen möglichen Komödientücken, wie sie es zum drittenmal mit dem 17 Millionen-Antrag gemacht haben, davon los-schrauben wollen, dann hätte jeder Eisenbahner und jeder Ar-beiter überhaupt jeden einzelnen Abgeordneten, wo immer er auftreten würde, zur Verantwortung ziehen sollen. Bei jeder Gelegenheit hätten die Eisenbahner diesen Polizeiver-bändlern und guten Christen entgegenzutreten und ihnen die Maske vom Gesicht herunterreißen müssen. Es ist der Ar-beiterschaft unwürdig, daß im Parlament, das auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählt wurde, solch verderbbringende Politik betrieben werden darf; sie haben den Staatsbeamten und Staatsbediensteten das Koalitionsrecht genommen, ihnen den Strick um den Hals gelegt und sie zur Schlachtbank der hohen Bureautratie geführt. Der Redner erörterte sodann die Balkanwirren und die damit verbundenen Rückwirkungen auf unser Wirtschaftsleben und sagte unter einem: Eine gute Handelspolitik ist eine gute Eisenbahn-politik und eine gute Eisenbahnpolitik ist eine gute Personal-politik. Wir müssen alle Vorgänge im Staate verfolgen, denn nichts geht an uns wirkungslos vorüber. Vor zirka vier Wochen sind wir beim Wimberger zusammengekommen und haben, wie ein lustiger Fuhrmann mit Peitschenhieben sein Ochsengepann, die Nationalverbändler und die Christlich-sozialen angegriffen, damit sie nicht zum drittenmal in den Stall der Regierung zurückkehren. Diese Hiebe haben zum Teil ihre Wirkung getan, und wenn diese Herren auch nicht im ganzen Umfang unseren berechtigten Wünschen zustimmten, so haben sie doch nicht den Mut befohlen, die Forderungen ganz abzulehnen. Sie haben nun die Etappenpolitik begonnen und jellen den Eisen-bahnern statt 17 Millionen per Jahr erst in drei Jahren 15 Millionen Kronen zur Verfügung. Leider hat der Herr Eisenbahnminister aber nur unklar angedeutet, wie er die Aufteilung und die Verwendung dieser Gelder vornehmen wird, und hat auch in seiner bekannten Rede im Budget-ausschuß zu unserer größten Bestürzung Andeutungen ge-macht, daß er diese Gelder nicht so zur Verteilung bringen wird, wie es in dem bekannten Resolutionsantrag vom Jahre 1911 gefordert und wie es von den Eisenbahnern in Tausen-den von Versammlungen verlangt wurde.

Deshalb rufen wir heute dem Herrn Eisenbahnminister, der hohen Bureautratie und der ganzen Öffentlichkeit zu, daß diese 15 Millionen für die bedürftigsten Kategorien verwendet werden müssen. Wir rufen aber heute laut und vernehmlich die Öffentlichkeit an, daß die zweijährigen Vorrückungs-fristen unter allen Umständen in diese Summe einbezogen werden müssen und daß die Eisenbahner nicht früher Ruhe geben werden, bis diese Kardinalforderung durchgeführt wird. Wir verlangen insbesondere, daß die beschämenden Löhne der Werkstätten- und der anderen Arbeiter endlich einmal ge-regelt und aufgebessert werden, wir verlangen heute, daß den Wächtern die gleiche Nachdienstzulage, wie sie dem übrigen Personal gewährt wird, ausbezahlt werde und daß die be-

die Leiber noch dampfend von der Nachtfeuchte. Mit heiserem Kreischen erhebt sich ein Civias-Pärchen (Habichtart), steil aufsteigend in den blaugoldenen Aether. Wir haben sie bei ihrem Frühstück gestört.

Eine Schar schwarzer Anus (Krähenart, Madenfresser) flakert unter klagendem Geschrei und wippendem Starren von Strauch zu Strauch und der aufbringliche Ruf des Bentevis, wie auch der warnend scharfe Schrei des großen bunten Camp-spechtes, wegen seiner nimmermüden Wachsamkeit und Vor-sicht auch „Cachorro do Campo“, das ist Steppenhund, genannt, verkündet den Bewohnern der Weiden und Wälder das ge-fahrrohende Nahen zweier Menschen.

Wir hatten Muse, uns an der Morgenfreude der Tag-geschöpfe zu ergötzen, denn das Ziel unserer Wanderung an jenem Tage lag nur etwa 15 Kilometer vor uns. Allerdings 15 Kilometer Picade (Waldweg) und noch dazu Rusch-Picade! (Weg, durch das Heraus-schleifen der Baumstämme aus dem Wald gebildet.)

Nur derjenige, der schon einmal eigenfüßig einen solchen Sumpfsab einige Kilometer weit verfolgte, kann voll und ganz ermessen, welche Summe von Mühe die Zurücklegung selbst dieser verhältnismäßig kurzen Entfernung kostet.

Ost ist der Jäger genötigt, kilometerlange Strecken in der Weise zurückzulegen, daß er von einer aus dem Morast ragenden, schlüpfrigen Baumwurzel auf die andere springt, wobei es natürlich leicht geschehen kann, daß er entweder aus-gleitet oder in die überriechende Pfühe bis an die Hüften ver-sinkt oder aber bei einem nicht ganz genau berechneten Satz zu kurz springt und dann mit aller Vehemenz in den Schlamm hineinfährt, daß ihm der Deck bis über die Ohren spritzt. Dann wieder kommen Strecken mit tonigem oder lehmigem Grund, auf deren ewig feuchig-schlammiger Bahn man sich bei abfallendem Terrain mehr auf der breitesten Basis des Körpers gleitend, vorwärts bewegt, als in der gewöhnlichen, stolz auf-rechtten Weise, während man aufsteigende Linien wieder mehr auf allen Vieren zurücklegen muß, wobei dann gar oft recht mühsamer und unfreiwilligerweise rückwärtsgleitende Bewe-gungen ausgeführt werden, die für einen unbedeutendsten Zu-schauer einer gewissen Komik nicht entbehren dürften, wenn ihnen dafür auch gar häufig Grazie und Eleganz bedenklich mangeln mag.

So erreichten wir auch unser Ziel für jenen Tag, einen mir von früherher bekannten Rancho, erst zur Zeit, als die Sonne bereits im Zenith stand und der Wald, vom heiß-stimmenden Mittagshauhe durchglüht, sich in trübes Schweißen hüllte.

rechtigten Forderungen des Versubpersonalis uneingeschränkt erfüllt werden.

Wir geloben uns aber auch heute, nicht eher zu rufen und zu ruhen, bis diese Forderungen erfüllt sind. Wir werden unsere Organisation ausbauen, daß sie sichere Gewähr bietet, das durchzusetzen, was unter allen Umständen für die Eisenbahner notwendig ist. Wir wollen uns nicht aus der Krippe der Steuerträger füttern lassen, sondern wir wollen uns das, was wir fordern, auch selbst verdienen. Das Eisenbahnmini-sterium will, wie es aus der Rede des Ministers zu entnehmen ist, uns zur Verzweiflung und zu Schritten treiben, die es ihm ermöglicht, uns mit Gewalt niederzudrücken. Wir lassen uns aber von niemand provozieren, sondern gehen den Weg, den uns die Organisation weist.

Nachdem noch die Genossen Dusef und Spieß ge-sprochen, wurde in beiden Versammlungen folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution:

„Die am 26. Juni in Wien, Dreher's Bierhalle, tagende Eisenbahnerversammlung konstatiert mit tiefem Bedauern, daß die bürgerlichen Parteien im Parlament zum drittenmal die Durchführung der berechtigten Forderungen der Eisenbahner, die am 16. Dezember 1911 einstimmig beschlossen wurden, neuerlich der Willkür der Regierung preisgegeben haben. Allerdings haben sie es diesmal nicht mehr gewagt, sie so rundweg abzulehnen wie früher. Um eine Befriedigung für ihre Ablehnung zu haben, ließen sie sich von der Re-gierung versprechen, daß sie etappenweise 15 Millionen für die Eisenbahner auswenden werde. Die Versammlung protestiert energisch gegen diese nicht im Interesse des Gesamt-personals der Eisenbahnen gelegenen Haltung der bürgerlichen Abgeordneten. Diese Haltung erscheint nach den bisherigen Erfahrungen geeignet, die Regierung zu ermutigen, daß sie die ungerechte und ungewandmäßige Verbesserungspolitik sowie die empörenden Verschlechterungsmaßnahmen in derselben Weise wie bisher zum Schaden der Eisenbahner fortsetzt. Diese Haltung ist es, welche der Regierung die Deckung und die Möglichkeit bietet, unter dem Deckmantel der Sozial-politik Verschlechterung auf Verschlechterung durchzuführen und andererseits Verbesserungsmaßnahmen vorgutzuführen, die niemand zufriedenstellen können, dafür aber geeignet sind, neue Unzufriedenheit zu schaffen.

Wie wenig Vertrauen sowohl der Regierung als den Majoritätsparteien hinsichtlich einer gerechten Durchführung der notwendigen Aufbesserung der Lage des Eisenbahn-personals entgegenzubringen ist, geht schon aus dem Umstand hervor, daß man, ohne das geringste Einvernehmen mit den großen Organisationen der Eisenbahner zu suchen, die Ver-teilung der in Aussicht gestellten Mittel bereits für dieses Jahr verkündete und so den Weg zu einer zweckmäßigen Aufbesserung verlegt hat.

Das höchste Mißtrauen ruft auch die passive Haltung der Regierung, und zwar in der Hinsicht hervor, daß sie dem Parlament keinen detaillierten Bericht über die vorgenom-menen Aufbesserungen und die dafür verwendeten Beträge erstattet.

Ferner zeigt auch die Behandlung des Gesetzentwurfes über die 3 Millionen, die für die Aufbesserung der Eisen-bahnbediensteten und Arbeiter im zweiten Halbjahr 1912 verwendet werden sollen, wie wenig ernst es sowohl der Re-gierung als auch den bürgerlichen Mehrheitsparteien mit der Erfüllung der gerechten Forderungen der Eisenbahner ist.

Die Versammlung konstatiert, daß insbesondere die Erklärung des Ministers, betreffend die Lohnaufbesserungen für die Arbeiter, monach mit denselben nach Maßgabe des Bedürfnisses fortgesetzt werden soll, durchaus nicht ge-eignet erscheint, die infolge der in letzter Zeit erfolgten Ver-schlechterungsmaßnahmen tief empörte Arbeiterschaft zu be-friedigen. Die Versammlung muß neuerlich mit allem Nach-druck verlangen, daß alle wie immer gearteten Verschlechte-rungsmaßnahmen, und zwar:

- Wegnahme des freien und bezahlten Ta-ges im Monat,
- Arbeitszeitverlängerung bei den Bahn-erhaltungsarbeitern,
- Verschlechterungen in den Lohnvorrückun-gen, der Bezahlung bei den Nachtüberstunden, der Sonntagsarbeit, der Bahnerhaltungsarbei-ter bei Exponierungen und substitutionsweisen Verwen-dungen als Wächter,
- Lohnverkürzung durch Zusagen,
- Verschlechterung in der Stabilisierung durch längeres Zuwarten auf Stabilisierung u.
- Verschlechterung durch Reduzierung von Arbeitern und

Degradierung von Bremsern zu Arbeitern im Fahrdienst, wodurch die Normierungsverschlechterung und die Ernennung zu definitiven Bediensteten hintange-halten wird, sofort aufgehoben und die besseren Verhältnisse, die existierten, wieder eingeführt werden. Ebenso wird neuer-lich die volle und restlose Durchführung aller jener Ver-besserungen für die Arbeiterschaft beansprucht, wie dieselben im 38 Millionen-Antrag des Abgeordnetenhauses zugestanden und beschlossen wurden.

Die Versammlung erachtet ferner die derzeit vom Herrn Eisenbahnminister für die Diener und Unterbeamten in Aussicht gestellten Verbesserungen als unbefriedigend und ungewandmäßig. Sie entsprechen nicht annähernd den vom Abgeordnetenhause am 16. Dezember 1911 gestafelten Be-schlüssen.

Die Erhöhung des Endgehaltes für einige besonders qualifizierte Kategorien, die nicht näher genannt sind, wird neue Unzufriedenheit schaffen, um so mehr, als eine Erhöhung der Endgehalte ohne die gleichzeitige Ge-währung der zweijährigen Vorrückungsfristen eine zum großen Teil wirkungslose Verbesserung ist, von welcher der größte Teil der Diener gar nichts hat.

Die einseitige Gewährung der Nachdienst-zulage an die Wächter des Verkehrs mit dem ver-ringerten Betrag von 50 S. bildet ebenfalls eine Maßnahme, welche die tiefste Unzufriedenheit sämtlicher Wächter auslöst. Alle Nachdienst versenden Bediensteten haben gleiche körperliche Bedürfnisse, und nachdem die Nachdienstzulage ein Ersatz für die beim Nachdienst erwerbenden Auslagen ist, gebührt sie eben allen Nachdienst leistenden Bediensteten. Der angekündigte Gärtenausgleich für die Unterbeamten kann ebenfalls nicht befriedigen. Der

Gärtenausgleich muß für die Unterbeamten im Sinne des Parlamentsbeschlusses zumindest in dem für die Diener durchgeführten Ausmaß erfolgen und es muß endlich für Unterbeamte und Diener zur Berechnung des Gärtenausgleiches die provisorische, beziehungsweise im Taglohn verbrachte Dienstzeit mit einbezogen werden.

Die für das Lokomotivpersonal in Aussicht gestellten Verbesserungen bilden ebenfalls keinerlei Äquivalent für die von diesen Bediensteten geforderte endgültige Regelung der Nebenbezüge.

Die Versammlung beharrt mit allem Nachdruck darauf, daß die im Sinne des Parlamentsbeschlusses vom 16. Dezember 1911 geforderten Verbesserungen, insbesondere aber die zweijährigen Fristen bis zum Endgehalt von 2000 Kr. für alle Diener, die Nachtzulage für alle Wächter im Betrage von 1 Kr. per Nachtdienst, die Zuschulzulage für das Versuchspersonal, der Gärtenausgleich für Unterbeamte und Diener und die Regelung der variablen Bezüge des Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonals im Sinne der gestellten Forderungen endlich durchgeführt werden. Gleichzeitig müssen auch alle irgendwie bisher durchgeführten Verschlechterungen sofort beseitigt werden und dürfen solche in Zukunft nicht mehr Platz greifen.

Die Versammlung ersieht aus dem Verhalten der bürgerlichen Mehrheit im Parlament nur neuerlich einen Beweis dafür, wie notwendig der Zusammenschluß aller Eisenbahner in der sozialdemokratischen Gewerkschaft und der mit ihr koalitierten Organisationen ist. Gerade der Umstand, daß ein Teil der Eisenbahner in den nationalen und bürgerlichen Nachorganisationen zerstückelt ist und daß unter anderem der Reichsbund deutscher Eisenbahner und die nationale Koalition vor der Budgetberatung in diesem Jahre dem Eisenbahnminister erklärten, daß sie mit der etappenweisen Durchführung einverstanden sind, war das Signal für die bürgerlichen Abgeordneten und für die Regierung, die Eisenbahner neuerlich preiszugeben. Die Eisenbahner haben demzufolge keine Ursache, diesen nationalen Vereinen Gefolgschaft zu leisten. Die Versammelten werden alles aufbieten, um die Einheit und Macht der Organisation zu vergrößern und zu stärken. Die Feinde der Eisenbahner innerhalb und außerhalb des Parlamentes und die Regierung sollen die Eisenbahner stets bereit und gerüstet finden, um ihren gerechten Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Beide Versammlungen wurden um 10 Uhr abends geschlossen.

Der Beamtenstaat.

Eine Rede des Finanzministers im Staatsangestellten-ausschuß.

Seit den Tagen des Absolutismus verwaltet Oesterreich eine äußerst entwickelte Bürokratie, die unter dem absolutistischen Regime den Zweck hatte, gemeinsam mit den feudalen und reaktionären Mächten, gemeinsam mit dem Heere, das zum ausschlaggebenden Faktor geworden war, den Staat im Zaume zu halten. Sabel, Rosenkranz und papierene Akten beherrschten das absolutistische Oesterreich von 1849 zehn Jahre lang. Der absolute Staat ist zusammengebrochen auf den Schlachtfeldern von Solferino und Magenta und von Sadova, aber die Verwaltungsform des Absolutismus blieb, was seine Bürokratie anbelangt, als eine alte, unausrottbare Gewohnheit zurück. Wir haben die Herrschaft des Säbels beseitigt, haben die Herrschaft des Rosenkranzes jenen Schichten überwiesen, die sich dieselbe gefallen lassen, aber die Bürokratie von 1849 lebt noch ungestört fort, nur daß sie nicht mehr im Geiste des Absolutismus regieren kann. Allein auch das bekümmerte Bürgertum, die Großindustrie vor allem, hat sich mit der Bürokratie sehr gut abgefunden. Sie sah in derselben nicht nur ein Mittel, ihre Kinder zu versorgen, sondern erkannte auch, daß es den Profitinteressen der Bourgeoisie äußerst nützlich sei. Vertreter in den maßgebenden Kreisen der Beamtenschaft zu haben. Vor kurzem erst meldeten die Zeitungen die Pensionierung des Sektionschefs Brosche. Dieser war der Sohn eines einflussreichen Spiritusindustriellen. Unter dem Einfluß des alten Brosche und der großen Mitansbeuter des Alkoholismus kam das Spirituskartell zustande, das seinen Nutznießern Millionengewinne abwirft und — Brosche, der Sohn, besorgte als Sektionschef die Geschäfte des Kartells bei der Regierung. Dies ist nur ein Beispiel des Zusammenwirkens von Kapitalismus und Bürokratie.

Daß infolge der Interessiertheit der Bourgeoisie der Körper der Beamtenschaft ins ungeheure aufschwoll, ist ganz selbstverständlich. Im Budgetausschuß hat man an den Finanzminister die Anforderung gestellt, über die Zahl der Beamten und über die für sie nötigen Summen genauen Bericht zu erstatten. Dieser Anforderung ist Dr. v. Zaleski im Staatsangestelltenausschuß nachgekommen und hat ein Bild entworfen, das Oesterreich als einen ausgesprochenen Beamtenstaat erkennen läßt. Der Finanzminister berichtete:

Nach dem Staatsvoranschlag per 1913 beträgt die Anzahl der Staatsbeamten 58.203, der Aufwand für die Bezüge derselben 214.697.090 Kr., die Anzahl der Staatslehrpersonen 12.332 mit Bezügen von 57.045.192 Kr., die Anzahl der Unterbeamten, Diener, Angehörigen der Wachkorps (exklusive Gendarmerie) 49.337 mit Bezügen von 90.208.461 Kr., die Anzahl der vertragsmäßig Angestellten 63.344 mit Bezügen von 80.623.290 Kr., schließlich die Anzahl der ständigen staatlichen Arbeiter 54.370 mit Bezügen von 48.749.639 Kr. Es beträgt demnach die Gesamtzahl der Staatsbediensteten 237.586 Personen, welche an Bezügen zusammen 491.323.670 Kr. erhalten. Hierzu kommen 165.765 Staatsbahnbedienstete der verschiedenen Kategorien mit einem Aufwand von 286.468.090 Kr. Die Summe der Staats- und Staats-

eisenbahnbediensteten beträgt demnach 403.351 Personen, der für die Bezüge derselben erforderliche Jahresaufwand 77.791.760 Kr., als Mehraufwand aus Anlaß der Einreihung einzelner Orte in höhere Aktivitätszulagenklassen 900.000 Kr. und als Mehraufwand aus Anlaß der Umwandlung von Kanzlei- und -gehilfen- und -gehilfinnenposten in Kanzleioffizianten- und -offiziantinnenstellen 422.000 Kr., die Summe der persönlichen Bezüge und sonstigen Aufwendungen beträgt demnach 1.010.415.046 Kr. Diese Summe übersteigt also ein Drittel der gesamten Staatseinnahmen, die für das Jahr 1913 mit 3.137.481.539 Kronen, zuzüglich der in der Nachtragsvorlage zum Staatsvoranschlag für 1913 vorgesehenen Mehreinnahmen des Staatseisenbahnbetriebes per 3.000.000 Kronen mit 3.140.481.539 Kr. und nach Abrechnung des für Investitionen durch eine Kreditoperation zu beschaffenden Betrages von 130.000.000 Kr. mit 3.010.481.539 Kr. veranschlagt sind.

Wird hierzu der Aufwand für die materielle Besserstellung der Eisenbahnbediensteten und Eisenbahnarbeiter für das zweite Halbjahr 1913 im Sinne der Nachtragsvorlage zum Staatsvoranschlag für das Jahr 1913 im Betrage von 3 Millionen hinzugerechnet, so ergibt sich als Summe der persönlichen Bezüge der ständigen Zivilstaats- und Staatseisenbahnbediensteten der Betrag von 780.791.760 Kr. An sonstigen Aufwendungen für das Personal entfallen: Pensionen 116.018.933 Kr., Beitrag für das Versorgungsinstitut der Offizianten und Offiziantinnen 400.000 Kr., Beiträge des Eisenbahnministeriums zu den Altersversorgungsanstalten und sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen der Staatseisenbahnen 46.692.441 Kr., Reisekosten und Diäten 47.238.612 Kr.

Nicht berücksichtigt ist die von dem Aufwand für persönliche Bezüge, Remunerationen, Aushilfen, Reisekosten, Diäten und für den Pensionsetat der Zivilbediensteten des Ministeriums des Äußern, des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes entfallende Quote von 9.547.077 Kr. und die 50prozentige Quote per 184.519 Kr. von den analogen Aufwendungen für das Personal der Kabinettskanzlei. Nachdem laut dem Bericht des Budgetausschusses die durch Steuern und Abgaben aufgebrachtene Staatseinnahmen 1.242.400.000 Kr. betragen, kommt die Summe der persönlichen Bezüge und sonstigen Personalaufwendungen annähernd den durch Steuern und Abgaben aufgebrachtene Staatseinnahmen gleich.

Die Ziffern, die der Finanzminister brachte, sind in mancher Hinsicht sehr lehrreich. Zunächst ist festgestellt, daß der Aufwand für unsere Verwaltung viel zu hoch ist, unsere Verwaltung ist viel zu teuer. Sie verschlingt ein Drittel der gesamten Staatseinnahmen oder, mit anderen Worten, wir verbrauchen für unsere Verwaltung die gesamten Einnahmen von den Steuern und Abgaben. Wir zahlen also Steuern nur für unsere Verwaltung. Es ist klar, daß unser Staat diesen Aufwand nicht länger tragen kann, denn die ungeheure Summe, die wir für die Verwaltung ausgeben im Vereine mit den für den Militarismus geopferten Milliarden hemmt die gesamte sozialpolitische Tätigkeit des Staates, entfremdet ihn also seinem eigentlichen Wirken, denn der Staat soll doch eigentlich nicht für die Bürokratie und das Militär da sein, sondern für das Volk. Der Beamten- und Militärstaat Oesterreich aber stellt das umgekehrte Bild dar: die Bevölkerung hat ungeheure Lasten zu tragen für den Militarismus und die Bürokratie und muß dafür ihre eigenen Bedürfnisse vollständig aufopfern. Gespart muß also in Zukunft auch bei der Bürokratie werden, man muß nur dafür sorgen, daß man mit der Sparsamkeit am rechten Ort beginne.

Ein Vergleich der Summen, die für die Staatsangestellten im ganzen und für eine Person ausgegeben werden, mag uns zeigen, wo der Hebel anzusetzen wäre.

Man betrachte einmal folgende Zusammen-

	Kronen
12.332 Staatslehrpersonen erhalten	57.045.192
58.203 Staatsbeamte erhalten	214.697.090
49.337 Unterbeamte und Diener erhalten	90.208.461
63.344 Vertragsbeamte erhalten	80.623.290
54.370 Staatsarbeiter erhalten	48.749.639

Somit entfallen im Durchschnitt:

	Kronen
auf eine Staatslehrperson	4625
auf einen Staatsbeamten	3860
auf einen Unterbeamten	1828
auf einen Vertragsangestellten	1272
auf einen Staatsarbeiter	896

Das Schulwesen Oesterreichs steht ja leider auf keiner hohen Stufe, auch das Mittelschulwesen nicht. An der Zahl der Staatslehrpersonen wird also nicht zu sparen sein. Da der Durchschnittsgehalt von 4625 Kronen natürlich von vielen Staatslehrpersonen nicht erreicht wird (die Not vieler Mittelschullehrer ist ja bekannt), ist wohl auch am Gehalt der unteren Kategorien nicht zu sparen. Wohl gibt es Staatslehrpersonen, die sehr große Gehalte haben, Gehalte, die zu ihrer Arbeitsleistung in keinem Verhältnis stehen, aber hier handelt es sich nicht um eine speziell österreichische Erscheinung. Wollen wir erstklassige Kräfte an unseren Universitäten haben, so müssen wir eben die heute übliche Ueberzahlung jener Männer mitmachen, die ihr Wissen kapitalisieren. Im Kapitel Staatslehrpersonen wird also wenig oder nichts zu sparen sein.

Anders steht es mit den Beamten und den Vertragsbeamten. Bei ersteren läßt sich wohl in den höheren Stufen am Gehalt, bei beiden aber auch an der Zahl sparen. Zweifellos hat Oesterreich heute weit aus mehr Beamte, als es für seine Verwaltung benötigt. Es gibt ja nichts so Kompliziertes und Sinnloses als ein österreichisches Amt mit seiner Reihe von Instanzen, mit seinen Hunderten von Formularen u. s. w. Es ist vielfach geist- und zwecklose Zeitverwöndung, die in unseren Ämtern betrieben wird. Eine Vereinfachung des Amtsdienstes würde allein schon eine große Ersparnis bedeuten. Die Güte eines Amtes hängt doch nicht von der Menge des vertriebenen Papiers ab und nicht von der Menge der verstaubten und vergilbten Akten, die man bewacht, als wäre es der heilige Gral. Eine Vereinfachung der Verwaltung würde vor allem die Möglichkeit bieten, die hohe Zahl der Vertragsbeamten nicht mehr anschwellen zu lassen und sie allmählich wieder auf normale Maße zurückzuführen. Freilich begreift man es, daß die Regierung am liebsten Vertragsbeamte anstellt, denn diese kommen ihr am billigsten und sie hat gegen dieselben gar keine Verpflichtung. Es ist dies ja auch eine Art Sparsamkeit, aber eine verwerfliche und übel angebrachte, da die Diktatur des heiligen Amtsschimmels eine überflüssig hohe Zahl von Vertragsbeamten verlangt. Aber nicht nur die Zahl der Schreiber, sondern auch die der Beamten müßte bei einer zeitgemäßen Reform der Verwaltung sinken.

Was das Sparen am Gehalt betrifft, so können da freilich nur die höheren Stufen in Betracht gezogen werden. Den Durchschnittsgehalt von 3860 Kr. erreichen ja erst die Beamten der VIII. Rangsklasse. Was darunter ist, darf das „f. f.“ wirklich als „farg und kümmerlich“ auslegen. Während aber die Gehaltsstufen von der XI. bis VI. Rangsklasse langsam steigen, steigen die Gehaltsstufen von der V. bis I. Rangsklasse gleich um das Doppelte, so daß in diesen fünf Stufen der Gehalt von 10.000 bis 24.000 Kr. steigt. In diesen Stufen ist nun wirklich der Gehalt in keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung und — zur Notwendigkeit. In diesen Stufen spare man am Gehalt und an der Zahl der Beamten, man schaffe keine arbeitslosen Einkommen, keine Stellen, bei welchen nur der Titel und die Repräsentation, nicht aber die Arbeitsleistung bezahlt wird. Man spare vor allem an den zahllosen Ministerpensionen und erlaube es nicht, daß Personen in der Vollkraft ihrer Jahre nach dreimonatiger Ministertätigkeit in Pension gehen und dann ein anderes Amt ergreifen, für das sie wieder gezahlt werden. Der Pensionshamster Weiskirchner ist ein abschreckendes Beispiel dafür. Eine derartige Sparsamkeit wird es möglich machen, die enormen Kosten unserer Verwaltung zu ermäßigen und den Beamtenstaat endlich in einen Volksstaat umzuwandeln.

Diener voran!

Mit diesem Lostruf und einigen faustbiden Lügen versucht der „Deutsche Eisenbahner“ in seiner letzten Nummer die erregte Eisenbahnerschaft über den letzten Verrat der Deutschgelben zu beruhigen. Der Reichsbund und die nationale Koalition waren nämlich noch vor den Verhandlungen im Parlament beim Eisenbahnminister und erklärten dort, daß sie mit einer etappenweisen Durchführung der Verbesserungen, die nach Ermessen der Regierung gewährt werden sollten, einverstanden seien. Kurz darauf erfolgte die Ablehnung des 17 Millionen-Antrages im Budgetausschuß durch die bürgerlichen Abgeordneten und die zweifelhaften unbefriedigenden Erklärungen des Ministers über die etappenweise Durchführung von Aufbesserungen im Betrag von 15 Millionen Kronen bis Ende 1915.

Nachdem die deutschgelben Blätter nie um eine Lüge verlegen sind und es ihnen schließlich auf eine mehr oder weniger nicht ankommt, so glauben sie auch jetzt wieder ihren Verrat mit Lügen zu bemänteln. Der „Deutsche Eisenbahner“ schreibt:

Ungeachtet der Erklärung des Eisenbahnministers verweisen wir nochmals auf die Notwendigkeit, die Quartiergelder der Eisenbahnunterbeamten und Diener mit den Aktivitätszulagen der Staatsunterbeamten und Diener in der prozentuellen Berechnung vom Gehalt gleichzustellen. Wir haben darum auch Vorjorge getroffen, daß der Deutsche Nationalverband unsere Auffassung zu der seinigen mache und bei den weiteren Beratungen im Budgetausschuß zu einem zweckentsprechenden Ausdruck ver helfe.

Die Gegnerschaft.

Wir müssen nun einmal eines beobachten: Der sozialdemokratische Einfluß scheint im Eisenbahnministerium noch immer ein sehr kräftiger zu sein. Wo er wirksam wird, an welchen Stellen er seinen Eintritt sucht, das können wir natürlich nicht ermessen. Aber wir sehen, daß der Widerstand des Herrn Abgeordneten Tomajsch gegen die von uns verlangte Quartiergeldregelung seine Parallele im Widerstand des Eisenbahnministeriums findet. Kein sachlich berechtigter Einwand kann gegen unsere Forderung erhoben werden.

Es ginge leicht.

Wir haben diese für die Bediensteten so überaus wirksame Quartiergeldregelung genau berechnet und haben eine Gesamtbelastung gefunden, die mehr als ganzjährig 8 Millionen beträgt, somit nicht jenen Betrag erreicht, der für 1913 und 1914 bereits von der Regierung zugesichert worden ist. Es wäre somit noch genügend materieller Spielraum selbst schon in den nächsten anderthalb Jahren verblieben, um die vom Eisenbahnministerium für notwendig erklärten kleinen Maßnahmen durchzuführen zu können und dabei insbesondere der lokal zu erfolgenden Lohnverbesserung der Arbeiterschaft ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

Wir werden auch alles aufbieten und daransehen, daß mit unser Vorschlag doch noch zum Durchbruch kommt.

Die Diener voran.

Das Eisenbahnministerium muß es ja selbst wissen, daß bei allen Aktionen die Diener stets am schlechtesten abgeschnitten haben und daß darum eine besondere Rücksichtnahme auf die Bedienstetengruppe ein Gebot der Gerechtigkeit ist.

Wohl mag man auf die große Zahl dieser Leute verweisen. Wenn aber schon einmal ein Vorschlag gebracht wird, der ohne Ueberbahrung der finanziellen Kräfte den Weg zeigt, auf dem den Dienern besonders entgegengekommen werden kann, wäre es leichtfertig zu nennen, wenn dieser Weg nicht benützt würde.

Eine solche Haltung kann sich Herr Abgeordneter Tomischik erlauben. Eine hohe Regierungsstelle sollte doch noch über Tomischik stehen.

Und die „Österreichische Rundschau“ schreibt in ihrer Nummer vom 14. Juni 1913:

Wie wir wissen, hat der Reichsbund vom Nationalverband verlangt, daß dieser der Regierung gegenüber einen Vorschlag, eine endgültige Regelung der Quartiergeldfrage für die Unterbeamten und Diener der Staatsbahnen vorzunehmen, vertrete. Nach diesem Vorschlag sollten die Quartiergelder der Unterbeamten und Diener der Staatsbahnen im Prozentsatz den Aktivitätszulagen der Staatsunterbeamten und Diener gleichgestellt werden.

Das Ganze ist, wie wir schon bemerkten, eine faustdicke Lüge. Abgeordneter Tomischik hat gegen eine derartige Quartiergeldregelung nie Stellung genommen. Er konnte gar keine Stellung dagegen einnehmen, weil ein derartiger Antrag weder im Subkomitee noch sonst im Parlament zur Verhandlung gelangte.

B. Unterbeamte und Diener:

1. Die Quartiergelderhöhung um 25 Prozent für Unterbeamte und Diener — Jahreserfordernis 75 Millionen.

(Wir entnehmen den Wortlaut dieses Antrages dem Original des Vorschlages Heine.)

Außer diesem Vorschlag brachten die Abgeordneten Buzival, Bojna, Knirsch und Genossen am 16. Oktober 1911 einen Antrag betreffend eine Notstandsaktion für die Staatsbahnbediensteten ein, in welchem sie unter anderem verlangten, daß das Quartiergeld für die Unterbeamten und Diener für Wien mit 50 Prozent des Gehaltes zu bemessen ist.

Die Berechnung ergibt nämlich, daß die Diener, insbesondere in den niederen Gehaltsstufen durch diese Art der Quartiergelderhöhung entweder gar nichts oder nur einen sehr geringen Betrag gegenüber den Unterbeamten profitieren würden, während die Unterbeamten in allen höheren und höchsten Gehaltsstufen 300, 400 und sogar 700 Kr. jährlich an Erhöhung des Quartiergeldes gewinnen würden.

Diener:

Table with 4 columns: Gehalt, Quartiergeld, Erhöhtes Wiener Quartiergeld bei Gleichstellung mit den Aktivitätszulagen 55 Prozent vom Gehalt, also mehr um Kronen jährlich.

So würde es bei den Dienern in Wien ausfallen.

Unterbeamte:

Table with 4 columns: Gehalt, Quartiergeld, Erhöhtes Wiener Quartiergeld bei Gleichstellung mit den Aktivitätszulagen 55 Prozent vom Gehalt, also mehr um Kronen jährlich.

Und so für die Unterbeamten in Wien.

Diener:

Table with 4 columns: Gehalt, Quartiergeld, Erhöhtes Quartiergeld in der Quartiergeldklasse mit 80 Prozent bei Gleichstellung mit der I. Dienstklasse der Aktivitätszulagen 40 Prozent vom Gehalt, also mehr um Kronen jährlich.

So für die Diener in der Provinz mit 80 Prozent Quartiergeld.

Unterbeamte:

Table with 4 columns: Gehalt, Quartiergeld, Erhöhtes Quartiergeld in der Quartiergeldklasse mit 80 Prozent bei Gleichstellung mit der I. Dienstklasse der Aktivitätszulagen 40 Prozent vom Gehalt, also mehr um Kronen jährlich.

Und so für die Unterbeamten mit 80 Prozent Quartiergeld in der Provinz.

Diener:

Table with 4 columns: Gehalt, Quartiergeld, Erhöhtes Quartiergeld in der Quartiergeldklasse mit 70 Prozent bei Gleichstellung mit der II. Dienstklasse der Aktivitätszulagen 35 Prozent vom Gehalt, also mehr um Kronen jährlich.

So für die Diener mit 70 Prozent Quartiergeld in der Provinz.

Unterbeamte:

Table with 4 columns: Gehalt, Quartiergeld, Erhöhtes Quartiergeld in der Quartiergeldklasse mit 70 Prozent bei Gleichstellung mit der II. Dienstklasse der Aktivitätszulagen 35 Prozent vom Gehalt, also mehr um Kronen jährlich.

Und so für die Unterbeamten mit 70 Prozent Quartiergeld in der Provinz.

Diener:

Table with 4 columns: Gehalt, Quartiergeld, Erhöhtes Quartiergeld in der Quartiergeldklasse mit 60 Prozent bei Gleichstellung mit der III. Dienstklasse der Aktivitätszulagen 30 Prozent vom Gehalt, also mehr um Kronen jährlich.

So für die Diener mit 60 Prozent Quartiergeld in der Provinz.

Unterbeamte:

Table with 4 columns: Gehalt, Quartiergeld, Erhöhtes Quartiergeld in der Quartiergeldklasse mit 60 Prozent bei Gleichstellung mit der III. Dienstklasse der Aktivitätszulagen 30 Prozent vom Gehalt, also mehr um Kronen jährlich.

Und so für die Unterbeamten mit 60 Prozent Quartiergeld in der Provinz.

Diener:

Table with 4 columns: Gehalt, Quartiergeld, Erhöhtes Quartiergeld in der Quartiergeldklasse mit 50 Prozent bei Gleichstellung mit der III. Dienstklasse der Aktivitätszulagen 20 Prozent vom Gehalt, also mehr um Kronen jährlich.

So für die Diener mit 50 Prozent Quartiergeld in der Provinz.

Unterbeamte:

Table with 4 columns: Gehalt, Quartiergeld, Erhöhtes Quartiergeld in der Quartiergeldklasse mit 50 Prozent bei Gleichstellung mit der III. Dienstklasse der Aktivitätszulagen 20 Prozent vom Gehalt, also mehr um Kronen jährlich.

Und so für die Unterbeamten mit 50 Prozent Quartiergeld in der Provinz.

Wir haben diesen Ziffern nichts mehr hinzuzufügen. Sie sprechen mehr als genug darüber, wie die Deutschgelben ihren Lockruf „Diener voran“ in die Tat umgekehrt wissen möchten.

Aus Dienstesrückichten berichtet.

Wie auf der k. k. Nordwestbahn Justiz geübt wird.

Folgende erbauliche Geschichte möge illustrieren, wie die Rechtspflege seitens gewisser Bahnbehörden gehandhabt wird. Fern von Wien, in dem kleinen deutschböhmischen Städtchen Grulich, ist der Wohnsitz des Bahnarztes Dr. Frankl. Der genannte Herr erfreut sich unter den im ganzen Bezirk wohnhaften, ihm zur Behandlung ausgelieferten Eisenbahnern einer traurigen Berühmtheit.

Es ist noch nicht allzulange her, daß Dr. Frankl als Bahnarzt funktioniert, aber schon seine bisherige Tätigkeit hat genügt, das Eisenbahnpersonal der ganzen Gegend in heißem Aufruhr gegen diesen eigenartigen Reskulp zu versetzen. In zwei Eingaben haben die Bediensteten der Strecke Wächterhaus 71 bis Reichsgrenze die Direktion der k. k. N. W. B. aufmerksam gemacht, daß Herr Dr. Frankl in einer Gesundheit und Leben gefährdenden Weise praktiziert und daß seine Entfernung aus dem Wahndienst unerlässlich sei.

Die Bevölkerung der ganzen Gegend war der festen Ueberzeugung, daß Dr. Frankl Knall und Fall von dort werde verschwinden müssen. Aber das Volk denkt — die Direktion lenkt. Sie konnte diese Standalaffäre natürlich nicht ganz ignorieren, aber viel Eifer zur Ausmüftung dieses Augiasstalles zeigte sie nicht. Wohl entsandte sie auf Grund der Eingaben ein Direktionsorgan zur protokolllarischen Einbernahme nach Lichtenau. Es war dies der Herr Oberrevident Neumann. Doch es machte auf das Personal einen eigenlämlichen Eindruck, als es den Angeklagten vor der protokolllarischen Einbernahme im Gasthaus bemerkte an einem Tisch und in durchaus angeregtem Gespräch begriffen mit dem Untersuchungsgang aus Wien und mit dem Streckenvorstand Wessely. Denn die Untersuchung fiel auch danach aus. Die einbernommenen Bediensteten wurden von dem „Untersuchungsrichter“ in einer Art und Weise verhört, daß es durchaus nicht den Eindruck machte, als ob man die Wahrheit hören wollte.

Nun liegt die Sache bei der Direktion. Zwei Monate sind seit dieser Untersuchung vergangen, aber Dr. Frankl ist noch immer Bahnarzt und die Bediensteten warten mit wachsender Empörung, wie lange dieser Standal noch dauern wird. Das Schönste aber kommt erst. Als feinerzeit die Bediensteten die Beschwerden gegen Dr. Frankl gesammelt hatten, ergab sich auch die Notwendigkeit, der Direktion das Material vorzulegen. Zu diesem Zwecke wendeten sich die Bediensteten an den Bahnmeister Kronister in Wistadtl und ersuchten ihn, die Beschwerden der Bediensteten an die Direktion weiterzuleiten. Diesen Wunsch hat Kronister, der die Verhältnisse kennt und von der Wahrheit der gegen Doktor Frankl vorgebrachten Anklagen überzeugt ist, erfüllt. Er tat dies im Bewußtsein, daß es seine Pflicht sei, der Direktion die Möglichkeit zu geben, festzustellen, in welcher Art die von ihr gezahlten Ärzte ihre Funktionen ausüben. Er war naiv genug, zu glauben, daß auch „oben“ seine Handlungsweise als das Selbstverständliche angesehen werden würde. Er hat sich bitter geäußert...

Bei der protokolllarischen Einbernahme kam auch an ihr die Reihe und Herr Oberrevident Neumann gab ihm durch sein Benehmen ohne weiteres zu verstehen, daß er sich das Verhalten eines Bahnmeisters ganz anders vorgestellt habe. Die Art der Fragestellung an Kronister, der Ton, in dem diese Fragen gestellt wurden, belehrten Kronister alsbald, daß hier Untersuchungsrichter und Verteidiger in einer Person vereinigt waren. Dies hielt aber Kronister nicht ab, mit Marnesmut die Anklagen gegen Dr. Frankl aufrechtzuerhalten und zu vertreten. Herr Neumann geriet darob in immer wachsende Erregung und ließ sich so weit hinreißen, Kronister einen „arroganten Burschen“ zu nennen. Diese Ungezogenheit des Herrn Neumann wurde sofort energisch zurückgewiesen und Kronister erklärte gleich, daß er sich für diese Invektive gerichtliche Genugtuung holen wolle.

Und jetzt der Schlußakt. Kronister erbat sich von der Direktion die Erlaubnis, Oberrevidenten Neumann wegen des Ausbrüdes „arroganter Bursche“ zu klagen. Diese Erlaubnis erhielt er nicht. Zugleich wurde ihm aber von der Direktion mitgeteilt, daß er nach Pulkau versetzt sei. Der Schlußpassus der Direktionszusage sei im Wortlaut wiedergegeben:

„Die Frage der Zuerkennung des Ueberbedienstetpauuschales für Bahnmeister Kronister wird von dem Ausgang des gleichzeitig gegen den Genannten zur Einleitung gelangenden Disziplinarverfahrens abhängig gemacht.“

Weiters wurde ihm mitgeteilt, daß er „aus Dienstesrückichten“ versetzt wurde. Es ist schwer, ruhiges Blut zu bewahren, wenn man den Verlauf dieser ganzen Angelegenheit überprüft, speziell aber das Vorgehen gegen Bahnmeister Kronister. Da übt ein Bahnarzt seinen Beruf so aus, daß die Bediensteten seines ganzen Rahons mit einem erdrückenden Material gegen ihn auftreten können, einem Material, dessen Stichhaltigkeit außer Zweifel ist, was die Direktion wissen muß. Vergebens, daß die Bediensteten seine Entfernung verlangen, da sie ihre und ihrer Angehörigen Gesundheit doch

einem solchen Arzte nicht länger anbertrauen können. Der Mann amtiert ruhig weiter, die Direktion „untersucht“ weiter und wird anscheinend noch lange untersuchen...

Da ist ein Bediensteter, der es für seine Pflicht hält, der Direktion zur Kenntnis zu bringen, was alles gegen den von ihr bezahlten Bahnarzt vorliegt. Wie geht es diesem Mann? Er wird von dem untersuchenden Beamten probiert, zum Schluß direkt beschimpft. Er wehrt sich gegen diese Beschimpfung, ersucht die Direktion, ihm die Möglichkeit zu geben, sich Entgeltung zu verschaffen. Antwort der Direktion: Verletzung „aus Dienstesrücksichten“ nach Pulkau und — Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen ihn. Zum Trost wird ihm noch mitgeteilt, daß die Auszahlung des Ueberfiedlungspauschales an ihn von dem Ausgang des gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens abhängig sei! Dies letzte setzt wohl dem Rechtsbruch die Krone auf. Kronlohn ist wohl angelegt, aber noch nicht zurückerstattet, also vorläufig vollkommen straflos. Und man wagt es, ihm das Ueberfiedlungspauschale vorzuenthalten — weil er möglicherweise bestraft werden könnte, ergo seine Verletzung dann nicht mehr „aus Dienstesrücksichten“, sondern strafweise erfolgt sei. Er wird also jetzt quasi „vorschußweise“ bestraft. Höher geht nicht mehr.

Man kann neugierig sein, wie sich diese Angelegenheit noch weiter entwickeln wird. Vielleicht erhält noch Dr. Frankl ein Belobungszeugnis für seine erfolgreiche Tätigkeit, vielleicht — doch wozu kombinieren, man kann noch auf Erbauendes gefaßt sein. Aber zu Ende ist die Sache auch dann noch nicht. Es wird im Auge behalten werden, wie die Direktion der Oc. N. B. diese Affäre bereinigen wird und ob sie fortfahren wird, so die Justiz auszuüben, wie sie es bisher in dieser Angelegenheit getan hat....

Die Verschlechterungsmaßnahmen für das Personal der im Staatsbetrieb befindlichen Lokalbahnen.

Die Abgeordneten Tomschik und Rudolf Müller haben folgende parlamentarische Anfrage an den Eisenbahnminister gerichtet:

In der Beilage A zum Erlaß des I. I. Eisenbahnministeriums, Zahl 4517 ex 1913, ist die Zusammenstellung der in der Sitzung vom 4. November 1911 von den Vertretern der Lokalbahnen vorgebrachten Mängel und Wünsche betreffs Verbilligung des Lokalbahnbetriebes enthalten. Aus dieser Beilage geht klar hervor, wie in nächster Zeit bei den im Staatsbetrieb befindlichen Lokalbahnen zum Schaden des dort beschäftigten Personals gespart werden wird. Ein Teil der im folgenden besprochenen Maßnahmen wird bereits derzeit zur Durchführung gebracht. Das Gesamtpersonal der Lokalbahnen hat daher mit tief eingreifenden Verschlechterungen seiner Rechte und Bezüge zu rechnen.

Die folgenden angeführten Sparmethoden bedeuten vor allem für einen großen Teil des Personals eine rechtswidrige Wegnahme erworbener und gewährleisteter Rechte. Sie beinhalten ferner die Nichterhaltung gegebener Zustände. Sie bilden eine große Gefahr für die Sicherheit des Lokalbahnbetriebes, für die körperliche Sicherheit des den Dienst auf den Lokalbahnen versenden Personals. Sie bedingen weiter einen bedeutenden Ausfall an Lohn und Verdienst, kurz, alle diese Maßnahmen sind, wenn sie zur Gänze durchgeführt werden, schwere Schädigungen der Interessen des Personals und der Staatsbahnerhaltung.

Folgende Verschlechterungen sollen durchgeführt werden:

1. Die Anstellung von Bahnrichtern soll nicht mehr stattfinden, an ihrer Stelle sollen Vorarbeiter im Tagelohn zur Verwendung gelangen.
2. Die Bestellung von Streckenwächtern soll unterbleiben; an ihrer Stelle sollen dem Arbeiterstand angehörige Streckenbegehler verwendet werden, deren Zahl durch Zuweisung längerer Strecken zu vermindern ist.
3. Der Normalstand der Bahnerhaltungsarbeiter soll für das ganze Jahr auf den in der Winterperiode erforderlichen Bedarf eingeschränkt werden.
4. Für die Durchführung aller größeren Erhaltungsarbeiten sollen Hilfsarbeiter aufgenommen werden; diese Erhaltungsarbeiten sollen in jener Zeitperiode durchgeführt werden, in welcher die Beschaffung der Arbeitskraft zu billigen Bedingungen möglich ist.
5. An Stelle der Stationsmeister sollen Stationsaufseher und Wächterassistenten als Stationsleiter zc. verwendet werden.
6. An Stelle der Kondukteure sollen Bremser (Arbeiter im Fahrdienst) eingestellt werden.
7. Unterbeamte (Oberkondukteure) sollen auf Lokalbahnen überhaupt nicht mehr in Verwendung genommen werden.
8. Die Fahrttagelder für das Zugbegleitungs- und Lokomotivpersonal sollen abgeschafft und die Stunden- und Kilometergelder eingeführt werden.

Das sind nur die einschneidendsten und hauptsächlichsten Verschlechterungen, die durchgeführt werden sollen. Es sind aber nicht alle. Denn die Durchführung dieser Maßnahmen bringt naturgemäß eine Reihe weiterer Verschlechterungen mit sich, die erst in der Folge sichtbar und fühlbar werden.

Die Nichtanstellung von Bahnrichtern wird damit begründet, daß früher die Arbeiterpartien von Vorarbeitern und Beamten geleitet wurden, die selbst in der Partie mitarbeiteten, während der stabilisierte Bahnrichter lediglich Aufsichtsorgan sei. Wenn man diese Begründung liest, fragt man sich unwillkürlich, warum Bahnrichter überhaupt jemals eingeführt wurden. Man wäre fast versucht zu glauben, daß die Staatsbahnverwaltung die Bahnrichter seinerzeit nur deshalb angestellt hat, um einigen Menschen Titel und Amt zu geben. Wichtig ist aber das Gegenteil davon, nämlich, daß die Bahnrichter deshalb eingeführt wurden, weil die Betriebsergebnisse diese Einführung gebieterisch forderten. Der Bahnrichter hat eben nicht nur dafür zu sorgen, daß die Arbeiterpartie arbeitet, er hat viel höhere und verantwortungsvollere Dienste zu leisten. Er ist vor allem für die Sicherheit des Verkehrs und für die Sicherheit des Lebens der Arbeiter verantwortlich. Und weil der Vorarbeiter, der mit der Partie gemeinsam arbeitet, der Schweller auswechselt Nägel einschlägt, Geleise hebt zc. nicht zugleich die Taschenuhr, Signale, Züge und Bahnwagen beobachten kann, darum hat man dem Vorarbeiter den Bahnrichter übergeben, damit ein Mensch da ist, der vor allem den präzisen Automaten für die Sicherung des Zugverkehrs abzugeben hat. Damit ist aber auch schon der Beweis für die Notwendigkeit des Bahnrichters gegeben. Die

Verkehrsschichte ist auf den Lokalbahnen nicht geringer, sondern doppelt so intensiv geworden als zur Zeit, wo Bahnrichter zuerst eingeführt wurden. Wenn nie Unglücksfälle und Katastrophen gewesen wären, welche die Notwendigkeit des Bahnrichters als spezielles Aufsichtsorgan neben dem Vorarbeiter in Form von schwerer Verlusten an Menschenleben und Materialschaden und Millionen Kronen Entschädigungen aufgezeigt hätten, so wären eben die Bahnrichter nicht beigegeben worden. Aber diese Tatsachen, die leider immer an Stelle menschlicher Erkenntnis gebieterisch Notwendigkeiten aufzeigen, bestehen auch heute und es hat demzufolge das reisende und verfrachtende Publikum das Recht, von der Bahnverwaltung den notwendigen Schutz und die Sicherung ihres Lebens und seiner Güter in entsprechendem Ausmaß zu verlangen. Aber auch die Arbeiter haben das natürliche und gesetzliche Recht, daß ihr Leben und ihre geraden Glieder bei der Arbeit in genügendem Maße geschützt werden. Daß dies alles möglich werde, dazu ist die Anwesenheit eines Aufsichtsorgans, das ist der Bahnrichter, notwendig. Die Staatsbahnverwaltung wird nach bekannten Mustern einwenden, daß diese Funktion ebensogut ein zu diesem Zwecke abgerichteter und geprüfter Arbeiter versehen könne. Wozu bemerkt werden muß, daß, abgesehen von dem Umstand, daß hiedurch eine Ersparnis nicht erzielt wird, weil auch Arbeiter für diese höhere Dienstleistung entsprechend bezahlt werden müssen, der Mangel an Stabilität der Arbeiter bei den niedrigen Löhnen dieses Argument von vornherein widerlegt. Daraus ist zu entnehmen, daß diese Aenderung alles andere, als der Staatsbahnverwaltung eine Ersparnis bringen wird. Sie wird im Gegenteil infolge der durch mangelnde Aufsichtsorgane herbeigeführten Schäden bedeutende Mehrauslagen haben.

Die Auflassung der Streckenwächter und die Verlängerung der den Streckenbegehren zugewiesenen Strecken. In dieser Frage treffen alle Erwägungen, die in puncto der Sicherheit des Verkehrs im vorgehenden Punkt angeführt sind, gleichfalls zu. Der Mangel an Streckenwächtern, insbesondere auf frequenten Wegüberführungen, ist wiederholt im Gerichtssaal gebrandmarkt worden. Nun sollen auch noch die wenigen vorhandenen Wächter verschwinden. Auch mit der Frage der Verwendung von Arbeitern an Stelle der Wächter ist es dasselbe, wie bei den Bahnrichtern. Ein Arbeiter, der ständig Wächter- oder Streckenbegehrenden versehen muß, wird naturgemäß um den gewöhnlichen Arbeitslohn nicht zu haben sein. Er wird, wenn schon nicht gleich, so doch im Laufe der Zeit höheren Lohn beanspruchen. Wird derselbe nicht gewährt, so wird der Arbeiter eben anderwärts höher entlohnte Arbeit suchen und finden. Damit entfällt aber die wichtigste Voraussetzung für die entsprechende Abwicklung des Wächter- und Streckenbegehrendendienstes, die Stabilität des Arbeiters. Denn nur diese gewährleistet die Fähigkeit für eine befriedigende Dienstleistung auf solchen verantwortlichen Dienstposten. Nicht die Kenntnis der Instruktionen und nicht der abgelegte Dienstfeld allein bilden die Gewähr für Können und Fähigkeit, sondern langjährige Praxis auf dem gleichen Dienstposten. Diese Erkenntnis hat sich auch seinerzeit die Staatsbahnverwaltung angeeignet, das heißt Betriebsergebnisse und -Ereignisse zwangen ihr diese Erkenntnis auf. Und nur deshalb wurden an Stelle von Tagelohnarbeitern definitiv entlohnte Bedienstete zum Wächterdienst angestellt. Dazu kommt, daß der Staat und jeder Unternehmer kein Recht auf Ausbeutung, sondern vielmehr die Pflicht hat, ständig zu leistende Dienste mit einer gesicherten Existenzmöglichkeit zu entlohnen. Also auch in dieser Frage ist festzustellen, daß keinerlei Ersparnisse zu erzielen sind, dafür aber Mehrkosten, die durch nicht entsprechende Sicherung des Betriebes fast automatisch eintreten werden.

Die Reduzierung der Anzahl der Arbeiter bei der Bahnerhaltung bedeutet ebenfalls Mehrkosten an Stelle von Ersparnissen. Mit dem geringen stabilen Arbeiterstand kann natürlich keine einzige nennenswerte Erhaltungsarbeit entsprechend gemacht werden. Am Papier läßt sich natürlich die Aufnahme von billigen Arbeitskräften zu Ausschüssen sehr einfach darlegen. Die Verhältnisse sind aber anders. Die Staatsbahnverwaltung scheint da noch immer nicht daran zu glauben, daß der Zuzug der Arbeiter zur Industrie in ständigem Wachsen begriffen ist, daß die Industrie höhere Löhne zahlt und insbesondere in Zukunft zahlen wird müssen und es demzufolge mit der Aufnahme von billigen Arbeitskräften nichts sein wird. Allerdings rechnet die Staatsbahnverwaltung dabei hauptsächlich auf das ländliche Proletariat. Sie übersieht aber auch da, daß die ländlichen Proletarier immer mehr organisiert werden und daß die Zeit nicht allzufern ist, wo sie keinen einzigen Arbeiter mehr als billige Hilfskraft bekommen wird. Oder will sie vielleicht trotz der gemachten Erfahrungen behaupten, daß die aus dem Süden des Reiches herbeigezogenen Arbeiter billige Kräfte sind? Diese werden bekanntlich allgemein höher entlohnt als die Einheimischen, weil sie um den billigen Lohn einfach nicht zu haben sind. Wozu noch kommt, daß die Ergebnisse der Leistungen bei Hilfsarbeitern naturgemäß nie die sein können, wie bei stabilen Arbeitern, da ihnen die Praxis fehlt. Also wieder nur Ersparnisse am Papier, dafür Mehrauslagen in Wirklichkeit.

Weglassung der Stationsmeister und Stationsaufseher. Die Dienstleistungen dieser Bediensteten sind bekanntlich Beamtendienste, die in der ganzen Welt von jedem verständigen Unternehmer als solche bezahlt werden. Die Ausübung des Verkehrsdienstes, des kommerziellen und des Kassendienstes erfordert als Voraussetzung einen bestimmten Grad von Intelligenz, Dienstfreudigkeit, und vor allem, was den Kassendienst anbelangt, eine gute, finanziell gesicherte Existenz. Daß der Stationsmeister nicht Beamter, Kassier, Wächter, Magazins- und Stationsarbeiter, Portier zugleich sein kann oder sein will, wie es sich die Staatsbahnverwaltung wünscht, ist auch vom Standpunkt der Verkehrs- und Betriebsinteressen selbstverständlich. Und ein Mann mit 900 Kr. Gehalt, mit zahlreicher Familie, die nach Brot ruft, wird schließlich trotz des besten Leumunds den Griff in die Kasse tun, weil er eben nicht anders kann. Wie ein so mit Sorgen beladener Wächter mit keinem Gehalt den schwierigen Verkehrsdienst leisten soll, wie er bei dem qualitären Gedanken an die materiellen Bedürfnisse nie etwas übersehen, nie einen Fehltritt tun soll, das muß erst gezeigt werden. Beweisen doch die zahlreichen Fälle, wo Beamte, die gewiß höher entlohnt sind, bei Gericht angeklagt erscheinen, zur Genüge, daß derartige Dienste nur von entsprechend entlohnten Bediensteten anstandslos verrichtet werden können. Es ist daher auch diese Maßnahme eine solche, die nach zahlreichen Erfahrungen statt Ersparnisse Mehrausgaben bedingt.

Die Nichtverwendung von Unterbeamten und von definitiven Dienern, insbesondere beim Zugbegleitungspersonal, bedeutet vor allem die Nichterhaltung eines dem Personal gemachten Zugeständnisses. Im Oktober 1908 erklärte das Eisenbahnministerium schriftlich, daß eine Erhöhung der Postennormierung dekarretiert wird, daß:

- a) jeder Zugführer, der die Gehaltsstufe von 1200 Kr. erreicht, die Unterbeamtenprüfung mit Erfolg abgelegt hat und mindestens zwei Jahre als Zugführer in Verwendung steht, zum Oberkondukteur ernannt wird, daß
- b) das prozentuelle Verhältnis zwischen Dienern und Unterbeamten so geregelt wird, daß die auf Unterbeamtenposten verwendeten Diener bei Erreichung des Gehaltes von 1200 Kr. zu Unterbeamten ernannt und
- c) die auf Dienerposten verwendeten Arbeiter nach Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen definitiv angestellt werden.

Diese Zugeständnisse werden durch die in Rede stehende Maßnahme nicht eingehalten, mit einigen Fehltritten werden dem Personal gewährte Verbesserungen einfach aus der Welt geschafft.

Ob durch ein solches Vorgehen Ersparnisse erzielt werden, muß ernstlich bezweifelt werden. Vor allem darf nicht vergessen werden, daß sich das Personal, und zwar das Gesamtpersonal, im eigenen Interesse derartige Verschlechterungen nicht gefallen lassen kann.

Dasselbe ist bezüglich der Wegnahme der Fahrttagelder für das Zugbegleitungs- und Lokomotivpersonal zu sagen. Die Fahrtgebühren bilden im Sinne der Bestimmungen der Dienstpragmatik und des Gehührenregulativs den Ersatz für die diesem Personal bei der Ausübung des Fahrdienstes erwachsenden Mehrauslagen. Nachdem diese Bediensteten mit dem Kilometer- und Stundengeld naturgemäß nicht annähernd ihr Auslangen finden konnten, wurden die Fahrttagelder eingeführt. Sie bilden zwar auch keinen entsprechenden Ersatz für die bei den Dienstfahrten notwendigen Auslagen, aber ihre Wegnahme hat eine schwere Schädigung des Fahrpersonals zur Folge. Es bedeutet die Wegnahme eines erworbenen Rechtes, eine Verschlechterung, die sich wieder das Gesamtpersonal nicht ruhig gefallen lassen kann. Auch hier gilt das Vorhin Gesagte. Alle die Aenderungen werden der Staatsbahnverwaltung statt Ersparnisse Mehrkosten verursachen. Sie liegen also nicht im Interesse des Staates, sie schädigen ihn vielmehr, sie setzen sein Ansehen herab, sie zwingen den Staatsbürger, der davon betroffen wird, zum energischen Abwehrkampf.

Die Gefertigten fragen den Herrn Eisenbahnminister:

Ist der Herr Eisenbahnminister bereit, zu verfügen, daß alle diese Maßnahmen, soweit sie für das Personal Verschlechterungen zur Folge haben, sofort rückgängig gemacht werden und solche unökonomischen Ersparnisse auf Kosten des ohnehin schlecht bezahlten Personals in Zukunft nicht versucht werden?

Wien, am 19. Juni 1913.

Bericht über die Verhandlungen

der Personalkommission der Südbahn, Sektion Diener, Gruppe Verkehr und Bahnerhaltung, am 2. und 3. April 1913.

Wir bringen nachstehend in einer kurzen Wiedergabe die bei dieser Sitzung verhandelten Forderungen und die Stellungnahme der Verwaltung hierzu.

1. Zweijährige Vorrückungsfristen für alle Diener in allen Gehaltsstufen und Erhöhung des Endgehaltes auf 2000 Kr. Wird dann bewilligt, wenn sie auf den I. I. Staatsbahnen gewährt erscheint.
2. Nachdienstzulage für das Wächterpersonal. Abgelehnt, weil sie auf den Staatsbahnen nicht besteht.
3. Umwandlung der Streckenbegehler- und Verschubzulage in ein Pauschale von 800 Kr. jährlich; Zuerkennung an die Bahnrichter. Wird von der Verwaltung abgelehnt. Hierzu beschließt die Personalkommission mit Zustimmung des Experten Genossen Egger, für die Bahnrichter von der Direktion ein Pauschale mit 180 Kr. jährlich zu fordern. Genosse Wendt verlangt, daß die Zulage bei Verletzungen nicht entfallen soll.
4. Schulpauschale von 50 Kr. jährlich an Streckenbegehler, Bahnrichter, Wächter und Verschubpersonal. Abgelehnter Bescheid.
5. Verschubzulage für die beim Verschub tätigen Wächter. Abgelehnter Bescheid. (Wurde von Genossen Berger zurückgezogen.)
6. Entlohnung der Ueberstunden mit 1 Kr. per Stunde für Kartisten oder Veseitigung der Ueberstunden. Wird von den Personalkommissionsmitgliedern mit Ausdehnung auf die Magazinsdiener, Magazinsaufseher und Verschubaufseher angenommen.
7. Postenzulage für alle Wächter je nach der Intensität der Dienstleistung. Abgelehnter Bescheid. Der Antrag wird in folgender Fassung angenommen: Die Zulage ist zu gewähren: Auf Wod- und Zugmeldeposten mit Schrankenbedienung, Schrankenposten mit mehr als zwei Schranken und Weichenbedienung mit 20 Kr. monatlich, für alle übrigen Posten mit 10 Kr. monatlich.
8. Abschaffung des Frauendienstes oder Entlohnung mit 45 Kr. monatlich.

Die Abschaffung des Frauendienstes wird von der Verwaltung abgelehnt; die Frauenzulage soll ab 1. Juli 1913 eine kleine Erhöhung erfahren und wird dieselbe in der nächsten Zirkulariensammlung A verlautbart werden. (Die Personalkommissionsmitglieder halten den Antrag aufrecht.)

9. Dienern, die mit 600 oder 680 Kr. angestellt wurden und keinen Härtenausgleich erhielten, soll die nächste Vorrückung um ein halbes Jahr gekürzt werden.

Abgelehnter Bescheid.

10. Kürzung der Vorrückungsfristen für Diener mit 15 Dienstjahren und erst spät zur Anstellung gelangter Diener in der Weise, daß denselben die Erreichung des Endgehaltes ermöglicht wird.

Abgelehnter Bescheid.

11. Ueberstellung der Wächter, die Rangleidnerdienste verrichten, in die Kategorie der Rangleidner. Abgelehnter Bescheid.

12. Zulassung der Bahnrichter zur Bahnmeisterprüfung. Abgelehnter Bescheid.

13. Schnellzugprämie von 40 Kr. jährlich an Wächter analog den Staatsbahnen.

Die Direktion verweist darauf, daß die- selbe bei den Staatsbahnen nur den Bahn- erhaltungswächtern gewährt wird.

14. Pfingstremunerationen sollen auch den Bediensteten auf Nebenlinien gewährt werden.

(Der Antrag wird so formuliert, daß diese Zulage überall dort, wo sie bisher bestanden hat, wieder gewährt werden soll.)

15. Schaffung der Kategorie „Kontrollwächter“. Die Entscheidung lautet, daß sukzessive Kontrollwächter angestellt werden.

16. Ernennung der Oberverschieber und Blocksignal- diener bei 1200 Kr. zu Unterbeamten. Ablehnender Bescheid.

17. Aderthaltsache Anrechnung; 30jährige Dienstzeit. Wird dem Pensionsausschuß zugewiesen.

18. Dienstturnus von 12/24 auf allen Hauptlinien und in den Bruttostationen, von 16/24 auf allen übrigen Linien. Die Verwaltung lehnt eine generelle Regelung ab; wo sie es für notwendig er- achtet, werden Verbesserungen eingeführt.

19. Den Bahnrichtern soll nach Nachtdiensten ein halber freier Tag gewährt werden.

Wird nach Tunlichkeit gewährt.

20. Einheitliche Instruktion für Wächter.

21. Stations-, Streckenblock- und Zugmeldeposten sind als „Signalposten“ zu benennen. Die Bediensteten sind zu Blocksignalbedienern, beziehungsweise zu -aufsehern und bei 1200 Kr. zu Unterbeamten zu ernennen.

(Die Punkte 20 und 21 werden zusammengezogen und angenommen.)

22. Verbesserung der Urlaubsnormen. (Der Antrag wird aufrecht erhalten.)

23. Urlaube für die Mitglieder der Personalkommission zur Berichterstattung und Information.

Wird abgelehnt. (Genosse Herzog verweist auf die bei den Staatsbahnen üblichen Urlaube.)

24. Wächtern mit 16/16 und 18/18tündigem Turnus ein freier Tag, Schrankenwächterinnen zwei freie Tage monat- lich nach freier Wahl. Abschaffung der vierstündigen Arbeits- zeit des Mannes und Bewilligung, daß der Mann diese vier Stunden für die Frau Dienst machen darf.

Ein und zwei freie Tage werden abge- lehnt. Die vier Stunden für die Frauen ein- mal wöchentlich werden bewilligt.

25. Erholungsurlaub für die Wächterfrauen analog den Wächtern.

Wird dem Verwaltungsrat unter-

26. Regelung der Uniformangelegenheiten im Sinne der eingebrachten Anträge.

Alle Anträge werden dem Verwaltungsrat unterbreitet werden.

27. Die Prüfung des Seh- und Hörvermögens soll mit praktischen Signalmitteln erfolgen.

Wird dem Verwaltungsrat unterbreitet werden.

28. Wahl und Anerkennung von Kategorienvertrauens- männern.

Ablehnender Bescheid.

29. Lebensmittelfreischein für die im Ruhestand be- findlichen Bediensteten.

Ablehnender Bescheid.

30. Regiefrachtbriefe für Möbelbeförderung. (Der An- trag wird auf Brennstoff ausgedehnt.)

31. Gebührenfreie, temporäre Freikarten für Lehrlinge. (Wird einstimmig angenommen.)

32. Titeländerung analog den eingebrachten Anträgen.

Ablehnender Bescheid.

33. Regelung des Strafsystems. (Der Antrag wird mit zahlreichen vorgekommenen Fällen begründet.)

34. Abhaltung von Schulstunden für die Wächter der Bahnerhaltung analog dem Verkehr. Instruktionen aus dem Wächterstande.

Ablehnender Bescheid.

35. 60 Stück Altschmellen für alle Dienstposten.

Ablehnender Standpunkt der Verwal- tung.

36. Pauschalierung des Brennstoffbezuges analog den Staatsbahnen.

Ablehnender Bescheid.

37. Spütreinigung soll durch Arbeiterinnen besorgt werden.

Eine Entscheidung ist noch nicht erfolgt.

38. Hygienische Ausgestaltung der Wächterhäuser. Wird sukzessive geregelt werden.

39. Abschaffung der Nebenarbeiter.

Ablehnender Bescheid.

40. Ermöglichung des Uebertrittes in andere Verwal- tungskategorien. (Dieser Antrag wird vom Vertreter des Ver- schubpersonals ausführlich begründet.)

41. Dienstfreikarten für die Personalkommissionsmit- glieder und deren Erstatmänner.

42. Krankenversicherung für das im Ruhestand befind- liche Personal.

Ablehnender Bescheid.

43. Ernennung der Portiere zu Unterbeamten.

Ablehnender Bescheid.

44. Ernennung der Wagenschreiber zu Kanzleigehilfen.

Ablehnender Bescheid.

45. Kürzung auf ein Jahr der Vorrückung von 1000 auf 1100 Kr. für Magazinsdiener. (Wird zurückgezogen.)

46. Magazinsdiener sollen nach dem Dienstalter zu Magazinsaufsehern und Magazinsmeistern überstellt, be- ziehungsweise ernannt werden.

Protokoll*)

der Sitzungen der Sektion „Diener“ des Zentralaus- schusses für allgemeine Personalangelegenheiten der Be- diensteten der k. k. österreichischen Staatsbahnen. (Fortsetzung.)

Postnormierung.

Nunmehr geht Mitglied Sommerfeld zur Begrün- dung des Antrages auf Erhöhung der Postnormierung für die Diener über und erinnert an die in den Jahren 1906 bis 1909 vorgenommene Vermehrung der Dienerstellen, welche nun- mehr nicht nur zum Stillstand gekommen ist, sondern durch die entsandten Normierungskommissionen einer Restringierung der Stellen platzmachen soll. Bei dieser Gelegenheit befragt sich dieses Mitglied über eine geheime Verfügung der Nordbahn- direktion, wonach einzelne minder verwendbare Bedienstete in den zeitlichen Ruhestand versetzt werden sollen, weil sie nicht mehr benötigt werden. Aus Gründen der Verkehrssicherheit

warnen er vor den Gefahren einer herabsetzenden Einschränkung des Dienerpersonals. Die ungünstige Lage der ambulanten Strecken- wächter bei der Staatsbahndirektion Wien sei zum Beispiel dieser Postenberkürzung beizumessen. Er stellt an das Eisen- bahministerium das Ersuchen, die Reorganisation nicht mit einer Normierungseinschränkung bei den Dienern zu beginnen, sondern mit Nachdruck beim Finanzministerium eine Erhöhung der Postnormierung zu beantragen. Er kennzeichnet als un- mittelbare Folge dieses Vorganges die immer schlechter wer- denden Diensturuisse für das Personal, wie sie beispielsweise in der Station Grieskirchen zutage treten.

Mitglied Weiser fordert die Aufstellung fester Grund- sätze für die Normierung in den Werkstätten. Er spricht sein Befremden darüber aus, daß die Verwaltung von den im Zir- kular der Generaldirektion Nr. 181, vom 18. Dezember 1894, hinsichtlich der Stabilisierung hinausgegebenen Normen, wonach 80 Prozent der bediensteten Werkstättenarbeiter nach mindestens zwei Jahre währender Dienstzeit stabilisiert werden sollten, ab- gegangen sei und daß die Verhältnisse sich derzeit soweit ver- schlechert haben, daß gegenwärtig Arbeiter sieben Jahre und noch mehr auf ihre Stabilisierung warten müssen. Er ersucht um ein gleichmäßiges Vorgehen in diesem Belange bei den alten und neuen Werkstätten.

In weiterer Folge stellt Mitglied Weiser nach ein- gehender Begründung den Antrag, den Dienern die Unter- beamtenaufbahn in ausgiebigerem Maße zu ermöglichen. Die Anträge betreffend die Normierung werden sodann zu nachstehendem Gutachten zusammengefaßt:

(Es folgen die Anträge betreffs automatischer Ernen- nung bei Erreichung von 1200 Kr. zu Unterbeamten bei jenen Kategorien, die die Anwartschaft auf die Unterbeamtenernen- nung haben, Ausdehnung dieser Anwartschaft auf weitere Kate- gorien, Ernennung zu Hilfsbediensteten, beziehungsweise definitive Ernennung nach zurückgelegter Ausbildungszeit und Zulassung zu Prüfungen betreffs Erlangung des Unterbeamten- ranges.)

Qualifikation und aufertourliche Vorrückung.

Zu dem Antrag auf Abschaffung der aufertourlichen Qualifikation hebt Antragsteller Weiser die Gründe hervor, die es nach den bestehenden Qualifikationsnormen unmöglich machen, die Fähigkeiten eines Bediensteten richtig zu beurteilen und spricht der aufertourlichen Qualifikation mehr demoralisierende als anspornende Wirkungen zu.

Die Mitglieder Weiser und Sommerfeld formu- lieren nunmehr ihre Anträge in folgender Weise:

„Die Qualifikation ist abzuschaffen, wodurch selbstverständlich das aufertour- liche Avancement auf Grund derselben ent- fällt. Die durch den Ausfall der aufertour- lichen Vorrückungen in Ersparnis gebrachten Beträge sind für die Einführung des zwei- jährigen Avancements bis zum beantragten Endgehalt von 2000 Kr. und für den Härten- ausgleich zu verwenden.“

Bei dem Antrag wegen öffentlicher Ausschreibung der zur Besetzung gelangenden Dienerposten ruft Antragsteller Sommerfeld die Gründe ins Gedächtnis zurück, welche ihn veranlaßt haben, diesen Antrag bereits bei der vergangenen Tagung einzubringen.

Der Vorsitzende erwidert, daß die Momente, welche eine obligatorische Ausschreibung aller erledigten Posten für unzulässig erscheinen lassen, bereits im Protokoll der letzten Sitzung vermerkt sind.

Der sodann beschlossene Antrag lautet:

„Die erledigten Posten sind in der Regel 14 Tage vor ihrer Besetzung öffentlich auszusprechen und sollen die be- züglichen Besetzungen unter Zuerkennung der Ueberstufungs- gebühren als aus Dienstesrückichten erfolgt, angesehen werden.“

Quartiergeld- und Wohnungsfragen.

Zu den Anträgen führt Mitglied Sommerfeld aus, daß die Wohnungszinsen in der letzten Zeit fast zweimal jährlich eine Erhöhung erfahren und daß die Bediensteten bei der denk- bar bescheidensten Wohnungshaltung mit dem jetzigen Quartier- geld das Auslangen nicht finden können. Im Namen aller Mitglieder richtet er an den Vorsitzenden die Bitte, sich für den raschen und umfangreichen Bau von Personalthäusern an geeigneter Stelle einzusetzen, um durch Sicherung entsprechender Kapitalien viele Diener vor der drohenden Verelendung zu be- wahren. Vor allem kann er der gegenwärtigen Einteilung in verschiedene Quartiergeldklassen nicht beipflichten, weil sich die Unterschiede hinsichtlich der Wohnungsverhältnisse am Flachland gegenüber den in geschlossenen Orten bedeutend verringert haben.

Mitglied Weiser vertritt ebenfalls die Anschauung, daß eine Vereinfachung in der Einteilung der Stationsorte und der Erhöhung der bisherigen Quartiergelddarstellung Platz greifen soll, und zwar unter Zugrundelegung von nur zwei Gruppen.

Die Mitglieder Mühberger und Soroniewicz schildern die Wohnungsnot und Unterkunftsverhältnisse in den von ihnen vertretenen Direktionsbezirken an einer Reihe konkreter Beispiele, während Mitglied Pfatschbacher Ver- gleiche anstellt zwischen den Ausmaßen der den Eisenbahn- bediensteten gegenwärtig als Wohnung dienenden Räumlich- keiten und zwischen jenen Dimensionen, welche der Artikel 8 des Statuts des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds für Klein- wohnungen vorschreibt, und sucht hierbei nachzuweisen, daß die derzeitigen Familienwohnungen, in welchen die Eisenbahn- bediensteten wohnen, kaum annähernd den Anforderungen für Bedienstete entsprechen, denen zufolge für jeden Bewohner mindestens 12 Kubikmeter Luftraum entfallen soll. Gelegent- lich der über Wohnungsfürsorge geführten Debatte, an der sich auch die Mitglieder Mühberger, Weiser, Sommer- feld, Pfatschbacher und Soroniewicz beteiligen, spricht Mitglied Pfatschbacher den Wunsch aus, das Eisenbahnministerium möge dieser Frage die größte Aufmerk- samkeit widmen und durch Beschaffung hinreichender Geld- mittel sowohl für den Bau einer genügenden Anzahl von Per- sonalthäusern als auch dafür Sorge tragen, daß beim Bau einer entsprechenden Anzahl hygienisch einwandfreier Kasernen die für gemeinsame Schlaf- beziehungsweise Logierhäuser vorge- sehene Grundfläche von 4 Quadratmeter für jede zu beher- bergende Person eingehalten werde.

Der Vorsitzende verweist im Gegenstand auf die erst im vergangenen Jahr vollzogene Erhöhung des Quartiergeldes, welche für die Diener allein einen Mehraufwand von rund 5.000.000 Kr. er- forderte, und bemerkt, daß unter diesen Umständen eine abermalige Erhöhung der in Rede ste- henden Bezüge wohl nicht gewärtigt werden könnte. Auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge sei in den letzten Jahren verhältnismäßig viel geschehen. Wenn diese Aktion nunmehr ins Stocken geraten sei, so seien daran die allgemeine Lage und die damit zusammenhängenden tristen Verhältnisse des Geldmarktes schuld, die es verhindern, daß die Wohlfahrtsinstitute ihre Geldmittel für Bauzwecke reali- sieren können. Wenn in diesen Verhältnissen wieder ein Wandel eintreten sollte, dann dürfe die Wohnungsfürsorgeaktion auch wieder in größerem Umfang aufgenommen werden können. Die sodann hinreichend begutachteten Anträge werden vom Zentralauschuß angenommen; dieselben lauten:

„Das Quartiergeld der Diener soll wie folgt geregelt werden, und zwar bei einem Gehalt von

Table with 2 columns: Kronen, Gruppe A, Gruppe B. Rows show salary levels from 900 to 2000 Kronen.

Die Einteilung der Stationen in die beiden Quartier- gelbgruppen hat unter Zugiehung der Personalkommissions- mitglieder zu erfolgen.

Sicherung entsprechender Kapitalien zum Bau einer genügenden Anzahl Personalthäuser mit billigen und hygie- nischen Wohnungen für das Personal in allen Stationen, wo Personalthäuser gebaut werden können.

Schaffung und Erhaltung genügender und hygienischer Kasernen.“

Nebenbezüge.

Vorher in die Beratung der zu diesem Punkt einge- brachten Anträge geschritten wird, ergreift Mitglied Som- merfeld das Wort und betreibt die endliche Zuerkennung der seit Jahren in Aussicht gestellten Nachdienstzulagen für Wächter, worauf der Vorsitzende beauftragt, daß sich die Ver- waltung ohnedies mit der Absicht trage, den Weichen- und Stationsblockwächtern eine Nachdienstzulage zu gewähren.

Bei Begründung des Antrages betreffend die Aufteilung des Reinigungs- beziehungsweise Beheizungs- und der Zulage für die Fahrkartenausgabe führt Antragsteller Weiser an, daß die Ablöser den gleichen Dienst wie die auf normierten Posten stehenden Diener versehen und fragt, weshalb im nun- mehr geltenden Gebührenregulativ von dieser früher geübten Aufteilung Abstand genommen worden sei. Mitglied We- iser befürwortet den Antrag vom Standpunkt der Ablöse- und Blockwächter, während Mitglied Sommerfeld zu- gunsten jener Wächter spricht, welche in Saltestellen die Fahr- kartenausgabe besorgen. Sie bitten um Wiedereinführung der Aufteilung der vorgeordneten Nebenbezüge.

Die Mitglieder Sommerfeld und Mühberger erörtern weiters noch die Stundengeldberechnung beim Fahr- dienst, welche durch die Außerachtlassung der Bestimmungen des Generaldirektionserlasses vom 19. April 1896, Z. 51.714, gegen- über früher eine Verschlechterung erfährt. Sodann werden die Anträge nachstehend zusammengefaßt:

„Abänderung des Gebührenregulativs § 42, Absatz 3. Die Bestimmung soll lauten:

Das Reinigungs- und Beheizungs- und ebenso die Zulage für die Fahrkartenausgabe ist zwischen auf nor- mierten Posten Dienst versehenen Bediensteten und dessen Ablösern auch dann zu teilen, wenn letztere im Taglohn stehen.“

Die dem Dienerpersonal (Wächter) angehörenden Be- diensteten sollen im Fall ihrer Verwendung zum Fahrdienst die ihnen laut des Erlasses der Generaldirektion Z. 51.714, vom 9. April 1896 (Sammelband IV, Zirkular Nr. 148) ge- bührenden Bezahlungen erhalten.“

Fortsetzung folgt.

Inland.

Ein polizeilicher Uebergriff gegen Eisenbahbedienstete.

Ein äußerst trassen Fall, den sich die Polizei gegen- über Eisenbahbediensteten erlaubte, haben die Abge- ordneten Tomischil und Rudolf Müller in folgen- der an den Justizminister gerichteten Interpellation zur Sprache gebracht:

Der Oberkondukteur Hermann Tragan in Wien XIII, Gebaislan Kolchogasse 16/12, der Kondukteur Karl Li- born in Wien XVI, Thaliastraße 10, der Kondukteur Josef Apprent in Wien X, Favritzenstraße 118/6, der Bremser Karl Solbig in Wien XIV, Meiselstraße 21, und Rudolf Mikota in Wien XIV, Graumanngasse 39, alle bei den k. k. Staatsbahnen, k. k. Staatsbahndirektion in Wien bedienstet, waren als Partie bei dem Güterzug Nr. 70, der von Linz nach Wien verkehrte, in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezem- ber 1912 eingeteilt. Auf der Fahrt dieses Güterzuges kam nun aus einem Wagen eine Kiste Butter von angeblich 35 Kilogramm abhanden und wurde dann später diese Kiste in der Station Kemmelbach-Obbs in einem Personenzug, dessen Türen sämtlich abgeschlossen waren, aufgefunden, ohne daß es allerdings feststeht, ob die Entwendung dieser Butter- kiste aus dem Güterzug in Kemmelbach-Obbs oder ander- wärts erfolgt ist. Der fragliche Güterzug Nr. 70 hatte jeden- falls in Kemmelbach-Obbs nur vier Minuten Aufenthalt. Bei der Ankunft des Zuges in Wien wurde gar nichts konstatiert.

Am 27. Dezember 1912 wurde nun der Kondukteur Karl Liborn verhaftet und bei Liborn auch Hausdurchsuchung gehalten, die aber scheinbar resultatlos blieb. Am 2. Jänner 1913 wurde der Kondukteur Josef Apprent verhaftet, wogu zu bemerken ist, daß der Wagen, aus dem die Butterkiste ab- handen gekommen sein soll, zu dem Kondukteur Apprent zugeteilten Wagen gehörte. Die beiden Kondukteure Liborn und Apprent beschwerten sich nun mit volstem Grund über die ihnen von der Wiener Polizei angediehene Behandlung, insbesondere über das Benehmen des Herrn Polizeikonzept- praktizanten Dr. J. Hanke. Der genannte Herr soll zu dem Kondukteur Liborn sofort bei der ersten Vernehmung gesagt haben: „Sie sind der Butterdieb. Ich bin ein alter Kriminalist und brauche Sie nur anzusehen, daß Sie der Täter sind. Sie werden jetzt die längste Zeit Dienst gemacht haben.“ Zum Kondukteur Apprent sagte Dr. Hanke: „Ihr habt euch ver- abreht, gestehen Sie es nur ein, der Liborn hat schon ein Geständnis abgelegt. Sie sehen also, daß Sie übermiesig sind.“ Dr. Hanke wollte also durch die falsche Behauptung, Liborn habe ein Geständnis abgelegt, Apprent zu einem Geständnis verlocken, allerdings vergeblich. Worüber sich aber beide Kondukteure am meisten beschwerten, ist der Umstand, daß beide Kondukteure auf der Polizei- fotografier- und baltroskopischen Mes- sungen unterzogen wurden. Dieses Verhalten der Polizei scheint uns so trasser, als der Kondukteur Apprent voll- ständig unbescholten und der Kondukteur Liborn nur wegen Ueberziehung (§ 411 St.-G.), also nicht wegen eines Eigen- tumbeliebs, mit 24 Stunden Arrest bestraft ist. Der Kon- dukteur Liborn wurde nach einjähriger Polizeistraf am 28. De- zember 1912 auf freien Fuß gestellt und auch der Kondukteur Apprent war bei der Polizei nur einen oder zwei Tage in

*) Siehe Nummer 16 des „Eisenbahner“.

Saft. Die gerichtliche Untersuchung wurde dann gegen den Kondukteur Josef Apprent vom Bezirksgericht Döbbs im Auftrage der Staatsanwaltschaft St. Pölten weitergeführt und endete mit vollständiger Einstellung.

Die Bediensteten sind insbesondere über die Photographierung und die daktyloskopischen Messungen mit Recht auf das höchste empört, da solche polizeiliche Ehrungen doch nur gerichtliche und polizeibekanntere Verbrechern für gewöhnlich zuteil werden und gar kein Anlaß vorlag, unbescholtene Leute, gegen die höchstens ein vager Verdacht, aus ihrer Begleitung des Zuges herrührend, vorlag, so zu behandeln. Auch über die harte Art und Weise, in welcher Herr Dr. Hanke das Verhör führte, beschwerten sich nicht nur die Kondukteure Apprent und Riborn, sondern auch die anderen Eisenbahnbediensteten, insbesondere Oberkondukteur Tragau. Ferner ist auch auf die oben wiedergegebenen Äußerungen des Herrn Dr. Hanke zu verweisen, vor allem auf seine falsche Behauptung, Riborn habe gestanden, mit welcher falscher Behauptung Herr Dr. Hanke Apprent ein Geständnis entlocken wollte, eine Vorgangsweise, die gewiß total unzulässig und verboten ist.

Wir fragen Sie daher, Herr Minister:

Wollen Sie den Vorfall strengstens untersuchen lassen und den schuldigen Polizeibeamten wegen seines der Strafprozedur widersprechenden Verhaltens zur Verantwortung ziehen?

Wien, am 20. Juni 1913.

Wieder ein kleines Korruptionchen.

In der „Berliner Börsenzeitung“ vom 28. Mai war ein Artikel über die Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahn zu lesen, in deren Aktienbesitz sich ein Wechsel vollzogen hat. 51.000 Aktien sind an österreichische und ungarische Banken übergegangen und die österreichische Regierung hat sich ein Optionsrecht auf diese Aktien vorbehalten. Die Aenderung des Aktienbesitzes hatte auch eine Aenderung der Zusammensetzung des Verwaltungsrates zur Folge. Daran knüpft die genannte Zeitung an, indem sie schreibt: „Die österreichische Regierung entsandte als ihren Vertrauensmann Herrn Dr. Albert Treichl in die Verwaltung. Diese Befegung hat in Finanzkreisen peinliches Aufsehen erregt. Herr Dr. Treichl ist Direktorstellvertreter des Wiener Giro- und Kassenvereines, einer kleinen Bank, die an der Börse das Effektenarrangement besorgt. Weder die Position dieser Bank im Wiener Finanzleben noch die Stellung, die Herr Dr. Treichl einnimmt, lassen die Wahl verständlich erscheinen. Es handelt sich hier offenkundig um einen bedauerlichen Akt österreichischer Protektions- und Günstlingswirtschaft. Herr Dr. Treichl ist kürzlich durch eine Heirat Nefte des österreichischen Eisenbahnministers geworden.“

Wie Herr Jung in den mährischen Landtag gewählt wurde.

Bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen in den mährischen Landtag erlangte auch einer der Führer der Deutschgelben, der bekannte Ingenieur Jung in Jglau, ein Mandat. Er kandidierte im Wahlbezirk Neutitschein der allgemeinen Kurie, zu dem auch Witkowitz gehört. In Witkowitz befinden sich die Eisenwerke Rothchild's, wo Tausende von deutschen Arbeitern beschäftigt sind, die unermeßlichen Reichtümer des Milliardenars zu mehren. Der Generaldirektor dieser Eisenwerke ist der berühmte Schuster, der bestrebt ist, in der gewalttätigsten Weise jede Organisation der ausgebeuteten Rothchildsklaven zu verhindern.

Wie in Witkowitz „gewählt“ wurde, zeigt folgend verzeichnetes Plakat auf, das die „Arbeiter-Zeitung“ am 27. Juni zum Abdruck brachte:

Rundmachung

an die für den Landtag wahlberechtigten Arbeiter der Eisengießerei und Modellgießerei.

Landtagswahlen.

Alle jene Arbeiter, welche Landtagswähler und im Besitze der Wahllegitimation und des Stimmzettels sind, werden hiemit aufgefordert, diese Dokumente zwecks Deponierung bis längstens Samstag den 7. Juni 1913 um 8 Uhr früh, und zwar entweder in der Rechnungskanzlei oder an den Gießereiaufscher Herrn Gamlas abzugeben. Alle wahlberechtigten Arbeiter, welche bis zur Stunde die Wahllegitimation nicht erhalten haben, haben dies sofort in der Rechnungskanzlei, eventuell dem Herrn Gamlas anzuzeigen. Alle wahlberechtigten Arbeiter, ohne Unterschied ihres Aufenthaltsortes, haben sich Sonntag den 8. Juni 1913 um 8 Uhr früh im Gießereihof einzufinden.

Abteilung Eisengießerei der Wittowitzer Bergbau- und Eisenhütten-Gesellschaft. J. W. (Unterschrift unleserlich.)

Nun, die Arbeiter haben diese brutale Aufforderung verstanden. Sie kamen, wie befohlen, und nahmen die mit „Jung“ ausgefüllten Stimmzettel und gingen „wählen“. Sie wählten mit Groll und Haß im Innern das Protektionskind Rothchild's — aber sie wählten! An Weib und Kind haben sie dabei gedacht, die sie nicht dem Hunger ausliefern wollten... Ob es Herr Jung wagen wird, sich im Landtag als Vertreter der deutschen Arbeiter aufzuspielen? Er, dem die deutschen Arbeiter, von Rothchild's Hausknecht gezwungen, ihre Stimmen gegeben haben...

Die Straßengefährdung im Herrenhaus angenommen.

Das österreichische Herrenhaus setzte in der vergangenen Woche die Beratung über das neue Straßengesetz bekanntlich für die Eisenbahner den Raub des Koalitionsrechtes beinhalten, fort und hat schließlich das Gesetz angenommen. Das Gesetz kommt nun, wahrscheinlich im Herbst, im Abgeordnetenhause zur Verhandlung. Es ist unwahrscheinlich, daß das Abgeordnetenhause den Entwurf ohne fortschrittlichere Änderungen einer Reihe seiner reaktionären Bestimmungen annehmen wird.

Ausland.

Ein internationales Finanzsyndikat zum Ausbau der orientalischen Bahnen.

Aus Paris wird gemeldet: Innerhalb einer kontinentalen Mächtegruppe, zu welcher jedenfalls Rußland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Deutschland und vielleicht auch Italien gehören, schweben augenblicklich Verhandlungen behufs der prinzipiellen Genehmigung der Bildung eines internationalen Finanzsyndikats. Dieses Syndikat würde die Finanzierung der von den österreichischen Banken übernommenen orientalischen Eisenbahnen und deren mit 1200 Kilometer in Aussicht genommenen Ausbau durch die Donau-Adria-montenegrinisch-südbanische Bahn mit allen Zweigstrecken durchzuführen haben.

Von den englischen Eisenbahnern.

Der soeben erschienene Jahresbericht 1912 der englischen Eisenbahnerorganisation weist eine Mitgliederzunahme von 116.516 auf 132.002 nach — seit dem Anschluß anderer Organisationen und durch die dabei entstandene Bewegung ist die Mitgliederzahl inzwischen auf rund 200.000 gestiegen. Im Berichtsjahr betrug die Einnahme 149.313 Pfund Sterling (1 Pfund Sterling = 24 Kr.), darunter 12.288 Pfund Sterling Zinsen, 2102 Pfund Sterling Eintrittsgelder und 101.400 Pfund Sterling Mitgliedsbeiträge; die Ausgaben 192.409 Pfund Sterling. Diese große Ausgabe wurde hauptsächlich durch den Bergarbeiterstreik, der viele Eisenbahner in Mitleidenschaft zog, verursacht. Für Prozesse und dergleichen mußten 5669 Pfund Sterling, für Arbeitslosenunterstützung 98.473 Pfund Sterling, für Streikunterstützung dagegen nur 8536 Pfund Sterling, für Sterbegeld 10.233 Pfund Sterling aufgewendet werden. Der Waisenunterstützungsfonds weist eine Ausgabe von 9828 Pfund Sterling für 1138 Familien aus, die fakultative Krankenkasse nahm 2928 Pfund Sterling ein und gab 2414 Pfund Sterling aus. Sie hat einen Kassenbestand von 6883 Pfund Sterling. Am Jahresabschluss betrug das Verbandsvermögen 394.025 Pfund Sterling oder rund 8 Millionen Mark. Wie schon bemerkt, ist die Organisation inzwischen wieder beträchtlich gewachsen und ist zweifellos die stärkste Eisenbahnergewerkschaft der Welt.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine streng bestrafte Verleumdung.

Wie wir bereits unter diesem Titel in Nummer 14 vom 10. Mai 1913 berichtet haben, wurde der Streckenbegeher Karl Staropitsch in Mannersdorf a. L. wegen Verleumdung des Abgeordneten Tomschil vom Bezirksgericht Brud. a. d. L. zu einer achtjährigen, mit Fajsten verschärften Arreststrafe verurteilt. Nach erfolgter Verurteilung gab Staropitsch dem Abgeordneten Tomschil gegenüber nachstehende Ehrenerklärung ab:

Ich, Karl Staropitsch, Streckenbegeher in Mannersdorf, habe mich bei einer am 15. März 1913 in Mannersdorf abgehaltenen Versammlung gegen Herrn Abgeordneten Josef Tomschil in Wien zu ehrenrührigen Äußerungen hinreißend lassen, insbesondere zu der Äußerung, Herr Abgeordneter Tomschil habe mit Herrn Inspektor Edelstein ausgemacht, die Lohnerhöhungen für die Eisenbahnarbeiter haben nur bis Gramat-Neusiedl zu gelten und er habe dadurch die Eisenbahnarbeiter hinter Gramat-Neusiedl geschädigt.

Ich bedauere auf das tiefste, diese vollständig unberechtigten Äußerungen, insbesondere die letztangeführte unwahre Behauptung, für die kein sachlicher Anlaß vorliegt, vorgebracht zu haben, um so mehr, als ich mich überzeugt habe, daß Herr Abgeordneter Tomschil auch in dieser vorerwähnten Lohnfrage sich um die Interessen aller Eisenbahnarbeiter auf das eifrigste und intensivste bemüht hat.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Tomschil wegen des ihm zugesügten Unrechtes vielmals um Entschuldigung, danke ihm, daß er in dem gegen mich anhängigen Strafverfahren zur Strafmilderung seine Zustimmung erteilt hat und verpflichte mich, diese Erklärung auf meine Kosten in die nächste Nummer der in Wien erscheinenden periodischen Druckschrift „Der Eisenbahner“ zu veröffentlichen und Herrn Abgeordneten Tomschil die Kosten des Strafverfahrens zu Händen seines Vertreters Herrn Dr. Hübsch, Hof- und Gerichtsadvokaten in Wien, zu ersetzen.“

Da Staropitsch infolge seiner Verurteilung zur Freiheitsstrafe eventuell Gefahr lief, seine Stellung zu verlieren, so ließ Abgeordneter Tomschil im Hinblick auf die schuldlose Familie des Staropitsch durch seinen Vertreter Herrn Doktor Hübsch (früher in Aufsitz, jetzt in Wien) im Berufungsverfahren vor Gericht erklären, daß er nunmehr auf diese Verurteilung des Staropitsch nicht weiter beharre und in eine Milderung dieser Strafe einwillige.

Infolgedessen wandelte das Berufungsgericht in Wien die ursprünglich dem Angeklagten auferlegte achtjährige Arreststrafe in eine Geldstrafe um unter Auflage des Kostenersatzes.

Es darf wohl der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß nunmehr solche verleumderische Behauptungen unterbleiben, zumal wenn sie in so greller Weise gegen die Wahrheit verstoßen, wie es vorliegend der Fall war.

Ein Eisenbahnunfall. (Streifung in Straßhof.)

Am 3. Februar l. J. fand in der Station Straßhof eine Streifung zwischen einem einfahrenden Lastzug und einem verbleibenden Zug statt, bei welcher vom letzten Zug fünf Waggons zur Entgleisung gebracht und beschädigt wurden. Der Unfall geschah dadurch, daß der einfahrende Zug die Grenzmarke überfahren hatte. Wegen dieses Vorfalles hatten sich der Lokomotivführer und der Heizer des Zuges vor dem Bezirksgericht M a h e n wegen Übertretung des § 432 St.-G. zu verantworten.

Während es von vornherein klar war, daß an dem Unfall dem Heizer kein Verschulden beigemessen werden kann, erschien der Lokomotivführer dadurch schwer belastet, daß nach den Aussagen zweier Verschieber der Heizer nach dem Unfall sich ihnen gegenüber geäußert hatte, der Lokomotivführer des Zuges Janaz Leeb sei an dem Unfall schuld, weil er bei der Einfahrt geschlafen habe.

Leeb, welcher durch Dr. Leopold Kabh verteidigt wurde, stellte bei der kürzlich in Raasdorf stattgehabten Verhandlung auf das entschiedenste in Abrede, auf der Lokomotive geschlafen zu haben und erklärte, daß er ungefähr eine Minute vor der Streifung noch mit dem Heizer einige Worte gewechselt habe. Auch der Heizer erklärte auf eindringliches Befragen des Verteidigers des Leeb, er habe nie behauptet, daß Leeb geschlafen habe; es sei richtig, daß er kurz vor der Streifung an diesen eine Frage gerichtet habe, die auch beantwortet wurde, dann habe sich Leeb bei der Lokomotive hinausgebogen, so daß er — der Heizer — gar nicht in der Lage gewesen sei, zu beobachten, was Leeb mache und ob er schlafe. Leeb selbst erklärte den Unfall dadurch, daß die bei der Polizeimarke befindliche Wogenlampe bei der Einfahrt gequert und manchmal ganz ausgeht habe, so daß er die Polizeimarke auf zu kurze Zeit wahrgenommen hatte, als daß er rechtzeitig das Signal „Bremsen fest“ hätte geben können. Das zu dieser Verhandlung geladene Verschubpersonal erklärte nicht angeben zu können, ob die fragliche Wogenlampe im kritischen Moment ruhig gebrannt oder gequert oder gar nicht gebrannt habe. Nur ein Verschieber erklärte anfangs, die Wogenlampe habe gebrannt; als er jedoch auf die Frage des Verteidigers zugeben mußte, daß sich auf dem Bahnhof 70 Wogenlampen befänden, erklärte er selbst, seine frühere Angabe, die unmittelbar bei der Polizeimarke befindliche Wogenlampe habe gebrannt, nicht aufrechterhalten zu können. Ueberdies erklärten diejenigen Verschieber und Bremser, die sich auf dem Verschubzug befunden hatten, daß sie den Ruck infolge des Anfahrens des Zuges nur schwach verspürt hätten, da der einfahrende Zug gegen solche Waggons angefahren war, welche mit Bremsen nicht besetzt waren und in deren Nähe sich gleichfalls nur unbesetzte Waggons befunden hatten.

Der Verteidiger Leeb's wies darauf hin, daß durch das Beweisverfahren festgestellt sei, daß Leeb auf der Maschine nicht geschlafen habe, daß ferner der Unfall durch das schlechte Funktionieren der bei der Polizeimarke befindlichen Wogenlampe verursacht worden sei und demnach in subjektiver Beziehung dem Lokomotivführer kein Verschulden treffe; überdies sei auch objektiv keine Gefährdung von Personen nachzuweisen, da das auf dem Zug befindliche Personal von der Streifung kaum etwas verspürt hatte.

Demzufolge beantragte der Verteidiger Leeb's die Freisprechung desselben. Das Gericht schloß sich diesem Antrag an und ging mit einem Freispruch vor.

Streiflichter.

Der Verfassergrimm des Herrn Eril. Der Herr Ferdinand Eril ist sehr nervös geworden. Und zornig wie ein grimmer Hagen, der das Siegfriedsschwert schwingt. Und so schickt er uns jede Woche, wenn es halbwegs geht, einen Polizeibeamten ins Haus, der in der Schreibtischlade unseres Redakteurs nach Manuskripten suchen muß, in denen dieser Herr mit der mimosenhaften Haut ehrenbeleidigt sein will. Und offenbar, weil er nichts findet, läßt er im „Deutschen Eisenbahner“ ein Urteil los, das aus den staubigen Akten des Bezirksgerichtes Margareten ausgegraben wurde und mittels welchem irgendein Mensch, der behauptet hatte, Genosse Tomschil besitze von den Geldern der Eisenbahner drei Häuser, wegen Ehrenbeleidigung geklagt und freigesprochen wurde. Nicht etwa weil bewiesen wurde, daß Genosse Tomschil drei Häuser hat, sondern weil, wie der Richter sagte, ein solcher Vorwurf keine Ehrenbeleidigung beinhaltet. Solche Urteile werden natürlich wiederholt gefällt. Aber daß der Richter seinem Urteil eine Begründung gab, die höchstens beweist, daß es auch Richter gibt, die noch einmal auf die juristische Schulbank gehören, das paßt Herrn Eril. Und so freut er sich wie ein Schneekönig. Aber im Vertrauen: Genosse Tomschil ist bereit, die „drei Häuser“ Herrn Eril schenkungsweise zu überlassen, trotzdem Herr Eril, seitdem er „sozialpolitischer Beirat“ ist, sich selber schon sieben Häuser erworben hat. Also hat er dann zehn.

Die Zustände im Stoderauer Bahnhof. Der Bund österreichischer Industrieller verwendet folgende Mitteilung: Eine Deputation von Industriellen aus Stoderau und Korneuburg, bestehend aus Kommerzialrat Dr. Karl Mangold, kaiserlichem Rat Franz v. Schaumann und Fabrikanten Theodor Stefsky, hat kürzlich unter Führung des Präsidenten des Bundes österreichischer Industrieller, Heinrich Wetter, bei dem Eisenbahnminister Dr. Freiherr v. Forstner, vorgesprochen, um neuerdings dringend über die Verzögerung des Umbaus der Bahnhofanlage in Stoderau Bescheid zu führen. Die einzelnen Mitglieder der Deputation schilderten die geradezu unhaltbaren und gefährlichen Zustände, hervorgerufen durch die mangelhaften Einrichtungen einerseits und durch die in den letzten Jahren erfolgte starke Steigerung des Personen- und Frachtenverkehrs andererseits. Die erschienenen Industriellen regten beim Eisenbahnminister an, die Stationsneuanlagen, welche in Ausführung begriffen sind, derart auszugestalten zu lassen, daß die schon in früherer Zeit in Aussicht gestellte Einbeziehung der Lokalstrecke Stoderau-Wien in den Stadtbahnverkehr ohne weitere Schwierigkeiten erfüllt werden könne. Der Eisenbahnminister, welcher über die argen Kalamitäten, welche auf der Eisenbahnstation Stoderau herrschen, vollständig orientiert war, hat auf Grund der Mitteilungen der Sachreferenten die Zusage gemacht, daß im kommenden Jahre die Arbeiten, welche nahezu seit zwei Jahren eine Unterbrechung erfahren haben, ihre Fortsetzung finden werden. Die hierfür nötigen Beträge sind für das erste Halbjahr 1914 bereits im Budget eingestellt. Die Industriellen brachten überdies eine Reihe von Uebelständen zur Sprache, wie Beibehaltung der alten und unvollkommensten Wagentypen auf der Strecke Wien-Stoderau, die schlechte Beleuchtung dieser Waggons, deren unzuverlässige Heizung u. s. w. und ersuchten den Minister, für die entsprechenden Verbesserungen das Nötige veranlassen zu wollen. Die Deputation begab sich dann noch über Veranlassung des Ministers zu dem Direktor der O. N. B. V., Ministerialrat Geutebrück, um diejenigen Angelegenheiten, welche die Eisenbahnstationen Stoderau und Korneuburg betreffen und deren Erledigung im Wirkungskreis der Direktion gelegen ist, zu erörtern. Ministerialrat Geutebrück sagte zu, im Rahmen der ihm bewilligten Mittel den Wünschen Rechnung tragen zu wollen.

Eisenbahnunfall in Wiener-Neustadt.

Am 23. Juni um 1/10 Uhr abends ereignete sich in der Südbahnstation Wiener-Neustadt ein Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem auf dem Geleise stehenden Lastzug. Der aus Laibach um 9 Uhr 4 Minuten fällige Personenzug Nr. 40 war, da auf dem Geleise der Lastzug Nr. 348 stand, angehalten worden. Der Zug blieb zehn Minuten außer der Station stehen und wurde dann, in der Meinung, daß der Lastzug von dem Geleise bereits entfernt sei, eingelassen. Hierbei stieß der Personenzug von rückwärts mit dem Lastzug zusammen. Bei dem Anprall wurde die Lokomotive des Personenzuges stark beschädigt und die Passagiere wurden tüchtig durcheinandergewürfelt. Die letzten sechs Waggons des Lastzuges wurden zertrümmert, ein Wagon auf das Nebengeleise geworfen. Der Passagierzug des Personenzuges bemächtigte sich große Aufregung und sie stürzten panikartig aus dem Zuge. Eine Frau war so

aufgeregt, daß sie von vier Herren ins Inspektionszimmer getragen werden mußte. Es haben sich folgende zehn Passagiere als Verletzte gemeldet: Josef Jarosch, Hauptmann in Preßburg; Siegmund Starl, Wien, Vorgartenstraße; Adolf Weier, St. Veit an der Triesting; Konrad Schmid, Wien-Neustadt; Kurt Stephan Wolf, Wien, Drafsgasse 2; August Siani, Wien, Arenberggasse; Karl Büsch, Wien, Schulbergstraße 188; Peter Feiling, Photograph, Wien, Denglergasse Nr. 2; Franz Neubart, Hirtenberg; Anna Trischko, Wien IX, Schlägergasse 5. Die Verletzten wurden vom Bahnarzt Dr. v. Hochstätter verbunden. Die Verletzungen sind durchweg leichter Natur. Der Stationschef Inspektor Stum mürzte in der Finsternis in einen zwei Meter tiefen Rißkanal und mußte aus demselben herausgezogen werden. Er erlitt mehrfache Verletzungen. An der Freimachung des Gleises wurde die ganze Nacht gearbeitet. Der Personenzug traf mit einstündiger Verspätung in Wien ein. Der Materialschaden ist groß.

Die Stellung der Arbeiter zur neuen Lohnordnung. (A. I. Staatsbahn.) Entsetzen und Erregung hat die neue Lohnordnung, wo sie bis jetzt erschienen ist, bei den Arbeitern hervorgerufen, weil sie nicht nur die von der Arbeiterschaft so lange ersehnten und erhofften Verbesserungen nicht enthält, sondern noch wesentliche Verschlechterungen. So haben auch die Werkstättenarbeiter des Direktionsbezirkes Innsbruck in vollbesetzten Versammlungen ihrer Erregung mit folgender Resolution Ausdruck gegeben:

Resolution.

Laut Lohnordnung verfügte das k. k. Eisenbahnministerium, daß dreijährige Lohnvorrückungen sowohl für die Professionsisten als auch für die Hilfsarbeiter zu erfolgen haben.

Da diese Verfügung gegen die bisher geübte Gepflogenheit eine bedeutende Benachteiligung der Arbeiterschaft involviert, haben die betroffenen Werkstättenarbeiter in einer massenhaft besuchten Versammlung hierzu Stellung genommen und folgendes beschlossen:

Das versammelte Personal der Werkstätte protestiert einmütig gegen die geplante Verschlechterung der Lohnvorrückungen und erklärt, daß es bei der heute bestehenden Leuerung und den ohnehin sehr geringen Anfangslöhnen nicht in der Lage sei, sich mit dreijährigen Vorrückungsfristen zufriedengeben zu können.

Dies um so weniger, als bis jetzt die Lohnaufbesserungen immer günstiger gehandhabt wurden, als dies die Lohnautomatik vorsieht und für Kategorie III durchschnittlich nach einem Jahre, für die Kategorie I und II nach zwei Jahren regelmäßig die Lohnaufbesserungen erfolgen.

Die gesamten Werkstättenarbeiter erklären sich mit den bei den Sitzungen des Arbeiterausschusses der Staatsbahndirektion und den für die Sitzungen des Zentralarbeiterausschusses in Wien eingebrachten Anträgen bezüglich des Lohnordnungsentwurfes solidarisch, und beauftragen die Vertrauensmänner sowie die gesamte Arbeiterschaft, sich mit aller Energie dafür einzusetzen.

Diese Resolution wurde den Werkstättenleitungen mit dem weiteren Beschluß übergeben, daß die Arbeiter durch eine Deputation der k. k. Direktion und in weiterer Linie auch dem k. k. Eisenbahnministerium selbst die Unmöglichkeit der neuen Lohnvorrückungen mitteilen wollen, und um zu sagen, daß, wenn haltbare Zustände eintreten sollen, die früheren Lohnvorrückungen verbessert festgesetzt werden sollen.

Wie den Arbeitern gesagt wurde, ist am 2. v. M. eine Konferenz der Werkstättenvorstände, die sich mit dieser Frage befassen wird. Es ist bemerkenswert, daß die Arbeitervertreter, die doch als die Vertreter des anderen Vertragspartners im Lohn- und Arbeitsverhältnis zuerst berufen wären, ihre, das ist der Arbeiterschaft Entscheidung bekanntzugeben und deshalb in erster Linie zu rufen gewesen wären, bisher nicht gerufen wurden. Wie und was die Werkstättenvorstände entscheiden werden, wird man wohl sehen; sicher ist das eine, daß, wenn sie auf eine gute Arbeiterschaft etwas halten, eine Verschlechterung an den gegenwärtigen Entlohnungsverhältnissen nicht zulassen können, sondern im Interesse des tadellosen Werkstättenbetriebes unter den gegenwärtigen Verhältnissen selbst ein geordnetes und verbessertes Lohn- und Vorrückungsverhältnis wünschen müssen.

Korrespondenzen.

Wiener-Neustadt. Da ein in weiteren Kreisen bekannter Vorfall mit dem Lokomotivführer Friedrich Fuchs die Veranlassung zu ungerechtfertigten Verdächtigungen und Anrempelungen gegenüber den Lokomotivführern gibt, so erklären dieselben, daß sie mit dem Friedrich Fuchs, Lokomotivführer, nichts gemein haben und verurteilen seine unverantwortliche Aufführung auf das entschiedenste. Erklären aber auch, daß wahrscheinlich der Maschinenleitung nichts bekannt sein dürfte von dem Vorfall am 20. April 1913 vor Abgang des Zuges 1932 in Wiener-Neustadt. Denn nur so ist es zu erklären, daß dieser unglaubliche Fall so toleriert erscheint und es fast den Anschein erweckt, daß dieser „Lokomotivführer“ einen Freibrief in Bezug auf sein dienstliches Verhalten hat. Hoffentlich genügen diese Zeilen zur vorläufigen Aufklärung des Unterschiedes zwischen Schlaganfall und Alkoholvergiftung im egyptischen Eisenbahndienst.

Wiener-Neustadt. (Deutschnationale Werbearbeit bei den Südbahnern.) Der Josef, der Rudi und der Karl, das ist nicht etwa, wie der Unergründliche glauben wird, eine Singpielgesellschaft, sondern das sind die deutschnationalen Führer von Wiener-Neustadt. Der Josef, das ist der Herr Bauer, der als Fabrikant die Interessen seiner Berufsgenossen zu vertreten hat; der Rudi, das ist der Herr Rudolf Bierbauer, der sich die Vertretung der Beamten und Lehrer angeeignet hat, was zwar den Beamten und Lehrern keine, dafür aber ihm eine große Freude macht; der Karl nun, das ist der Herr Pevny, über den absolut nichts zu sagen ist. Bekannt ist nur, daß er wie ein kleines Pintscherl immer hinter den Bürgerlichen einher ist, sich auch durch einige Fußtritte nicht davon abhalten läßt, weiter Pintscherl zu sein, was seiner Gesinnung als deutschnationaler Arbeitnehmer vollauf entspricht. Vorigen Montag am 16. Juni l. Z. hatten die drei Genannten ein Gastspiel beim Haiden veranstaltet, wozu sie insbesondere die Eisenbahner zur Anbringung ihrer abgeleiteten Couplets und Posen einluden, dabei aber ordentlich „abbrandten“. Die Eisenbahner sind Leute, die nicht für jede „Schmiere“ zu haben sind — und so kam es, daß bei der Versammlung wohl die Tische und Sessel tadellos gestellt waren, die Auftretenden bange Herzen die achte Abendstunde erwarteten und glücklich zwei da hatten, die für sie die „Wurze“ abgaben. Das stimmte sie traurig. Draußen im Gastzimmer saßen die Eisenbahner, wirkliche Eisenbahner — also Genossen — die sich die Sache von der Ferne ansehen wollten. Um die Versammlung wenigstens eröffnen zu können, schickte der Rudi den Clown Pevny zu den dreien und bat sie einzutreten mit der Bemerkung, daß sie von der Vorweisung des Tauffcheines entbunden sind. Insgesamt waren also jetzt acht Personen anwesend. Drei Referenten, drei Eisenbahner, zwei deutschnationale Erfahrererweisen des Gemeinbateres. Die Erfahrererweisen sind die Herren v. Weeber, Sektionsvorstand, und Reichl, Magazinschef. Nun ging's los. Als erster sprach der Rudi, der Gift und Galle spritzte über die Not und die Errichtung einer deutschnationalen Eisenbahnerortsguppe

propagierete. Der Herr Erkl hat die Flugblätter zur Verfügung gestellt. Diese Mitteilung hat im „Publikum“ lebhafteste Unruhe verursacht. Ein „Publikum“ meldete sich zum Wort, hielt den Deutschnationalen den Spiegel ihrer Verirrungen an den Eisenbahner in- und außerhalb des Parlaments vor, was den Rudi sehr schmerzte und ihn in helle Raserei versetzte. Genosse Wallhs konnte ihn leider nicht mildern, sondern er wurde im Gegenteil noch vergrößert durch die Erwiderung der Genossen Haberl und Kornfeld, die dadurch sowohl den Rudi als auch den Herrn Bauer und die beiden Erfahrererweisen sehr ärgerten. Der Pevny hat überhaupt nichts gesagt, hin und wieder meldete er sich nur, um dann wieder weiter stübig in die Welt zu gucken wie vorher. Nach einem längeren Wortgeplänkel löste sich die Versammlung, ohne das Resultat zu haben, das man wünschte, auf. Mit der „Rettung“ der Eisenbahner war es wieder einmal nichts. Der Rudi kann die ihm von Herrn Erkl zugehenden Flugblätter für gewisse Zwecke verwenden. Diese Lehre wird er wohl auch von der „Versammlung“ mitgenommen haben. Die Eisenbahner in Wiener-Neustadt lassen sich nicht mit dem Köpfen fangen.

Komotau. (Das Deutschtum der Deutschnationalen.) Anlässlich der Wahlen in die W. C. B. haben die Reichsbündler mit den ansonst so gehängten Tischchen ein Bündnis abgeschlossen. — Auf der Kandidatenliste dieses Nischmatsches befindet sich auch der ehrenwerte Herr Jugl, mit dem wir uns schon öfters beschäftigt haben. Zur Charakterisierung dieses Herrn druckt der bürgerliche „Komotauer Anzeiger“ vom 1. Juni eine Zuschrift ab, die der weiteren Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben soll. Dieselbe lautet: Geehrter Herr Redakteur!

In der Nummer 56 vom 18. Mai 1913 Ihres Blattes fand ich einen Artikel, in dem einige Arbeiter und Eisenbahner aus Oberdorf ihre Freude ausdrücken, daß sie den Vernichtern des Deutschtums in Oberdorf immer ein wenig auf die Finger klopfen. Endlich eine Stimme, welches Wunder, traut sich vielleicht doch endlich jemand heraus. Es ist wirklich zum Ekel, wenn man dieser — fauberen Gesellschaft so zusehen muß, und könnte ich von diesen schädigen Drei- und Bierseelenmenschen nicht nur Berichte, sondern ganze Bücher schreiben, in welcher Weise sie ihr Unwesen trieben, doch werde ich mir das für spätere Zeiten vorbehalten.

Ich will nicht umsonst Zeit verschwenden und kann es mir gleich sein, mit wem die Herren Bündnis schließen, auch gehöre ich dem Reichsbund, den ich viel unterstützte, nicht mehr an, kann insofgelegen gegen das Bündnis nichts einwenden. Originell ist es jetzt, wo bei der W. C. B. die Wahlen in die Personalkommission stattfinden sollen; jetzt arbeiten alle Organisationen mit Vollbampf und mit ihnen Herr Jugl und Genossen. Herr Jugl hat sich selbstverständlich auch mit als Kandidat aufgestellt. Daß der gewählt wird, ist selbstverständlich, denn das ist der richtige Mann. Aber damit Sie sehen, was er für ein Vertreter ist, muß ich Ihnen mitteilen, in welcher Weise er seine Kollegen bisher immer zu überborteln suchte und auch überbortelt hat. Leberborteln und Nutzen ziehen ist doch das einzige Motiv dieser Herren. — Herr Jugl war im Jahre 1897, 1898 und 1899, wie alle seine Kollegen, als Bremser bei der Bahn. Im Jahre 1898 kam der Ferrondienst auf und wurde, weil noch kein Personal hierzu da war, vom Zugpersonal versehen. Bei diesem Dienst bekam das Personal 12 S. per Stunde, wogegen ein Bremser nur 6 S. per Stunde erhielt. Hier konnte man als Herr dastehen und bekam 12 S., ein Bremser hingegen muß den ganzen Tag für 6 S. per Stunde schweigen und rennen. Im Jahre 1899 wurde Herr Jugl angestellt und konnte ihm nichts mehr gebrochen. Im selben Jahre wurden auch zwei ältere Zugbegleiter krankheitsshalber für beständig zum Türsteherdienst verwendet. Es ist eine schöne Sache, für 12 S. per Stunde dastehen als für 6 S. im Dreck und Schweiß herumrennen. Herr Jugl war eben auch krank und wurde deshalb zum Türstehrer ernannt. Später bekamen die Herren keine 12 S. mehr, sondern nur eine Stationszulage. Nun füllte sich Herr Jugl wieder gesund und suchte an, um wieder zum Fahrerdienst zu kommen. Auch dies gelang ihm und konnte er gleich in die Reihe seiner Kollegen, die unter dieser Zeit beim Fahrerdienst befördert wurden, eintreten, weil die Türstehrer schon in einem höheren Range waren als die Bremser. Jetzt ist er einige Zeit bei Lastzügen gefahren, dann ging der Sozialdemokrat, dem die Partei 800 Kr. gebort hat, zum Reichsbund, benützte die damalige Opposition gegen Heinrich Tischler und stellte sich an deren Spitze. — Es ist erreicht! Kurz darauf kam die Weisung von oben wegen dem Wechsel des Personals der Prager Züge in Komotau. Da hat sich Herr Jugl als Obmann natürlich mitbeteiligt und mußte selbstverständlich auch derjenige sein, der seine Kollegen bei den Lastzügen lieb und fuhr Schnellzüge. — Das Komotauer Personal suchte einmal an, daß die Unterbeamten nicht als Kondukteure verwendet werden sollen, sondern als Zugführer, beziehungsweise als Manipulanten bei Lastzügen. Da kam ein Erlaß, worin es hieß, daß diese bei Personenzügen zu belassen sind und in Zukunft keine Kondukteure mehr zu Unterbeamten befördert werden können, sondern nur solche, die als Manipulanten oder Zugführer fahren. Als nun Herr Jugl in diese Gehaltsklasse kam, wo er hätte Unterbeamter werden können, blieb er nicht mehr als Kondukteur, sondern meldete sich als Manipulant bei den Lastzügen, und seine Kollegen, die bisher als solche gefahren sind, mußten herunter als Kondukteure. Herr Jugl fuhr als Manipulant und wurde auch Unterbeamter. Als ich ihn deswegen frug, sagte er noch: „Ja, ich will jetzt auch Jungen hinankommen lassen.“ Das sagte ein Mann, der ein Jahr länger angestellt ist als ich, dafür aber einige Jahre unterbrochen hatte, wo er sich als Metzgerhändler mit Schnellfeder und Laternen beschäftigte und alle Dörfer abhaufierte.

Aus Vorstehendem ersehen Sie also, was Herr Jugl für ein Vertreter des Personals ist. Mögen Sie ihn wählen. — Wir deutsche Eisenbahner aber, wir werden uns unsere Kandidaten selbst suchen, damit wir nicht vielleicht jemand unsere Stimme geben, der um eine Leberwurst „Meineid“ begeht.

Indem ich Ihnen für die Aufnahme in Ihrem Blatte bestens danke, zeichne mit

Heilgruß

Ferdinand Bartl, Kondukteur 1. Klasse.

Soweit Herr Bartl! Wir glauben, daß ein Kommentar hierzu überflüssig ist und sind nur neugierig, wie sich Herr Jugl um die Sache herumdrücken wird. Wiederemo! **Molbau.** Der Assistent Herr Nawratil wurde von Molbau nach Brüx veretzt. Da Herr Nawratil uns stets ein gerechter und guter Vorgesetzter war, so sehen wir diesen Herrn nur ungern von uns scheiden. Möge es ihm gelingen, sich auch in seinem neuen Domizil der Achtung und Liebe seiner Untergebenen zu erfreuen. Wir wünschen es ihm vom Herzen.

Komotau. (Zur Steuer der Wahrheit.) In der Folge 16 des „Deutschen Eisenbahner“ vom 1. Juni ist unter der Spitzmarke „So ist es“ ein Artikel enthalten, dessen Inhalt der Wahrheit nicht entspricht. Wir sehen uns daher veranlaßt, soweit es sich um die Ortsgruppe Komotau handelt, der Wahrheit gemäß zu antworten. Bezüglich der im Artikel geschilderten Weichenwärtergeschichte können wir keine Antwort geben, weil durch den Anonymus uns die Gelegenheit nicht

geboten ist, an Ort und Stelle eine Untersuchung einzuleiten. Nach der Schilderung soll ein gelber Arbeiter, L., einen Weichenwärterposten erhalten haben, wodurch ein Organifizierter, Sch., so in Blut geriet, daß er sich verbrecherischer Mittel bediente, um den L. um seinen Posten zu bringen. Troßdem der Stationsvorstand — der Name der Station ist nicht angegeben — von dem verbrecherischen Treiben des Sch. in Kenntnis gesetzt wurde, unterließ er angeblich die Anzeige. Wir kennen bei der W. C. B. zweierlei Stationsvorstände. Solche, welche objektiv jede grobe und insbesondere böswillige Vernachlässigung der Dienstpflichten des Personals ohne Unterschied der Parteirichtung zur Anzeige bringen, und solche, welche als Deutschtumsretter selbst die schamloseste Nachlässigkeit ihrer Untergebenen dulden, wenn diese Mitglieder des Reichsbundes oder eines Schutzvereines sind. Daß wegen schwerer Vergehen ein Organifizierter vom Stationsvorstand wissenlich nicht zur Anzeige gebracht wird, glauben wir so lange nicht, solange uns nicht die Möglichkeit geboten ist, durch eine Untersuchung den Sachverhalt zu eruieren.

In dem Artikel wird ferner angeführt, daß bei der Karambole in Neudau (Ausfahren des Schnellzuges 3 auf den Güterzug 153) der Schlusskondukteur trotz seiner Verletzung noch zu 14 Tagen Arrest verurteilt wurde. Dieses entspricht insofern nicht der Wahrheit, als dieser Prozeß durch drei Instanzen geführt wurde und der Schlusskondukteur in der III. Instanz Oberlandesgericht freigesprochen werden mußte. Führt der Reichsbund bis zur III. Instanz oder noch weiter Prozesse? Uns sind Fälle bekannt — Riba, Liebl u. f. w. — wo schon für die I. Instanz die Vertretung seitens des Reichsbundes verweigert wurde. Nun der Fall Witwe Hllich. Troßdem diese Angelegenheit mit dem Reichsbund nichts zu tun hat, gehen die Zugleute damit frechen. Hllich, der ein volles Jahr in ärztlicher Behandlung stand, unterließ es, dem behandelnden Bahnarzt von seinem Unfall in Kenntnis zu setzen. Hllich war stilles Mitglied unserer Gewerkschaft und des mit unserer Gewerkschaft koalitierten Wiener Kondukteurvereines. Erst kurz vor seinem Tode konnte seine Unfallsangelegenheit durch uns in Behandlung genommen werden. Selbst da äußerte sich Hllich dem Vertrauensmann gegenüber, „man solle kein großes Aufsehen machen, sonst ziehe ihn der Herr Stationsvorstand Fischer vom Revisionsdienst ab“. Drei Tage nach der Erhebung starb Hllich. Die Witwe hatte von unserem Vertrauensmann den Auftrag erhalten, sobald seitens der Unfallversicherung ein Schreiben komme, sofort sich bei ihm mit dem Schreiben einzufinden. Es ist uns nicht bekannt, ob Herr Grund als Lokalbevollmächtigter des Wiener Kondukteurvereines der Witwe den abweislichen Bescheid der Unfallversicherung, welchen sie mittlerweile erhielt, abnahm oder ob die Witwe statt zu unserem Vertrauensmann zwecks Einbringung der Schiedsgerichtsfrage zu Herrn Grund ging. Ohne daß wir wissen konnten, daß sich die Witwe bereits im Besitze des abweislichen Bescheides befand, wurde von Seiten des Herrn Lokalbevollmächtigten Grund die Schiedsgerichtsfrage eingebracht, welche schließlich infolge der von uns gesammelten Beweiskraft mit einem Erfolg der Witwe endete. Aus den Akten des Herrn Dr. Garpner, welcher die Vertretung der Gewerkschaft und des Wiener Kondukteurvereines hat, ging deutlich hervor, daß unsere Erhebungen reichlich Verwendung fanden. Wäre Herr Grund als Vertrauensmann des Wiener Vereines ein energischer Mann, so müßte er schon in Interesse der Witwe und ihrer Kinder dagegen Stellung nehmen, daß der verantwortungslose Reichsbund, beziehungsweise die Zugleute mit diesem Fall unbediente Propaganda entfalten, um so mehr als Herrn Grund bekannt sein sollte, daß es seine Pflicht wäre, das bestehende Koalitionsverhältnis zwischen dem Wiener Kondukteurverein und unserer Organisation zu fördern. Was schließlich den angeblichen Streikbruch unsererseits betrifft, so erwähnen wir, daß die Nationalen und insbesondere der Reichsbund noch niemals bei der W. C. B. eine Macht repräsentierten, um eine Lohnbewegung durchzuführen. Daß wir, wenn es zwei oder drei Streben des Reichsbundes einfällt „Resistenz“ zu machen, nicht bindungslos anschliefen können, weil wir eben die Majorität sind und die Verantwortung tragen müssen, ist selbstverständlich.

Die „Zugleute“ mögen nur so weiter lügen und auf nationalem Gebiet ihre Gesinnungslumpereien fortbetreiben. Sowie diese Leute in Komotau und Oberdorf, wie ein Teil der hiesigen Lokalpresse zur Genüge bekundet, wenig Achtung genießen und untereinander vom Gericht nicht mekommen, so wird auch der verhältnismäßig noch kleine Teil der Eisenbahner — die letzten Personalkommissions- und Krankentafelwahlen haben es zur Genüge bewiesen — zur richtigen Erkenntnis gelangen, daß nur eine geschlossene internationale Eisenbahnerorganisation, an deren Spitze kampferprobte und der Verantwortung bewußte Männer stehen, instand ist, Erfolge im Interesse der Eisenbahner und ihrer Familien zu erringen.

Gmünd. (Reichsbündler gegen Sozialdemokraten.) Wutentbrannt über die vielen Mitgliederaustritte, worunter sich die einjüngigen Vertrauensmänner befinden, ziehen die Mädelmüddelgehime des Reichsbundes mit erlogenen, urblöden Mitteln gegen die Sozialdemokraten aus, um sich nach langem Schläfe wieder einmal bemerkbar zu machen. Anstatt sich um die Interessen der Arbeiter zu kümmern, ziehen es diese Leute vor, sich mit Tratsch und Verleumdung zu befassen.

Nicht nur im „Deutschen Eisenbahner“ wird gegen die verhassten Sozi mit Artikeln losgezogen, sondern auch in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“. Wir wollen diesen Artikelabschreibern nur sagen, dieses vor Dummheit strotzende Geblödel, welches sogar ihre Gesinnungsgenossen empört, kann uns nicht im geringsten aus der Ruhe bringen, sondern nur Ekel erregen. Weiters müssen wir dem Schreiber zur Kenntnis bringen, daß es Reichsbündler sind, die am besten mit Baugrutschen, Spießelreden und Zutragen umgehen können. Wie sich diese Heiden auführen, zeigt der Fall Binder in der elektrischen Zentrale, die Selbstgeschichte, und der Fall beim Vorstand, als ein Herr Abteilungsleiter im „Eisenbahner“ mit einigen Zeilen gestreift wurde. Auch suchen die meisten ihrer Gesinnungsgenossen auf diese Art zu etwas zu kommen, was ihnen auch in den meisten Fällen gelingt. Und dieses Geblödel, das nur von Protektion lebt, möchte anderen seine schlechten Eigenschaften in die Schuhe schieben! Möchte anderen lehren, was sie zu tun haben! Es wäre besser, wenn sie sich in ihren Reichen umsehen würden, wie Ingenieure, Werkmeister und Parteiführer mit den Arbeitern umspringen und die ärgste Protektion treiben. Zum Schluß wollen wir dieser Gesellschaft noch den Rat geben, Kurie einzuführen, in welchen es ihnen ermöglicht wird, ihren Gesinnungsgenossen Gelegenheit zu geben, Fachkenntnisse zu erwerben, damit sie nicht gezwungen sind, sich die Kunst der Parteiführer und der anderen Vorgesetzten (männ es auch Tischchen sind) durch Baugrutschen, Spießelreden und Zutragen zu erschießen. Mit diesen Zeilen wollen wir vorläufig abbrechen. Sollten aber die Schmierfinken mit ihrem Geblödel fortfahren, dann werden wir jeden einzelnen der Schweißwedler und Protektionskinder an den Pranger stellen.

Laa a. b. Thaya. In Laa a. b. Thaya St. G. O. hat der Vorstand Herr Marxl seit längerer Zeit die Gewohnheit, die untergebenen Angestellten vor den Reisenden anzulegen.

Herr Vorstand, wenn Sie wollen ein „Dienstmacher“ sein, auf den Sie sich so gerne aufspielen, so lesen Sie die Vorschrift XX, Artikel 6, Punkt 3. Gift das auch nicht, so

berstehen Sie es praktisch zu lernen. Fahren Sie nach der nächsten Station Grubbad-Schnau und beobachten Sie dort ihren Amtskollegen Herrn Siska, wie der es fertigbringt, in seiner größeren Umkleekabine alle Vorkommnisse bei den Zügen sachlich und ruhig zu erledigen. Der es auch versteht, seine Untergebenen vor den Hebergriffen mancher Reisenden zu schützen. Dann, Herr Vorstand, unterlassen Sie in Zukunft die ungerichteten Anzeigen. Sie haben doch an Ihren nahen Verwandten die bittere Erfahrung machen müssen, daß man sich mit den vielen ungerichteten Anzeigen die Verachtung seiner Untergebenen nach sich ziehen kann.

Junsernd. (Südbahn.) Ein Freund unseres Blattes schreibt: Vor kurzem hatte ich Gelegenheit, die Tätigkeit eines österreichischen Verkehrscontrollors auf der Südbahn (Tiroler Linie) zu beobachten.

Fährt da ein Reisender von Deutschland nach Italien, der sich erlauben konnte, ein Kistchen seiner Lieblingszigarren aus seiner Heimat mitzunehmen. Selbstverständlich mußten die Zigarren beim Uebertritt von Deutschland nach Österreich in der Grenzstation aufgeführt werden. Der Zoll betrug etwas über 10 Kr. und wurde dem Reisenden auch eine diesbezügliche Zollquittung eingehändigelt.

An der Nahe der italienischen Grenze fiel dem Herrn ein, daß es möglich, ja sogar wahrscheinlich sein werde, daß er die in Deutschland gekauften und in Kuffstein bezollten Zigarren an der italienischen Einbruchstation nochmals bezollen müsse. Um nun ganz sicher zu sein, fragte er den Zugführer des Personenzuges, ob ihm das fiskalische Ungeheuer wegen den Zigarren nochmals begegnet würde. Der Zugführer machte den Herrn aufmerksam, daß er bestimmt die Zigarren noch ein zweitesmal bezollen müsse. Auf die Antwort des Zugführers machte der Reisende ein essigsaures Gesicht und dampfte an seine durch den Zoll so ungeheuer verteuerten Kaudhopper verdrossen weiter. Nach kurzer Zeit kam der Reisende nochmals zum Zugführer, diesmal mit dem Zigarrenkistchen in der Hand. Der Herr übergab dem Zugführer das Kistchen mit dem Bemerkens, daß, bevor er noch ein zweitesmal für die Zigarren Zoll zahle, er sie lieber wegwerfe. Gleichzeitig mit den Zigarren übergab er dem Zugführer die Zollquittung des Zollamtes in Kuffstein. Diese Schenkung, respektive Uebergabe der Zigarren wurde von dem Verkehrscontrollor (Herrn Kolaric aus Trient) bemerkt. Der Verkehrscontrollor erkundigte sich sofort bei dem Zugführer, was eigentlich für eine Bewandnis mit den Zigarren und der Geschenkmahme sei, worauf der Zugführer den wahrheitsgetreuen Sachverhalt erklärte.

Der Verkehrscontrollor mittelte wahrscheinlich einen raffinierten Zigarrenschmuggel. Der Zugführer wurde in der Einbildung einernommen, wo es natürlich nicht an gemeinen Verdächtigungen gegen den spendiden Reisenden fehlte. Glücklicherweise war der Zugführer im Besitze der amtlichen Zollquittung vom gleichen Tage und konnte sich wegen der Geschenkmahme rückhaltlos rechtfertigen.

Was wäre aber mit dem Zugführer der Südbahn geschehen, wenn er die Zollquittung von dem Reisenden nicht gehabt hätte? Sowohl der Zugführer wie der fremde Reisende wären der Gefahr ausgesetzt gewesen, mit dem unermüdlich bekanteten österreichischen Amtsschimmel in Kollision zu kommen. Schuld daran wäre nur der Verkehrscontrollor der Südbahn gewesen, der ohne jede nähere Information die Einvernahme in der Endstation veranlaßt hat.

Schredenstein. (Der neue Obmann des Reichsbundes.) Vor einiger Zeit veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes im Garten des Bahnhofrestaurants ein Konzert. Eine Sache, die uns weiter nichts angeht. Es geht uns auch nichts an, wenn die Besucher des Konzerts vielleicht der Ehre teilhaftig wurden, von dem jetzigen Obmann des Reichsbundes, dem Oberkondukteur Sabich, begrüßt zu werden. Wir sind neidlose Menschen und gönnen gern anderen ein bißchen Ehre. Dieses um so mehr, weil wir wissen, daß wir als Sozialdemokraten, nach Ansicht des größten Teils des hiesigen Bürgertums, nicht gesellschaftsfähig sind. Erklärte doch die „Auffig-Karbiber Volkszeitung“ anlässlich der letzten Reichsratswahl, 90 Prozent aller Sozialdemokraten für das „Zuchthaus reif“. Dieses Urteil war um so schwerwiegender, weil doch der damalige Redakteur der „Auffig-Karbiber Volkszeitung“, Herr Simon, nach den Urteilen der italienischen Kreisgerichte zu schließen, gewissermaßen „Rachmann“ war. Also Schwamm darüber. Aber etwas anderes ereignete sich, was mit diesem Gartenkonzert in Zusammenhang steht. Ein Mitglied unserer Organisation machte nach dem Gartenkonzert einige harmlose Bemerkungen über das selbe. Sofort lief Sabich zu einem Beamten und erzählte demselben, daß der betreffende Genosse anlässlich der Abhaltung dieses Konzerts sich über die Mitglieder des Reichsbundes in beleidigender Weise geäußert hätte. Sabich drohte, er wolle das betreffende Mitglied zum Herrn Vorstand führen. Diese Drohung hat Sabich zwar nicht ausgeführt, doch ist die Absicht dieser Handlung klar. Sabich bewachte durch diese Drohung, unser Mitglied bei den national gesinnten Beamten zu denunzieren. Sabich wird in seiner neuen Obmannwürde wirklich schon sehr frei. Mit Rücksicht auf seine moralischen Eigenschaften sollte er doch etwas zurückhaltender sein. Wenn sich Sabich schon hervorragend betätigen will, so soll er doch die Gelder zurückzahlen, welche er sich von den Arbeitern im Fahrdienst ausgeborgt hat, sonst könnte es ihm passieren, daß er einmal zum Herrn Vorstand geführt wird.

Schredenstein. (Qualifikation.) Wie überall, so verursachte auch in unserer Station die Dienstbeschreibung große Aufregung unter dem Personal. Man kann zwar nicht behaupten, daß hier die Dienstbeschreibung so ausgefallen ist, daß dadurch direkte Schädigungen dem Personal zugefügt wurden, wie zum Beispiel im Seizhaus Feischen, wo einem in Dienste ergrauten Bediensteten seine tadellose Vorrückung abgesprochen wurde. Wenn uns nun auch kein Fall einer direkten Schädigung bekannt ist, so fühlen sich doch Bedienstete indirekt gekränkt, weil sie von der Begünstigung der außerordentlichen Vorrückung gegen andere Bedienstete zurückgefallen sind. Es ist richtig, alle Bediensteten können nicht außerordentlich vorrücken, und wahrscheinlich wird diese Begünstigung, welche unter den heutigen Verhältnissen Mißgunst und Neid gegen den hievon Betroffenen seitens seiner Kollegen hervorruft, wohl auch nicht von allen Bediensteten erachtet werden. Aber wenn sich Fälle ereignen, daß Bedienstete, die mit der größten Genauigkeit ihren Dienst verrichten und in jeder Beziehung ihrem Dienst gewachsen sind, gegen andere Bedienstete, von welchen man gerade nicht sagen kann, daß sie eine besondere Befähigung zum Eisenbahndienst besitzen, zurückbleiben, dann haben wohl die Zurückgebliebenen mit Recht die Empfindung einer ungerechtfertigten Zurücksetzung. So soll zum Beispiel der Kondukteur M. außerordentlich, dagegen der Oberkondukteur A. H. nicht außerordentlich befördert sein. Wenn dies tatsächlich der Fall ist, so wäre wohl die Erbitterung einzelner zurückgebliebener Bediensteter begreiflich, und ihr bisher bewiesener Eifer in Ausübung ihrer Dienstpflichten dürfte wohl dadurch nicht erhöht werden. Ingerichtet wäre es jedoch, für die Folgen eines Systems einzelner Vorgefekte verantwortlich zu machen. Solange die außerordentliche Vorrückung auf Grund der Dienstbeschreibung bestehen wird, so lange werden einzelnen Bediensteten auf der einen Seite direkt und indirekt Schädigungen, auf der anderen Seite wieder unerbittliche Begünstigungen zuteil werden. Aus diesem Grunde muß auch in erster Reihe das System bekämpft werden, welches unter den Staatsbahnbediensteten schon so viel Haß, Neid und Zwietracht hervorgerufen und

nur zu oft gewissenlosen Vorgefekten als Mittel gedient hat, mißliebigen Bediensteten ihre Macht empfindlich fühlen zu lassen.

Cervignano. (Krauler Bahn.) Die Kassierin in der Station Cervignano will „directionsfähig“ werden. Im Mai kam mit Zug 1858 ein Herr und eine Frau von Grado, um mit Zug 818 nach Triest weiterzufahren. Der Herr wollte für die Weiterfahrt Karten lösen, ging zur Kasse und verlangte zwei Karten zweiter Klasse nach Triest. Die Kassierin verweigerte ihm die Karten mit dem Bemerkens: „Sie müssen zum Vestibülshalter gehen, beim Personshalter gebe ich Ihnen keine Karten.“ Ueber dieses ungerechtfertigte Verlangen wurde der Herr aufgeregt und sagte: „Ich verlange zwei Karten und Sie müssen sie mir geben; wie kommt ein Reisender dazu, Ihre Launen ertragen zu müssen? Sie gehören wo anders hin, nicht zur Kasse.“ Nur auf das Bitten des Herrn Dr. Canetti nahm der Herr Abstand davon, die Beschwerde einzureichen. Am 6. Juni kam mit Zug 803 eine Dame, um mit Zug 1857 nach Grado zu fahren. Sie ging zur Kasse und verlangte eine Karte nach Grado. Die Kassierin bemerkte: „Es ist keine Zeit mehr, steigen Sie ohne Karte ein“, und verweigerte die Ausgabe der Karte. Die Dame ging zum Zug und sagte dem Zugführer, daß sie bei der Kasse keine Karte bekomme. Dieser entgegnete, daß bis zur Abfahrt noch Zeit genug sei, sie solle nur zur Kasse gehen und die Karte verlangen, was die Dame auch tat. Wer weiß, ob die Dame nicht trotzdem ohne Karte hätte einsteigen müssen, wenn nicht der Herr Vorstand selbst interveniert hätte. Drei Tage später, bei Zug 814 kam ein Mädchen zum Schalter und verlangte eine Karte nach Villa-Vicentina. Das Fräulein bei der Kasse sagte: „Es ist keine Zeit mehr, steigen Sie ohne Karte ein.“ Das Mädchen erwiderte: „Dann muß ich aber das Doppelte zahlen.“ Sie erhielt zur Antwort: „Zahlen Sie was Sie wollen, hier bekommen Sie keine Karte.“ Die Stationsarbeiter, welche Zeugen des Vorfalles waren, baten das Fräulein am Schalter, sie möge dem Mädchen doch die Karte geben, es sei ja noch Zeit. Weil aber kein Doktor oder Vorstand sich ihrer annahm und sie nicht über den Betrag für die doppelte Gebühr verfügte, mußte das Mädchen den Zug verpassen und vier Stunden warten, bis der nächste Zug fällig war. Mittlerweile hatte sich das Fräulein bei der Kasse etwas beruhigt. Die Arbeiter aber welche mit Recht behaupteten, daß noch Zeit genug sei, denn während der Hin- und Herrede waren leicht zehn Passagiere abgefertigt worden, bekamen für ihr Eintreten verschiedene Rosenamen, welche im Privatleben gewöhnlich nicht gang und gäbe sind. Wenn das Fräulein schlecht gelaunt ist, ist es nicht einmal geuehr, zum Schalter zu kommen. Das Fenster wird dann so rasch geschlossen, daß man glaubt, nicht nur die Scheiben, sondern auch den Rahmen ins Gesicht zu bekommen. Die k. k. Staatsbahndirektion Triest würde gut daran tun, solche Manieren bei der Staatsbahn abzuschaffen und dem historischen Fräulein begreiflich zu machen, daß auch sie die Bestimmungen der Dienstordnung einzuhalten hat.

Mürzaustrag. Der Herr Stationsvorstand in Breitenstein leidet an hochgradiger Nervosität. Das Geräusch der Züge, der Rauch der Maschinen, die Signale der Dampfpieten, ja selbst die kleinste Uebertöne bringt den guten Mann so in Aufregung, daß er alles, was sich ihm in irgendeiner Weise unangenehm bemerkbar macht, abschaffen will. Die Lokomotiven sollen in Breitenstein nicht rauchen, der Maschinenführer soll nicht so laute Signale geben, die Züge sollen ausgerechnet nach der Uhr des Herrn Stationsvorstandes in der Station Breitenstein eintreffen. Wie uns mitgeteilt wurde, soll dieser Herr im vorigen Jahre die verschiedenen Besitzer in Breitenstein zu einer allgemeinen Besprechung an die Maschinenleitung animiert haben, um das Rauchen und Pfeifen der Lokomotiven abzuschaffen. Nach seinem Benehmen gegenüber dem Personal und dem Betrieb zu urteilen, dürfte der gute Herr des Dienstes bei der Eisenbahn überdrüssig sein. Es wird nun Aufgabe der vorgefekten Verkehrsleitung sein, dem Herrn Stationschef in Breitenstein eine diesbezügliche Belehrung zukommen zu lassen.

Wandl. Besseres kommt selten nach, sagt ein altes Sprichwort, und in der Tat trifft dies auch bei unserem Schulmeister Herrn Adjunkten Welppe zu. Wie hier das hiesige Personal mit der Schule schifaniert wird, grenzt ans Unerhörte. Jeden Tag, auch an Sonn- und Feiertagen, behält er das Personal bis 1/2 und 1 Uhr in der Schule, damit das selbe ja nicht zum Mittagessen nach Hause komme; so wird es meistens 1/2 und 2 Uhr, bis die Leute zum Essen kommen, da dieselben dann noch 25 bis 30 Minuten zu gehen haben. Die Personenzugsparte der Züge 21, 16 und 38, welche um 1 Uhr mittags wegfährt und am nächsten Tage um 4 Uhr nachmittags nach Hause kommt, bestimmt er fast jeden Tag noch in der Schule, trotzdem dieselbe erst am anderen Tag laut Turnus Schule hätte; sogar am Faschingdienstag und Karfreitag, wo alle entbehrlichen Bediensteten frei haben, machte er keine Ausnahme, was dann oft zu unliebsamen Auseinandersetzungen führt, wie dies am Karfreitag der Fall war. Nicht besser ergeht es dem Versuch- und Weichenwächterpersonal, welches er während des Dienstes oft lange Zeit prüft und dadurch die Sicherheit des Verkehrs sehr gefährdet, worauf wir die Direktion besonders aufmerksam machen. Der Herr Adjunkt will, daß das Personal von A bis Z die Instruktionen auswendig kann und genau befolgt. Die Praxis ergibt aber oft das Gegenteil und ist auch in der Einleitung jüngerer der Instruktion XX vorgefekten. Für den praktischen Dienst hat der Herr Adjunkt sehr wenig Verständnis. Wir können uns noch gut erinnern, wie der Herr Welppe von Feldkirch kam und auch die Instruktionen erst zur Hand nehmen mußte. Wenn ein Bediensteter einmal drei Jahre hindurch nichts anderes tun würde, als alle Tage in den Instruktionen umzuwühlen, dann dürfte er vielleicht mit den Kenntnissen besser vertraut sein als Herr Welppe, sonst hätte Herr Welppe nicht den Zugführer beim Zug 69 in Dalas beandstand können, warum der Weichenwächter falsches Signal gab. Zug 69 hatte damals geänderte Einfahrt. Der Zugführer gab zur Antwort, daß der Weichenwächter das Signal „Vorwärts“ zu geben hat und nicht „Bahn frei“, da er sonst den Zug angehalten hätte. Herr Welppe wurde ziemlich laut und sagte: „Das darf ein Zugführer überhaupt nicht tun, ohne eine Strafe zu gewärtigen.“ Wir möchten nun fragen: Wann darf eigentlich ein Zugführer einen Zug anhalten? Ebenso wurde der Wächter angefahren, daß er überhaupt nicht mehr wüßte, was eigentlich richtig ist. Vor ein paar Tagen sagte er zu einem Wächter: „Daß ich Sie nicht mehr Holz aufladen sehe, sonst jage ich Sie davon.“ Ja, Herr Adjunkt, es ist eben traurig, nebenbei sich noch ein paar Heller verdienen zu müssen. Die Bahnverwaltung soll uns eben besser bezahlen. Weiters möchte Herr Schulmeister Welppe noch zur Kenntnis nehmen, daß es unstatthaft ist, vorkommende Mängel sämtlichen Partien vorzulesen und über Personen sich noch abfällig zu äußern oder sie gar mit Schimpfnamen zu belegen.

Graz, Staatsbahn. (Strecke Graz-Febring.) Die Ausbeutung der Streckenwächter dieser Linie grenzt schon an das Unglaubliche. Nicht genug, daß überhaupt keine Ablösung zwischen der Station Graz Staatsbahn-Febring besteht, da der Dienst 18 Stunden beträgt, worauf sechs Stunden Ruhepause folgt, haben die Bahnwächter, da kein Nachdienst besteht, noch 500 Meter Graswuchs zu beseitigen, diverse

Schranken zu bedienen, Drahtleitungsrollen zu reinigen und zu schmieren und viermal die ihnen zugewiesene Strecke (2200 Meter) zu begehen. Wenn dann noch ein Bahnwächter abends wie ein gebrochener Greis einhertaumelt, so ist es dann kein Wunder, wenn ein paar Bahnmeister (diesmal wollen wir noch keine Namen nennen) noch ein überiges tun und mit Schifanierungen gegenüber diesen Bahnwächtern vorgehen. Sollten diese Uebelstände, beziehungsweise Uebelbürdungen von seiten der vorgefekten Dienststelle nicht baldigt Abhilfe finden, so würden diese diversen dienstlichen Angelegenheiten bei kompetenteren Dienststellen zur Sprache kommen.

Aus den Organisationen.

Lothof. Laut Beschluß der Vertrauensmännerversammlung vom 17. Juni 1913 finden in den Sommermonaten, das ist bis einschließend September die Monatsversammlungen jeden ersten Montag im Monat um 1/8 Uhr abends im Gasthaus „zur Traube“ statt. Vom 1. Oktober bis zur nächsten Generalversammlung jeden ersten Sonntag im Monat um 2 Uhr nachmittags im abgemauerten Lokal. Wenn nicht besondere Einladungen an die Ausschußmitglieder hinausgegeben werden, so findet die Ausschußsitzung jedesmal eine Stunde vor der Monatsversammlung statt. Die Mitglieder werden aufgefordert, sich reger an den Versammlungen zu beteiligen. Nächste Monatsversammlung Montag den 7. Juli um 1/8 Uhr abends mit Vortrag.

Reichenberg. Die Vereinsversammlungen werden jeden vierten im Monat abgehalten. Die Mitglieder werden ersucht, die Monatsversammlungen stets zahlreich und pünktlich zu besuchen.

Stillsried. Bei der am 8. Juni um 1/8 Uhr nachmittags in Angern stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Georg Stimmer, Obmann und Kassier, Johann Kopp, Stellvertreter; Karl Schoman und Franz Seehofer, Kontrollare; Johann Kopp, Johann Mehiba, Sebastian Stadlbauer und Peter Raider, Subassessoren; Peter List, Sebastian Stadlbauer, Michael Ramstorfer, Peter Raider, Johann Strohmayer, Franz Bauer und Johann Mehiba, Ausschußmitglieder.

Alle Zuschriften sind an Genossen Georg Stimmer, Mannesdorf an der March Nr. 38 (Niederösterreich), zu richten.

Muran. Neue Mitglieder, die sich mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstand befinden, werden aufgefordert, bis längstens 15. Juli d. J. nachzuzahlen, da sonst nach den Statuten vorgegangen werden müßte.

Mütsdorf in Böhmen. Bei der Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Adolf Kohl, Zahlstellenleiter, Johann Hübl, Stellvertreter; Johann Anderlik, Kassier, Karl Müller, Stellvertreter; Johann Demel, Schriftführer, Johann Sommerauer, Stellvertreter; Josef Demel und Josef Huschka, Kontrollare; Florian Klafschka, Alois Demel und Rudolf Grubesch, Vertrauensmänner.

Junsernd. (K. k. Staatsbahn.) Das Vergnügungskomitee der Ortsgruppe IV des Allgemeinen Rechtschutz- und Genossenschaftsvereines veranstaltete am Sonntag den 16. Juni einen Ausflug nach Seefeld, wozu sich eine ungewöhnlich große Teilnehmerzahl mit ihrer Familie einfand. Der Ausflug ist bei günstiger Witterung prächtig verlaufen. Der Aufenthalt im Walde, die Gesang-, Musik- und fomatischen Vorträge fanden den lebhaftesten Beifall. Das Komitee dankt daher allen, die sich um das Unternehmen verdient gemacht haben, für ihre wertvolle und uneigennütige Unterstützung bestens und hofft, daß es auch in Zukunft so bleiben möge, um, wenn möglich, in noch größerem Umfang solche das Massenbewußtsein und die Solidarität hebenden Veranstaltungen zu ermöglichen.

Versammlungsberichte.

Moldau. Am 31. Mai fand hier eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Wenzel Perner, wohnhaft in Moldau Nr. 56, als Kassier gewählt wurde. Anschließend fand eine Abschiedsfeier für zwei verstorbene Genossen statt.

Technisches.

Eine neue Eisenbetonschwelle. Die neuerfundene Eisenbetonschwelle, welche anstatt der Holzschwellen im Eisenbahnbetrieb Verwendung finden soll, ist unter dem Namen „Abestonschwelle“ konstruiert worden. Der hohe Preis des Holzes hat schon seit langer Zeit Veranlassung gegeben, ein Ersatzmaterial ausfindig zu machen. Die Eisenwellen selbst haben keinen nennenswerten Erfolg gehabt, und auch die bisher verführten Eisenbetonschwellen ließen eine befriedigende Lösung der Frage nicht zu, da die Verbindung der Schienen mit den Eisenbetonschwellen Schwierigkeiten macht. Die neue Beton-schwelle besitzt nun eine eigenartige Zusammenfassung, welche darin besteht, daß unter den Schienenauflagen eine Holz zu bearbeiteter elastischer Beton ohne Zwischenfugen eingestampft und so zu einem einheitlichen fugefreien Schwellenkörper vereinigt wird. Die bisher gebräuchlichen Befestigungsmittel der Schienen können unverändert beibehalten werden. Die Beton-schwelle fault und rostet nicht, und die Elastizität des neuen Materials gewährleistet ein ruhiges Fahren.

Verschiedenes.

Was der Mensch an Hitze aushalten kann. Die höchste auf der Erde gemessene Lufttemperatur scheint etwa 67 Grad in der Sonne zu sein. Diese Hitze ist freilich nur einmal in der inneraustralischen Wüstensteppe beobachtet worden. Der nackte Gesteinboden wird immerhin noch stärker erhitzt, so daß der Mensch dessen Berührung unter allen Umständen vermeiden muß. Temperaturen zwischen 50 und 60 Grad sind in der Sonne gar nicht selten. Die höchste Schattentemperatur, die bisher je aufgezichnet worden ist, beträgt 55 Grad, und Beispiele von 45 bis 50 Grad gehören schon zu dem Außergewöhnlichen. Besonders stark ist die Wärmewirkung auch in großen Höhen. An den Abhängen des Himalaja sind sogar im Monat Dezember in 3000 Meter Höhe in der Sonne über 55 Grad festgestellt worden, während das Thermometer im Schatten über dem Schnee gleichzeitig mehr als 5 Grad unter dem Gefrierpunkt stand. So gewaltige Gegensätze kommen nur im Hochgebirge vor. Wegen seiner unerträglich Hitze am meisten berührt sind der Persische Meerbusen und namentlich das Rote Meer. Von der klimatischen Zuständen im Roten Meer ist wahrscheinlich nur deshalb mehr die Rede, weil es häufiger durchfahren wird als der Persische Meerbusen. Selbst auf den bestgeeigneten Dampfern, die mit allen technischen Mitteln der Lüftung ausgestattet sind, muß man sich auf Temperaturen zwischen 50 und 60 Grad gefaßt machen. Die meisten Menschen ertragen diese enorme Hitze trotzdem ohne Schaden, obgleich es gerade in diesem Meeresstreifen sehr selten vorkommt, daß Heizer in einem Bahnsimsanfall über Bord springen. Im übrigen lehrt die Erfahrung in römischen Bädern, daß noch viel höhere Temperaturen erträglich sind, wenn sie nur durch die Luft und nicht durch die unmittelbare körperliche Verührung mitgeteilt werden. Im „Bulletin der Zivilingenieure“ wird von den Versuchen zweier englischer Forscher berichtet, die sich in einem Badofen haben einsperren lassen, um festzustellen, welche Temperatur sie darin würden ertragen können. Es ergab sich, daß

Die bei mehr als 100 Grad an ihrer Gesundheit noch keinen Schaden litten. Diese Tatsache ist immerhin nur erklärlich durch die Abwehr, die der menschliche Körper dank der Hauttätigkeit gegen die Wärmewirkung besitzt, indem der größte Teil der Hitze durch die Verdunstung des ausgebrochenen Schweißes aufgebraucht und vom Körper selbst ferngehalten wird.

Von den Räten einer Kleinbahn. Aus Zwidau schreibt man dem „Prager Tagblatt“: Wir sind bei unseren Zügen leider nicht im „glücklichen“ Weisig von Abteilen, zu denen die Fahrgäste bei gewissen Abteilen ihre Zuflucht nehmen können. Doch ja, um gerecht zu sein, seit kurzem haben wir einen Wagen mit solchem Abteil, der kann aber natürlich nicht überall gleichzeitig sein und genügt darum nur teilweise dem Bedürfnis. Kürzlich passierte es nun, daß ein kleines Kind, gerade als der Zug abfuhr, einem unwillkürlichen Zwange Folge leisten mußte, leider zum Teil zu spät, denn im Coupé hatten sich die Folgen dieser Verspätung für die Mitreisenden bereits in wenig angenehmer Weise fühlbar gemacht, zumal auch ihre Kleider arg in Mitleidenschaft gerieten. Entgegenkommend, wie unsere Bahn schon einmal ist, vielleicht auch im Bewußtsein der Mitschuld an dem Unfall, hielt der Zug wieder an und man stieg mit dem Kinde aus. Erst nachdem diesem volle Erleichterung zuteil geworden und das Verkehrshindernis behoben war, dampfte der Train weiter. Die Reisenden erzählten, daß sie noch nie so schnell mit unserer Bahn gefahren seien. Wie diesmal, denn der Zug kam, trotz erheblicher späterer Abfahrt, zur rechten Zeit in der nächsten Station Summersdorf an.

Bekanntmachung der Administration

Folgende Ortsgruppen, respektive Zahlstellen haben mit 27. Juni 1913 noch immer nicht das Geld für die Matcoupons gesendet, obwohl schon mit 10. Juni der äußerste Termin für die Abrechnung gewesen ist. Um aber die dadurch betroffenen Mitglieder in ihren erworbenen Rechten nicht verkürzen zu müssen, ersuchen wir die Vereinsleitungen der hier angeführten Ortsgruppen, sofort den Rückstand zu begleichen und fünfzig darauf zu achten, damit rechtzeitig die Geldabfuhr durchgeführt wird.

Deutsch-Gabel und Korsow schuldet das Geld per April und Mai, alle anderen per Mai: Kuperschin, Böhmisches Kamnik, Wolechow, Chodorow, Czernewitz, Elbogen, Saldenschaft, Zicin, Kalusz, Kanik, Kojeczin, Marhegg, Micheloh, Moldau, Neuern, Opčina, Radik, Weipert, Winterberg, Wochener-Feistritz, Zagorz und Zwell.

Nachstehende Kasporeure haben die von uns bezogenen Eisenbahner-Kalender für 1912 trotz unzähligen Mahnungen noch nicht bezahlt und wir ersuchen jedes einzelne Mitglied, auf die Schuldner einzuwirken, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen: Emil Zimmermann in Budau Nr. 11, Karl Syppany in Triest V 36, Rafael Rampos in Cervignano 1350, Karl Romanel in Schönbrunn 960, Josef Franke in Niederleubowitz 5850.

Für Kalender 1913 schulden: Karl Braun in Divacca Nr. 15, Anton Rejic in Selenka 15.

Mitteilungen der Zentrale.

Zentralausführung am 18. Juni 1913. — Bericht über die Verhandlungen der Eisenbahnerforderungen im Parlament und Beschlüßfassung über die diesbezüglich einzuleitende Aktion, insbesondere Veranstaltung einer großen Demonstrationsversammlung in Wien. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Verwaltungskommission am 25. Juni 1913. — Laufender Bericht über den Bau und die Betriebsführung des Eisenbahnerheimes. — Erledigung verschiedener Angelegenheiten der Administration. — Bericht über die Konferenz der tschechischen Ortsgruppen und Zahlstellen Böhmens in Prag und über die Konferenz der Delegierten der Mtschiebrader Eisenbahn in Komotau. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Verwaltungskommission am 20. Juni 1913. — An Unterstützungen aus dem Winterbliebenenunterstützungsfonds werden für 42 Fälle 3150 Kr. bewilligt. — Aus Vereinsmitteln werden für 104 Fälle 2270 Kr. an Unterstützungen bewilligt; 19 Ansuchen werden abgelehnt; 7 Ansuchen werden an die betreffenden Ortsgruppen verwiesen. — Der Rechtschutz wird für 68 Fälle bewilligt. — Zur Begleichung der Expensnoten für 202 Rechtsfälle wird der Betrag von Kr. 22.276,11 angewiesen. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Versammlungsanzeigen.

In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt: Graz (Südbahn). Am 3. Juli um 9 Uhr vormittags in den Juliensälen in Graz (Glasberanda) Streckenwächterversammlung.

Weiskirchitz. Am 6. Juli um 8 Uhr abends im Vereinslokal.

Jägerndorf. Am 6. Juli um 9 Uhr vormittags im Arbeiterheim.

Budweis. Am 7. Juli um 8 Uhr abends Versammlung des Verschubpersonals.

Alt-Pala. Am 8. Juli im Gasthaus „zur alten Post“.

Bodenbach. Die nächste Monatsversammlung wurde wegen der Kreislorenz auf den 13. Juli verschoben.

Olmutz. Am 13. Juli um 10 Uhr vormittags im Hotel „Austria“ in Prexau Versammlung der Signalflosser.

Sprechsaal.

Offene Anfragen.

An die k. k. Direktion der Oesterreichischen Nordwestbahn in Wien!

Das Verschubpersonal der Station Znaim erlaubt sich die höfliche Anfrage, warum die Verschubprämien nicht ausbezahlt werden. Die Verschubausweise werden seit Februar 1913 geführt und bis heute hat in Znaim noch keine Auszahlung stattgefunden. Um Aufklärung in dieser Angelegenheit wird gebeten.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Pilsen!

Die Oberbauarbeiter der Strecke Karlsbad—Johann-Georgenstadt bitten, eine k. k. Staatsbahndirektion möge veranlassen, daß die Abkündigungslagen bei der k. k. Bahnerhaltungsdirektion in Karlsbad, wenn der 15. im Monat auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, immer den vorhergehenden Arbeitstag ausbezahlt werden.

Es ist dies um so leichter durchführbar, da bereits ein diesbezüglicher Erlaß im Jahre 1912 im Amtsblatt herausgegeben wurde.

An die löbliche Generaldirektion der Südbahn in Wien!

In der Station Innsbruck (Hauptbahnhof) versehen sieben Bedienstete den Telegraphendienst. Die Dienstverteilung ist derart erfolgt, daß sich der gleiche Turnus jeden siebenten Tag wiederholt. Die Folge davon ist, daß jeden Sonntag die gleichen Bediensteten den Dienst zu versehen haben. Ein Stationsmeister ist schon über vier Jahre dort und hat jeden Sonntag Dienst.

Bei jedem Versuch, eine andere Dienstverteilung zu erlangen, werden die Petenten mit allen möglichen Ausreden vertrieben und abgewiesen.

Die Betroffenen erlauben sich, dies einer löblichen Generaldirektion zur Kenntnis zu bringen, und ersuchen, die betreffenden Dienststellen anzuweisen, diesen, jeder Menschlichkeit hochsprechenden Turnus auf eine gerechtere Weise abzuändern.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“.

An Spenden für das „Eisenbahnerheim“ sind bei uns aus folgenden Orten in der Zeit vom 10. Juni bis 30. Juni 1913 eingelaufen: Klein-Reising Nr. 10, Seibendorf 40, Kriegsdorf (Nachtrag) 2470, Weisbach 10, Böhmisches-Leipa 20.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 36. Die am 1. Jänner 1909 mit 900 Kr. angestellten Diener erreichen die 1100 Kr. normal erst am 1. Jänner 1915. Zustandegekommen ist diese nichtsnutzige Bestimmung auf Grund von Bemühungen der Christlichsozialen, die ins Eisenbahnaministerium betteln liefen, damit die älteren Diener von den jüngeren im Gehalt nicht eingeholt werden, und sich noch schön dafür bedankten, daß den jüngeren Dienern die Vorrückungen verlängert wurden. Sind eben Gelden mit Schnellfeuerhosen. — 1870, Klagenfurt. Sie haben keinen Anspruch auf einen Härtenausgleich. (482 Z. M. 913.) — A. R. 1880. Sie rüden in die 1100 Kr. vor am 1. Jänner 1915. (487 Z. M. 913.)

Insertate. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

MAGGI Würfel à 5 h (fertige Rindsuppe) sind die besten!

Wo es brennt, muss gelöscht werden! Und was ist brennender denn der Durst! Es gibt kein besseres Durststilmittel als einen Absud des überraschend kaffeeähnlich-schmeckenden „ENRILO“

Billige Bettfedern. 5 Kilo: neue geschlossene K 200 bessere K 12, weiche bauneweiche geschlossene K 18, K 24, K 30, K 36, K 42, K 48, K 54, K 60, K 66, K 72, K 78, K 84, K 90, K 96, K 102, K 108, K 114, K 120, K 126, K 132, K 138, K 144, K 150, K 156, K 162, K 168, K 174, K 180, K 186, K 192, K 198, K 204, K 210, K 216, K 222, K 228, K 234, K 240, K 246, K 252, K 258, K 264, K 270, K 276, K 282, K 288, K 294, K 300.

Wilhelm Beck & Söhne k. u. k. Hoflieferanten. Wien VI, Hirschengasse 25. Fabrik für alle Arten Eisenbahnuniformen, Kappen und sonstige Ausrüstungssorten. Preisurante gratis und franko. Tuchfabrik: Humpolec (Böhmen).

DRUCK- u. VERLAGS-ANSTALT VORWÄRTS. Wien V, Rechte Wienzeile 97. liefert Vereinen und Organisationen Druckarbeiten rasch in tadelloser Ausführung und zu sehr kulantem Bedingungen. Telephone 4331, 3545.

Billige Bettfedern und Daunenn. Fertige gefüllte Betten. Max Berger in Deschenitz Nr. 7/299, Böhmerwald. Kain Risiko, da Umtausch erlaubt oder Geld rückerstattet wird.

Kropf. dicken Hals, Drüsen beseitigt man rasch und gründlich durch Höllerdauner Kropfbalsam. Gummiartikel für Herren jahrelang brauchbar.

Bei Flechtenleiden. Euzema-Balsam. Bei alten, schmerzhaften Fußleiden.

1913er Junggeflügel. Garantiert lebende Ankunft, franko jeder Station.

Porzellanpfeifen. Photographien. Josef Engler. Pfeifenfabrik und Porzellanmalerei.

Ohrensaufen. Gehöröl Marke Gantl Pangratius. Stadtapotheke Pfaffenhofen a. d. Ilm 154 (Bayern).

Hausfrauen-Spruch: Wer einmal Blaimscheins „Unikum“-Margarine verwendet — verwendet immer wieder nur Blaimscheins „Unikum“-Margarine.

Eleganter Anzug für Herren 20, 30, 40 K. Mod. Ueberzieher 19, 30, 36, Steirer-Anzug 24, 35, 40, Modehose 5, 7, 10, Knabenkleider staunend billig. Eigene Abteilung für Maßbestellungen.

Albert Kern, Graz, Annenstraße 28. Patent-Strohkappe. das Ideal aller bis jetzt existierenden Sorten. Heberauschend leicht, dauerhaft, luftdurchlässig, hygienisch, Meinige Fabrikanten: Preß & Lauffer, Ausfig a. d. Elbe.



Ehe Sie krank werden

warnet die Natur Sie meist lange vorher durch Schmerzen und Beschwerden der Nerven. Beachten Sie diese Anzeichen drohender Gefahr, wie Mattigkeit, Arbeitsunlust, Zuckungen, Stechen und Krabbeln in den Gliedern, Reizbarkeit, Verstimmung, besonders morgens nach schlechtem Schlaf, und viele ähnliche.

Diese scheinbar harmlosen Unpfllichkeiten können häufig ernste Vorboten schwerer Nervenkrankungen sein. Professor Pettacci, der berühmte Leibarzt Sr. Heiligkeit des Papstes (siehe Abbildung) empfiehlt mit warmen Worten zur Stärkung der Nerven und Blutauffrischung Kola (Marke Dultz). Viele andere Ärzte und Professoren schließen sich seinem Lob an und verwenden das echte Kola (Marke Dultz) in Sanatorien und Krankenhäusern sowie in der Privatpraxis.

Verlangen Sie

noch weitere Beweise, so sende ich Ihnen gern einen Auszug aus den 6081 freiwillig eingefandten Anerkennungen und Dankausagen begeisterter Anhänger meiner Kola-Tabletten. Hier ist eine für viele:

Bitte um Entschuldig, das ich fast ein Jahr gewartet habe, bis ich einige Zeilen an Sie sende! Das ich noch am Leben bin, habe ich nur Ihren Kola-Dultz-Tabletten zu verdanken. Mein elender Zustand, den ich Ihnen am 21. März 1911 schilderte, war hoffnungslos, zudem mir kein Medikament Linderung meiner Schmerzen brachte. Nach dem Gebrauch von 360 Tabletten war ich schon so weit hergestellt, das ich wieder ohne Schmerz kurze Strecken gehen und leichte Arbeit verrichten konnte und auch jetzt noch bringen mir die Tabletten Linderung meiner schrecklichen Nervenmergen, die von Blutänderungen herühren. Auch meiner 70-jährigen Mutter haben die Tabletten Hilfe in ihrem Kopfschmerz, der sich immer auf Freitag zu einstellte, gebracht.

H. Josepha Grieb in Niederlauer.

Wie Sie leicht und schnell ohne Störungen Ihrer Lebensweise Ihre Nerven durch das echte Kola (Marke Dultz) stärken können, lehrt Sie ein interessantes Büchlein, es enthält wertvolle Aufklärungen über Nervenpflege und vieles, was jeder wissen sollte, ehe es zu spät ist. — Wollen Sie dieses Büchlein zusammen mit einer ausreichenden Probe

Kola-Tabletten (Marke Dultz) ganz umsonst von mir annehmen, wenn ich es Ihnen sofort frei sende? Nun, so schreiben Sie mir, bitte, auf einer Postkarte Ihre deutliche Adresse und senden Sie mir, bitte, diese heute noch, morgen haben Sie es vielleicht zu Ihrem Schaden vergessen!

Heilige Geist-Apotheke, Budapest VII., Abt. 41.

Sofort ist besser als zu spät!

Den verehrlichen Lesern dieses Blattes empfiehlt sich zum Aufenthalt in Wien bestens

Wien Hotel Nordwestbahn II, Taborstrasse 74

beim Nordwest- und Nordbahnhof, 6 Min. vom Stadtzentrum
Reines, modernes Hotel mit billigsten Zimmerpreisen.
Elektrische Strassenbahnverbindung mit allen Wiener Bahnhöfen. Eisenbahnangehörige Ermässigung. Mit der freundlichen Bitte um gültige Empfehlung meines Hotels zeichne hochachtungsvoll
Zimmermann, Hotelier.



Beste böhmische Bezugsquelle!
Billige Bettfedern!
1 kg graue, alte, geschliffene 2 K, bessere 2 K 40; prima halbwelche 2 K 50; weiße 4 K; weiße, Naumen 5 K 10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, geschliffene 6 K 40, 8 K; 1 kg Naumen (Naumen), graue 6 K, 7 K; weiße, feine 10 K; allerfeinster Naumen 12 K. Bei Abnahme von 5 kg franco.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtem roten, blauen, weißen oder gelben Baumm, 1 Fuchent, 180 cm lang, 120 cm breit, mit samt 2 Kopfkissen, jedes 50 cm lang, 40 cm breit, gefüllt mit neuen, grauen, sehr dauerhaften, kammigen Bettfedern 16 K; Kopfkissen 20 K; Naumen 24 K; einzelne Tuchente 10 K, 12 K, 14 K, 16 K; Kopfkissen 8 K, 3 K 50, 4 K; Fuchenten, 200 cm lang, 140 cm breit, 13 K, 14 K 70, 17 K 80, 21 K; Kopfkissen, 90 cm lang, 70 cm breit, 4 K 50, 6 K 20, 5 K 70; Unterfuchente aus Baumm, gestreiftes Gewöl, 190 cm lang, 116 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand gegen Nachnahme von 12 K an franco. Umantel gefaltet, für Nichtpassendes Geld retour.

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.
Reichhaltigste Preisliste gratis und franco.

Parteigenossen!

Bestellen Sie jeder für eure Familie ein Paket fehlerfreier Reste, enthaltend: Prima Nanevas für Bettüberzüge, starken Hemdenstoff, Zeil für Hemden und Kleider, Blaudruck, Blusen- und Kleiderstoffe, Leinwand etc. Alles in Prima Qualität. 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Rest bestens verwendet werden.

Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst.
Mit Parteigruß
Leopold Wlcek, Handweber
in Nachod Nr. 17, Böhmen.
Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

MÖBEL Von aufgelöster Tischlerei

Beste Gelegenheit für Brautpaare u. Möbelkäufer.
Fünfhauser Möbelniederlage
M. Eisenhammer 142
Wien XV, Mariahilferstrasse
(neben der Löwendrogerie).



Vollierte Rummereinrichtungen von 140 Kr. aufwärts; Rummereinrichtungen von 40 Kr. aufwärts; moderne Küchen, weiß, von 70 Kr. aufwärts; Schlaf- und Speisezimmer von 280 Kr. aufwärts; Plüschdivan von 60 Kr.; Betteneinlage von 9 Kr.; Matrassen von 12 Kr.; einzelne Möbel billig. Kleiner Preisatlas für Probieren gratis. Großes Möbelalbum für 90 Heller in Briefmarken franco.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Auswahl.

Zufuhr in alle Bezirke und Bahnhöfe frei.
Warnung! Achten Sie genau auf meine Firma Fünfhauser Möbelniederlage und meine schwarze „Konditor“, welche als Kennzeichen meines Geschäftes in Lebensgröße in meinem Schaufenster ausgehängt ist. Lassen Sie sich nicht irreführen, Sie sind erst dann beim richtigen Geschäft, wenn Sie nebige schwarze, Firma und Namen auf gelben Schildern vor dem Geschäftstafel sehen.

Herrn M. Eisenhammer, Wien.
Da ich voriges Jahr von Ihnen Möbel bestellte und sehr zufrieden war, so erlaube ich Sie freundlichst, auch für meine Schwester folgendes zu senden u. s. w.

Wachtungsvoll

Albin Wahn.

Postkarte, 18. Mai 1913.

Wassersucht

Nierenleiden, Herzbeschwerden, Blasenkatarrh, Sand und Gries, Huftraum, geschwollene Füße bejeitigt man reich durch Dr. Nevlles Herz- und Wafferluchttee.
Preis 4 Kronen, 3 Pakete 10 Kronen.
Kleinerer Versand:
Stadtpotheke Pfaffenhofen a. d. Ilm 10 (Böhmen).

Kaufe bei Kraus

Reste zu tief herabgesetzten Preisen.
Prachtqualitäten: 40 Meter Reste, sortiert in echtfarbigem Retzeng, Oxford, Hemdenzeil, Waschstoff, jeder Rest 3 bis 12 Meter lang K 16—

Dieselben Reste aber extrafeinster Qualität 40 Meter um K 20—

12 Reste à 3 Meter extrafeiner hochleganter englischer Hemdenzeil, waschochte Prachtmuster (36 Meter) um . . . K 20—
40 Meter Reste feiner gebleichter Wäsche, jeder Rest gut verwendbar, um . . . K 22—

Solidität verbürgt 47jähr. Weiruf der Firma.

Nichtpassendes wird zurückgenommen. Versand nur per Nachnahme.

Mechanische Weberei und Leinenfabrik

Jos. Kraus

Nachod VII, Böhmen.

Prachtmusterbuch jeder Art Webwaren für Wäschezwecke und Wäschkleider kostenlos. (Reste bemustert nicht.)

Alle Männer

die infolge schlechter Jugendgewohnheiten, Ausschreitungen und dergleichen an dem Schwanden ihrer besten Kraft zu leiden haben, wollen keinesfalls versäumen, die lichtevolle und aufklärende Schrift eines Nervenarztes über Ursachen, Folgen und Aussichten auf Heilung der Nerven-schwäche zu lesen, illustriert, neu bearbeitet. Zu beziehen für K 1.50 in Briefmarken von Dr. Rumlers Heilanstalt, Genf 881 (Schweiz).

1913er Junggeflügel!

Garantiert lebende Ankunft, franko jeder Station. 20 St. große fette Brathühner K 19—, 12 St. große fette Hensenten K 22—, 6 St. große fette Hensengänse K 22— franko per Nachnahme liefert

S. ELLENBERG
Tarnopol Nr. 13.

! 500 Kronen !

zähle ich Ihnen, wenn mein Wurzelverfalliger

„Ria-Salbe“ Ihre Hühneraugen, Warzen, Hornhaut, nicht in 3 Tagen schmerzlos entfernt. Preis eines Tiegels samt Garantiebrief 1 Krone.

KEMENY, Kaschau
I., Postfach 12/115, Ungarn.

OLLA-GUMMI

beste existierende Marke für Herren und Damen, per Dutzend 4, 6, 8 und 10 Kronen.

Neuheit für Herren
dauernd zu gebrauchen, per Stück 2 und 4 Kronen.

Frauenschutz, jahrelang haltbar, per Stück 3, 5 und 10 Kronen.

Preisliste der neuesten Schutzmittel, verschlossen, gegen 20 h. Marke.

J. GRUNER
Wien V/2, Schönbrunnerstr. 141/E.
Adresse aufheben, es wird Sie nie reuen.

Nachruf!
Dem infolge Berührung nach Blagenfurt abgereichten Geniesen Johann Roth, Konditor-Gründer, sowie dessen Frau rufen wir auf diesen Tage ein herzliches Gedächtnis nach. Sie sind ein guter Dienstbote und selbstloser Parteigenosse, verdienen wir ihn auf fernherhin unserer vollen Sympathie. **Ortsrabbe Sagen 1.**

Mit jedem Tage

werden die Ansprüche größer, die man an das Können des Einzelnen stellt. Nur mit geeigneten Kenntnissen kommt man heute vorwärts und besteht siegreich den harten

Kampfs das Sein.

Bedienen Sie sich daher der weltberühmten Selbst-Unterrichtswerke „System Karnack-Hachfeld“ zu ihrer Weiterbildung. Gründl. Ausbildung zum Monteur, Maschinisten, Werkmeister, Betriebsingenieur, Werkzeug- u. Maschinenbauer, Maschinenkonstrukteur, Ingenieur, Former u. Gießereimeister, Gießerei-Techniker, Bauschlosser u. Installateur, Kunstschlosser und Kunstschmied, Lokomotivheizer und -Führer, Eisenbahntechniker, Elektromonteur, Elektromechaniker, Elektromechaniker, Elektroinstallateur, Elektroingenieur. Ausführliche Prospekt und eine 62 Seiten starke Broschüre „Karnack-Hachfeld“ mit Probefabeln werden auf Verlangen jedermann kostenlos zugesandt.

Schallehn & Wollbrück
Wien XVII., Schwendeng. 59.

Frauen! Hilfe!

Gegen Störungen hilft nur mein Reformateur, sicher und prompt. Preis Kr. 3.45 (auch in Marken). Direkter Versand! Interessanter illustrierter Katalog und Preisliste über echte Pariser Schönheitsmittel gratis und franko. Verschließen 20 Heller. Kosmetischer Versand, Wiener-Neustadt IV.

Ehrenerklärung.

Ich Otto Schnürpfeil, Weichenfelder in Linz, leiste den Herren Janaz Gräßinger und Johann Schoberlechner öffentlich Abbitte, indem ich sie am 29. Mai d. J. im Gerichtssaal in Mavelsbach vor dem Richter bescheiden beides befandigt habe. Ich danke beiden Herren, daß sie aus Rücksicht auf meine Kinder von einer weiteren Klage abstanden sind.

Kronprinz

mit und ohne Trichter allen voran!
Es ist eine Sprechmaschine von reiner, harmonischer, sympathischer Tonfülle, worauf erzielende Plattenfabrik bieten können und nicht wie bei solchen ohne Wadelschiff auf ein Plattenfabrikat angewiesen sind. — Einzig ist sie bis zur kleinste Schraube wasserfestes Fabrikat, von höchster Präzision, wird mit dreijähriger schriftlicher Garantie, ohne Anzahlung, an solvente Kunden in Monatsraten von K 5— an direkt an die Privatbank geliefert. Fabrikatadresse bei Verzählung. Keine Zoll-, Fracht- und Packungsgebühren, welche anstandslos bei jedem anderen Fabrikat im Preise inbegriffen sind. Bezeichnung ohne Kaufzwang. Apparat und Plattenkatalog gratis durch die
Einzige Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs
S. Kimpint, Wien VII., Kaiserstrasse Nr. 65.
Gegründet 1898. Gegründet 1898.
Reparaturen, Umtausch und Umdänderungen aller Systeme.

Von Versatzämtern!

Modellstör von K 12—, Winterrieko, Herrenanzüge von K 14—, Knabenanzüge, Ustler von K 9—, Polzakko K 24—, Modehose K 4—, tolle Herren- und Damenwäsche, Tisch- und Bettwäsche K 5—, Vorhänge K 5—, Leinwand, Polz-Kolliers, alles in grösster Auswahl, Erstausfüh billig.
Goldstein, Kaiserstr. 50.

Brünner Stoffe

für Herrenkleider zu billigsten Fabrikpreisen kauft man am besten bei
Etzler & Dostal, Brünn
Schwedengasse Nr. 153.
Lieferanten des Lehrerbundes und Staatsbeamtenvereines. 68
Durch direkten Stoffkauf vom Fabrikplatz erspart der Private viel Geld. — Nur frische, moderne Ware in allen Preislagen. — Auch d. kleinste Mass wird geschnitten.
Reliablente Musterkollektion postfrei zur Ansicht.

Erste Tiroler Arbeiter-Bäckerei

Beste Tiroler Bäckerei mit bester Backofenhaltung

ROSEN-BROT

Eine wirksame Waffe gegen den Brotwucher

Universal-Fernglas 1913

Ein billiges aber gutes Glas!

Hervorragende Lohstärke, erzeugt durch Riesenslinsen außergewöhnlicher Qualität, zaubert Bilder von überraschender Plastik hervor. Enorme Helligkeit, welche noch bei Dämmerung die fixierten Gegenstände wie durch einen Reflektor beleuchtet erkennen läßt, macht unser Modell 1913 zum besten Universalglas für Reise, Sport, Jagd, Theater etc. Zusendung erfolgt ohne jede Anzahlung
5 Tage zur Probe
mit vollständig bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen und berechnen wir dieses vorzügliche Glas samt feldtüchtigem Etui und zwei Umhängeriemen mit nur 48 K bei monatlichen Zahlungen von nur **3 Kronen.** Verlangen Sie sofort jehon Zahlungen von nur **3 Kronen.** unersere Ansichtsendung.
Bial & Freund, Ges. m. b. H., Postfach 557/4 Wien VI.,
Illustrierte Kataloge über andere Modelle auf Verlangen gratis u. frei.